

ao

aktuelle
ostinformationen



GESW - Ort der Begegnung und Baustelle Europa

Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

Die intensiv und kontrovers geführte Diskussion zu Fragen der sozialen Gerechtigkeit, die gegenwärtig auch in der Bundesrepublik geführt wird, ist in den mittel- und südosteuropäischen Transformationsstaaten ein Thema, das die politische Tagesordnung seit dem großen Umbruch des Jahres 1989 niemals verlassen hat.

Insofern spiegelt sich diese Fragestellung zumindest implizit auch in den in dieser Ausgabe der „aktuellen ostinformationen“ präsentierten Beiträge wider. Die tiefreichende ökonomische und politische Spaltung der Transformationsländer in Arm und Reich, in Gewinner und Verlierer ist nicht nur für die neuesten Beitrittsstaaten Rumänien und Bulgarien typisch, sondern betrifft auch die 2004 beigetretenen EU-Mitglieder, wie die Slowakei und Polen.

Ein wie auch immer geartetes, zumindest mittelfristig wirksames Rezept zur Überwindung der beträchtlichen sozialen und regionalen Unterschiede in den einzelnen Transformationsländern scheint es jedoch nicht zu geben. Dies bestätigt auch die in dieser Ausgabe der „ao“ rezensierte Studie der namhaften polnischen Soziologin Maria Jarosz zu ihrem Heimatland Polen.

Einschneidende markt- und wirtschaftsfreundliche Reformen führen nicht selten zur Abwahl reformfreudiger politischer Eliten (Slowakei), ein Übermaß an nationalkonservativem Populismus kann aber auch - wie jüngst bei den Wahlen in Polen - dazu führen, dass politische Parteien ans Ruder kommen, von denen man annehmen darf, dass sie eher wirtschaftsliberal orientiert sind.

Dass es gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel und die sog. Generationengerechtigkeit unterschiedliche Strategien gibt, weist zudem Marek Szczepański in seinem vergleichenden Beitrag zu den Rentenreformen in Deutschland und Polen nach.

Den riskanten Sonderweg Russlands, der eine spürbare Teilhabe und nachhaltige Beteiligung der russischen Gesellschaft ausschließt, zeichnet Rudolf A. Mark in seiner Studie über Putin und die „gelenkte Demokratie“ nach.

Auch in den kurzen von Maria Wimmer verfassten O-Tönen aus dem Kosovo und Rumänien mischen sich nachdenklich stimmende Töne mit zarten Ansätzen der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Dies gilt letztendlich auch für die von uns besprochene Belletristik und Sachliteratur aus und über Mitteleuropa.

Zbigniew Wilkiewicz

Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.

Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.

Inhalt

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

Aspekte der „sozialen Gerechtigkeit“, soziale Systeme und soziale Befindlichkeiten in den ostmitteleuropäischen Ländern der EU 4

Gerhard Schüsselbauer

Rumänien und Bulgarien – Politik und Ökonomie der EU-Neumitglieder..... 11

Volker Lindenthal

Das Reformprogramm der Regierung Dzurinda als Katalysator regionaler und sozialer Disparitäten 19

Marek Szczepański

Rentenreformen in Polen und in Deutschland. Gemeinsame Herausforderungen, verschiedene Strategien 33

Rudolf A. Mark

Vom Stabilisator zum Autokrator Russlands: Putin und die gelenkte Demokratie 47

O-Ton

Maria Wimmer

Priština, Stadt des Wartens 56

Der Deutsche von Hermannstadt 57

Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz

Andreas Lawaty, Marek Zybura (Hg.): Gombrowicz in Europa..... 61

Gerhard Schüsselbauer

Neue Literatur 2007 von Vladimir Zarev (BG), Wojciech Kuczok (PL), Jáchym Topol (CZ) und Jan Neruda (CZ) 68

Berichte

Zbigniew Wilkiewicz

Umweltpolitik und Umweltdelikte in der EU 74

Rezensionen

Claudia Kraft, Katrin Steffen (Hg.): Europas Platz in Polen. 77

Anna Mieszkowska: Die Mutter der Holocaust-Kinder..... 82

Albert S. Kotowski: Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe. 85

Dieter Bingen, Kazimierz Wóycicki (Hg.): Die Kopernikus-Gruppe..... 87

Dieter Bingen, Peter Oliver Loew, Kazimierz Wóycicki (Hg.): Die Destruktion des Dialogs ...89

Maria Jarosz (Hg.): Transformacja, Elity, Społeczeństwo..... 93

In memoriam Walter Hildebrandt 97

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

Aspekte der „sozialen Gerechtigkeit“, soziale Systeme und soziale Befindlichkeiten in den ostmitteleuropäischen Ländern der EU

Einleitung

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich zunächst mit einigen Definitionsansätzen des schillernden Begriffs „soziale Gerechtigkeit“ und geht dann auf bestimmte ostmitteleuropäische Besonderheiten ein. Es sollte hervorgehoben werden, dass es sich hierbei lediglich um die Beschreibung von Tendenzen handelt, die in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt sind.

Es schließt sich ein Abschnitt über soziale Gerechtigkeit im europäischen Vergleich an, wonach zu den zentralen Problemen Arbeitsmärkte und Arbeitsmigration übergeleitet wird.

Die Problematik der Transformationsgewinner und –verlierer wird am Beispiel Polens erörtert. Schließlich wird versucht, einige Einstellungen und Haltungen zu beschreiben, die für Transformationsverlierer in Ostmitteleuropa typisch zu sein scheinen.

1. Definitionsansätze:

Der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ ist vage und wird kontrovers diskutiert. In der Regel wird darunter eine staatliche Organisation des Wirtschaftssystems verstanden, die allen Bürgerinnen und Bürgern einen möglichst gleichen Zugang zur materiellen Teilhabe erlaubt. In einer etwas abgeschwächten Version geht es um die Chancengleichheit hinsichtlich der Erreichung dieses Zugangs. Dadurch soll jenen sozialen Gruppen, die randständig sind und keine echten Chancen zur Verbesserung ihrer Situation haben, ein menschenwürdiges Leben garantiert werden.¹

Dabei unterscheiden wir verschiedene Positionen, zum Beispiel die libertäre (*von HAYEK*), die eine sozialstaatlich institutionalisierte Umverteilung zur Korrektur des Marktes ablehnt. Oder die sozialliberale Position (*John RAWLS*), in der jene Grundgüter fair verteilt werden sollen, die für gerechte Startchancen sorgen können. Ziel ist hier die Befreiung der individuellen Lebenschancen von den Zufälligkeiten der sozialen Herkunft, des Geschlechts und der natürlichen Begabung.

Aber auch die kommunitaristische Position (*Michael WALZER*) ist in Betracht zu ziehen, bei der es aus Gründen der Gerechtigkeit Güter geben muss, deren Verteilung nicht vom Geld abhängt: zum Beispiel Gesundheit und Bildung.

Darüber hinaus die „aktivierende“ Position (*Amartya SEN*), bei der in einem individuellen, selbstbestimmten Handeln das zentrale Mittel zur Beseitigung von Armut und sozialer Gerechtigkeit gesehen wird. „Capabilities“ als Voraussetzungen für verschiedene „Beings and doings“ des Individuums, wobei die selbstbestimmte Wahl

¹ Sprawiedliwość społeczna. In: <http://pl.wikipedia.org/wiki/Sprawiedliwość>

von zentraler Bedeutung ist: „Sen entwickelt einen Gerechtigkeitsbegriff, der in den Prinzipien universalistisch, inhaltlich gesättigt, aber kulturell nicht gesättigt ist.“²

Schließlich ist ebenfalls auf die Position der von den Kirchen vertretenen Sozialethik zu verweisen, in der hervorgehoben wird, dass soziale Gerechtigkeit auf den Abbau der strukturellen Ursachen für den Mangel an Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen ziele.³

Diese Positionen entsprechen unterschiedlichen Denkschulen und unterschiedlichen politischen Traditionen und Überzeugungen. Je nach dem vertretenen Menschen- und Gesellschaftsbild bleiben sie interessengeleitet. Dementsprechend muss bei den hier in Frage kommenden Transformationsgesellschaften auch grundsätzlich zwischen mehreren sozialen Schichten unterschieden werden. Zur Vereinfachung werden hier nur die beiden Gruppen der Gewinner und der Verlierer der Transformation voneinander unterschieden. Bevor wir uns ihnen zuwenden, soll allerdings auf einige Besonderheiten in den ostmitteleuropäischen Ländern der EU hingewiesen werden.

2. Einige Besonderheiten der ostmitteleuropäischen EU-Länder:

- Nach 1989 postsozialistische Nomenklatura-Privatisierung und ungesetzliche und ungerechte Aneignung von Staatseigentum.
- Durch Einführung der Marktwirtschaft Gewinner und Verlierer der Transformation und stärkere Ausdifferenzierung der Gesellschaften, Zunahme der Arbeitslosigkeit, ungleiche Verteilung der Einkommen und zunehmende Schere zwischen Arm und Reich.
- Zunächst kein Aufbau kohärenter Sozialsysteme, da marktwirtschaftliche Reformen im Vordergrund standen. In den ersten Jahren der Transformation keine grundlegenden Reformen und somit auch keine vom Staat induzierte aktivierende „Hilfe zur Selbsthilfe“.
- Weit verbreitete Alltagskorruption und Vetternwirtschaft als Altlast des real existierenden Sozialismus⁴. Dadurch deutlich wahrnehmbare Defizite hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit.
- Erfolgreicher Aufbau von demokratischen Systemen, aber weiterhin schwache Bürgergesellschaften und schwache politische Eliten.
- Weiterhin bestehende institutionelle und personale Demokratiedefizite⁵, labile politische Parteien, häufige Regierungskrisen und -wechsel (Skandale). Als Folge weiterhin gute Chancen für linken und rechten Populismus.⁶

² W. MERKEL, M KRÜCK: Soziale Gerechtigkeit und Demokratie: auf der Suche nach dem Zusammenhang. In: <http://library.fes.de/fulltext/id/01706.htm>

³ Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Bonn 1997, S. 45-47.

⁴ M. JAROSZ: Corruptio, ergo sum. Korruption in Polens Staat und Gesellschaft. In: Osteuropa (2006), 11-12, S. S. 153-166.

⁵ Z. WILKIEWICZ: Was bedeutet Europa für die ostmitteleuropäischen Länder? In: Außerschulische Bildung (2006), 1, S. 21-25.

⁶ G. SCHÜSSELBAUER: Das Ende der Systemtransformation oder der Beginn des neuen (Lügen-) Populismus. Ungarn, die Slowakei und Tschechien im Jahre 2006. In: aktuelle ostinformationen (2006), 3-4, S. 4-12.

- Nach 1989 neue Rolle der Kirchen mit Machtzuwachs und Machtverlust sowie neuen sozialen Herausforderungen.

3. „Soziale Gerechtigkeit“ im europäischen Vergleich

Sozioökonomisch betrachtet ergibt sich für die postsozialistische Staaten insgesamt ein neues Dilemma der Gleichzeitigkeit. Man muss erstens versuchen, zu den wirtschaftlich entwickelten Ländern des Westens aufzuschließen, zweitens seine sozialen Systeme modernisieren, um den Lebensstandard der Bürger zu heben und drittens das makroökonomische Gleichgewicht nicht zu stark gefährden, um sich nicht den Weg zur Währungsunion der EU zu verbauen.⁷ Hinzu kommt, dass sich die entwickelten Länder des Westens in einer Situation befinden, in der vom Übergang in die Wissensgesellschaft gesprochen werden kann, was enorme Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Ausbildung hat. Stichpunkte sind hier Mobilität und Bereitschaft zu lebenslangem Lernen.⁸ Da die Diskussion zur Gestaltung des Sozialstaats in der ganzen EU in vollem Gange ist, gibt es auch für die ostmitteleuropäischen EU-Länder nicht den Königsweg. Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass die EU kein einheitliches Sozialstaatsmodell vorgibt, so dass es diesbezüglich die unterschiedlichsten Pfade geben kann.

Grundsätzlich lassen sich drei Modelle des Sozialstaats in der EU unterscheiden:

- Kontinentales Modell (beitragsfinanziert und obligatorisch mit hohen Lohnnebenkosten)
- Skandinavisches Modell (steuerfinanziert mit aktiver Familienpolitik)
- Angelsächsisches oder liberales Modell (steuerfinanziert, auf Verminderung und Bekämpfung von Armut ausgerichtet)

Im Zusammenhang mit der Frage nach der „Sozialen Gerechtigkeit in Europa“ kann man mit *Daniel DETTLING* für ein Ranking vier zentrale Dimensionen benennen:

1. Armut: Armut verhindert die Entfaltung des Individuums und nachhaltiges Wachstum. Je niedriger die Armut in einem Land, desto gerechter und erfolgreicher ist sein Sozialstaat.
2. Zugang zur Bildung: Der Staat sollte einen möglichst hohen Bildungsstand fördern. Bildung trägt entscheidend zur Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung bei.
3. Teilhabe an Arbeit: Durch Arbeit wird Armut vermieden, sie sorgt aber auch für Wirtschaftswachstum und soziale Anerkennung.
4. Familienpolitik: Sie soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit ein breiteres Wirtschaftswachstum ermöglichen.

Eine nach diesen Kriterien ausgerichtete Untersuchung von *DETLING*: „Wie gerecht ist Europa?“ Gerechtigkeitsbilanz 2005, bei der Daten aus den Jahren 2000 und 2003/04 erhoben wurden, kommt dabei zum Ergebnis, dass in den oben benannten Bereichen die skandinavischen Länder mit ihrem Modell die ersten Plätze belegen. Deutschland

⁷ R. VETTER: Der Globalisierung kaum gewachsen. Polens Sozialsystem auf dem Prüfstand. In: osteuropa (2006), 11-12, S. 133-152, S. 135

⁸ E. MAĆZYŃSKA: Der zivilisatorische Umbruch und die Wirtschaftsordnung. In: aktuelle ostinformationen (2006), 3-4, S. 22-32, S. 32.

schneidet 2003/04 in den Dimensionen Armut und Bildung schlechter ab als noch vier Jahre zuvor. Insgesamt fällt Deutschland von Platz 11 auf Platz 13 zurück.

Die neuen Beitrittsstaaten liegen in der Bilanz zwar weit hinten, zum Teil aber noch vor den südeuropäischen Staaten Italien, Spanien, Portugal und Griechenland. Entscheidend hierfür ist die überaus schlechte Lage auf den Arbeitsmärkten, im Bereich Bildung liegen Staaten wie Slowakei, Tschechien und Polen allerdings sehr weit vorne.⁹

4. Arbeitsmärkte und Arbeitsmigration als zentrale Probleme

Ohne die Ergebnisse dieser Studie und ihre Methodik verabsolutieren zu wollen, wird zumindest tendenziell deutlich, dass es in erster Linie Arbeitsmarktprobleme sind, die auch in den ostmitteleuropäischen EU-Ländern ein zentrales Problem darstellen. Während das BIP dieser Länder nach etlichen wirtschaftlichen Krisen wieder kräftig wächst und das Lebensniveau während der Transformation erheblich gestiegen ist, bleibt die Arbeitsmarktlage in Staaten wie Polen oder der Slowakei weiterhin verheerend. Die aktuellen Verbesserungen bei den Arbeitslosenquoten sind dabei unter anderem dem Umstand geschuldet, dass es nach dem EU-Beitritt zu einer verstärkten Arbeitsmigration gekommen ist. So schätzt man, dass bis zu zwei Mio. Rumänen und zwei Mio. Polen im Ausland arbeiten, wobei es sich sowohl um saisonale als auch längerfristige Beschäftigungen handelt. Dadurch werden die Arbeitsmärkte dieser Länder zwar erheblich entlastet, andererseits erleben wir einen enormen brain drain, dem lediglich ein geringer brain change gegenübersteht. Überdies sind die individuellen Belastungen für die Arbeitsmigranten sowie für ihre Familien enorm. Ihre Mobilität sorgt zwar für die Verbesserung ihrer ökonomischen Lage, dafür zahlen sie aber sozial und familial betrachtet einen sehr hohen Preis.¹⁰ Insofern wird gerade in Polen mit Nachdruck eine staatlich koordinierte Migrationspolitik gefordert sowie größere Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung.¹¹

5. Gewinner und Verlierer der Transformation am Beispiel Polens

Der Lebensstandard ist in Polen seit den 1990er Jahren gestiegen: dies gilt für die Lebenserwartung, das Bildungsniveaus und die Mobilität im Lande und im Ausland, aber auch für die Verbesserung des Gesundheitszustands der Gesellschaft. Dies gilt auch in hohem Maße für die Ausstattung der Haushalte mit technischen Geräten, mit Computern und Autos. Gleichzeitig sind aber auch die Einkommensunterschiede erheblich gewachsen, so dass man füglich von Gewinnern und Verlierern der Transformation sprechen kann.

Zu den Gewinnern gehören diejenigen, die auf Konkurrenzdenken, Risikobereitschaft, Erfolgswillen und berufliche Mobilität setzen. Sie haben die Transformation im Großen und Ganzen gemeistert, hängen eher dem angelsächsischen Sozialstaatsmodell an und akzeptieren vorbehaltlos die Zugehörigkeit ihres Landes zur EU. Aufgrund ihres

⁹ D. DETTLING: Soziale Gerechtigkeit in Europa – Wie erfolgreich sind die Mitgliedsstaaten? Studie über die Gerechtigkeitsbilanz in der EU. Vor dem Gipfel am 27. und 28. Oktober in England. In: www.berlinpolis.de/publikationen/ - 25k - [Im Cache](#) - [Ähnliche Seiten](#)

¹⁰ K. SCHULLER: Liebe in Zeiten der Wanderung. In: FAZ, 13. 01. 2007, S. 3.

¹¹ R. NOWAK-LEWANDOWSKA: Emigro, ergo sum. In: Osteuropa, (2006), 11-12, S. 167-178, S.176-177.

Bildungs- und Informationsniveaus fürchten sie sich weder vor dem stärkeren Wettbewerb in der EU noch vor den Folgen der Globalisierung.

Zu den Verlierern gehören neben Armen und Arbeitslosen diejenigen, für die ein festes Einkommen, der möglichst lange Verbleib an einem bestimmten Arbeitsplatz sowie ein weitgehender Verzicht auf berufliche Konkurrenz maßgeblich sind. Diese auf Polen gemünzte Charakteristik hat tendenziell sicherlich auch für die übrigen ostmitteleuropäischen EU-Länder ihre Gültigkeit.

Subjektiv fühlt sich nur eine Minderheit als Gewinner der neuen Marktwirtschaft. Etwa ein Viertel der Gesellschaft versteht sich als ausgesprochener Verlierer, während sich die große Mehrheit protestfrei arrangiert hat.¹² Auch diese Tendenz ließe sich über Polen hinaus verallgemeinern, wobei klar ist, dass es bei ähnlich gearteten Umfragen zur Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Lage zum Beispiel zwischen Rumänien und Slowenien, aber auch schon zwischen Estland und Lettland relativ große Unterschiede geben dürfte.

Schichtenspezifisch betrachtet lässt sich in Polen folgender Allgemeintrend festhalten:

- Die Zahl der Industriearbeiter stagniert
- Die Zahl der Beschäftigten bei den Dienstleistungen steigt an
- Die Zahl der Selbstständigen nimmt ab, was nicht zuletzt daran liegt, dass viele Landwirte ihre Höfe aufgeben
- Zahlreiche kleine Landwirte leben nur noch von sozialen Zuwendungen oder Geldüberweisungen emigrierter Verwandter

Hinsichtlich der Landwirtschaft und der Landwirte haben wir es in Polen sicherlich mit einer Besonderheit zu tun, die in ostmitteleuropäischen EU-Staaten mit einem weniger starken Agrarsektor keine so große Rolle spielt.

Die Einkommensunterschiede, die Spreizung der Gehälter von Managern und Mitarbeitern im gleichen Unternehmen, haben in Polen allerdings fast amerikanische Dimensionen angenommen. Andererseits erhalten viele Langzeitarbeitslose inzwischen weder Arbeitslosengeld noch Sozialhilfe. Sie arbeiten entweder schwarz oder mit oder ohne Arbeitsgenehmigung im europäischen Ausland.

Erschwert wird die Situation auf dem polnischen Arbeitsmarkt durch die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen, die sehr hohe Arbeitslosigkeit bei jungen und älteren Menschen, durch das Anwachsen instabiler (prekärer) Arbeitsverhältnisse sowie die Schwäche der staatlichen und privaten Arbeitsmarktinstitutionen.¹³ Der immer wieder geforderte Aufbau eines modernen Sozialsystems, wie er in Ansätzen von der Mitte-Rechts-Regierung unter Ministerpräsident Buzek begonnen wurde (Verwaltungs-, Gesundheits-, Renten- und Bildungsreform), erweist sich unter diesen Bedingungen als besonders schwierig. Auch unternahm die kürzlich abgewählte polnische Regierung, die mit der tonangebenden Partei PiS „Recht und Gerechtigkeit“ zu ihrer Losung gemacht hat, in dieser Hinsicht ausgesprochen wenig.¹⁴ Hieraus lassen sich exemplarisch – und nicht nur für die Transformationsverlierer in Polen - folgende Befindlichkeiten und Haltungen ableiten.

¹² R. VETTER, S. 134.

¹³ Ibd., S. 140.

¹⁴ Ibd., S. 151.

6. Befindlichkeiten und Haltungen bei Transformationsverlierern

Es existiert immer noch eine stark entwickelte passive Nehmer-Mentalität, die auf die Erfahrungen im real existierenden Sozialismus zurückzuführen ist, vergleichbar mit der DDR-Nostalgie in Ostdeutschland. Die wirtschaftliche Aktivierung von Teilen der Gesellschaft (grassroots privatisation) direkt nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaften ergab sich aufgrund des Fehlens sozialstaatlichen Schutzes aus reiner Not.

Der für das Selbstverständnis moderner Sozialstaaten und die Funktionsweise der EU zentrale Begriff der Subsidiarität sowie ein daraus abgeleitetes staatliches oder staatsbürgerliches Handeln ist weiterhin wenig verbreitet.

Immerhin gibt es kirchliche Initiativen und die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen, die diesem Trend entgegenwirken. Dabei geht es nicht nur um die reine Caritas (öffentliche Suppenküchen), sondern auch um den Anspruch, Arme und Benachteiligte zu befähigen, sich selbst zu helfen.

Der Begriff der Gleichheit stellt einen weit verbreiteten Wert dar, wobei ein mehr an Gleichheit auch ein mehr an Verteilungsgerechtigkeit implizieren soll. Hingegen bleibt das, was man unter Beteiligungsgerechtigkeit versteht, weiterhin unterentwickelt.

In der Globalisierung erblickt man eine Gefährdung für die (unter prekären Bedingungen lebenden) Verlierer der Transformation. Die Globalisierung wird in erster Linie als Chance für die gebildeten und mobilen Eliten betrachtet, aber auch für die findigen und mobilen Arbeitsmigranten, die sich dem kaum kalkulierbaren internationalen Arbeitsmarkt unterworfen haben und dessen Herausforderungen sie flexibel und risikobereit zu antizipieren versuchen.¹⁵

Eine wie auch immer zu definierende globale (europäische) Gerechtigkeit wird durch das Bekenntnis zum nationalen Interesse dominiert. Dabei versteht man sich durch die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Teilung Europas auch als Opfer des sowjetisch dominierten Ostens, dem der Westen alleine schon deshalb materiell entgegenkommen sollte. Allerdings ist der Standortnationalismus auch in den Gesellschaften der westlichen EU-Staaten weit verbreitet.

Da aufgrund unübersichtlicher politischer und sozialer Verhältnisse gerade für die Verlierer Politikferne und Wahlabstinz charakteristisch sind und die meisten nationalen Politiker ein ausgesprochen schlechtes Image haben¹⁶, besteht eine Sehnsucht nach Orientierung und nach einem starken fürsorglichen Staat oder nach dem autoritären und gerechten Staatsführer. Insofern sind autoritäre und antidemokratische Haltungen keine Seltenheit.

Typisch ist die utopische Sehnsucht nach Wohlstand und Sicherheit, nach einem prosperierenden, gerechten und sozialen Staat. Deshalb entscheiden sich zahlreiche Verlierer bei den Wahlen auch immer wieder für populistische Politiker und Parteien.

¹⁵ M. P. GARAPICH: Flexibel und individualistisch. Polnische Migranten zwischen den Welten. In: osteuropa (2006), 11-12, S. 179-190, S. 182.

¹⁶ Polenanalysen. Die polnische Parteienlandschaft, 4, 08. 01. 2007, S. 10-11. Die in Regierungsverantwortung stehenden PolitikerInnen schneiden nach jüngsten Umfragen besonders schlecht ab.

Es gibt ein nur wenig ausgeprägtes Wissen über die EU und ihre Funktionsweise; in erster Linie wird sie als Umverteilungsmaschine wahrgenommen, bei der man als Empfängerland gerne die europäische Solidarität anmahnt. Insofern sind die Transformationsverlierer trotz des EU-Beitritts ihres Landes und trotz erheblicher Transfers aus Brüssel häufig auch ausgesprochene Gegner der EU.

Aufgrund breiter Entsolidarisierungstendenzen in der Gesellschaft (schwache Stellung der Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften) herrscht zunehmend ein ausgeprägter Egoismus vor. Angesichts weit verbreiteter Armut und schwieriger existenzieller Bedingungen hat der Begriff des Gemeinwohls eine nur untergeordnete Stellung.

Der Begriff Liberalismus und die marktliberale Wirtschaftspraxis – wie sie von einigen Regierungen der ostmitteleuropäischen EU-Staaten vertreten wird - ist mittlerweile diskreditiert und verpönt.¹⁷ Gleichzeitig misst man dem Modell der sozialen Marktwirtschaft, die bekanntlich auf den Lehrsätzen des Ordoliberalismus beruht, große Bedeutung zu, ohne dessen Funktionsweise näher zu kennen.

8. Fazit

Frustration und Unzufriedenheit sind kennzeichnend für einen großen Teil der Ostmitteleuropäer, auch nach einer jetzt schon fast drei Jahre währenden Mitgliedschaft in der EU. Der vom neoliberalen mainstream geprägte Blick westlicher Experten auf die Entwicklung in Ostmitteleuropa ist einseitig, die immense Verarmung der Gesellschaften und die schlechte Lage auf den Arbeitsmärkten wird ignoriert. Auch wird die Absenz eines tragfähigen sozialen Schutzes entweder nicht oder gar wohlwollend zur Kenntnis genommen, da sie als Argument in den eigenen Ländern dienen kann, man sich als Investor davon Vorteile versprechen darf und die meisten ostmitteleuropäischen EU-Staaten weiterhin auf ausländische Direktinvestitionen angewiesen sind. Dieser Blickwinkel entspricht durchaus auch der Perspektive der postkommunistischen politischen und wirtschaftlichen Eliten in den ostmitteleuropäischen Reformstaaten, die sich füglich als Transformationsgewinner verstehen können. Die neuen Ungleichheiten nehmen aber auch aktuell betrachtet nicht ab, sondern zu. Ein neuer Mittelstand formiert sich nur sehr allmählich, die Armut breitet sich in zahlreichen ostmitteleuropäischen EU-Ländern unabhängig davon, welcher Armutsdefinition man sich bedient, ebenfalls aus. Insofern ist dem in Bremen lehrenden konservativen Soziologen *Zdzisław KRASNODEBSKI* zuzustimmen, wenn er in seinem Aufsatz über Verlierer und Gewinner in Ostmitteleuropa zu folgendem Ergebnis kommt: „Ostmitteleuropa braucht eine neue friedliche Revolution, eine, die nicht gegen Demokratie und ökonomische Freiheit gerichtet ist, sondern sie erst verwirklicht und mit Solidarität und Gerechtigkeit verbindet.“¹⁸ Aber auch *KRASNODEBSKI* muss (wohl zwangsläufig) offen lassen, wie dieses anspruchsvolle Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen wäre.

¹⁷ J. SZACKI: Der Liberalismus nach dem Ende des Kommunismus. F./M. 2003, S. 266-267.

¹⁸ Z. KRASNODEBSKI: Verlierer und Gewinner in Ostmitteleuropa.
In: http://www.owep.de/2006_2_krasnodebski.php.

Gerhard Schüsselbauer

Rumänien und Bulgarien – Politik und Ökonomie der EU-Neumitglieder

„So war es eben in dem geliebten Spiel: In dem Moment, in dem man glaubte, den Joker gezogen zu haben, wurde einem der Thron, auf dem man saß, von hinten weggezogen und man landete auf dem Boden der Armut mit seinen schäbigen Plattenbauwohnungen und trüben Ausblicken auf die grauen Fassaden des Lebens der kleinen Leute.“
(Vladimir Zarev, Verfall, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2007, S.465)

EU-Beitritt Januar 2007 – das Ende der Systemtransformation?

Die Aufnahme von insgesamt zwölf neuen Mitgliedstaaten in den Jahren 2004 und 2007 stellt die Europäische Union (27) nach dem Mammutprogramm der letzten Jahre vor nicht weniger entscheidende Weichenstellungen. Fragen nach der möglichen Finalität der EU-Integration, der endgültigen Verabschiedung eines Grundlagenvertrags der EU-Staaten, der Grenzen Europas sowie der vielfältigen politischen Herausforderungen paaren sich mit sehr ernst zu nehmenden Stimmen, ob die EU nicht in den nächsten Jahren innehalten sollte, da sie sonst am Spagat zwischen permanenter Erweiterung und Vertiefung zu zerbrechen drohe. Die EU müsse zunächst den großen Teig der aufgenommenen Länder bei gleichzeitig bestehenden eigenen verkrusteten institutionellen Strukturen verdauen, zumal sich etliche Staaten einer mangelnden politischen Stabilisierung gegenübersehen.

Für die meisten der ostmitteleuropäischen Länder ist die Systemtransformation in ökonomischer Hinsicht weitestgehend abgeschlossen¹. Im Fall von Rumänien und Bulgarien kann sie im Gegensatz dazu bestenfalls als vorangekommen bzw. fortgeschritten eingestuft werden. Hinsichtlich des politischen Reifegrades und der Festigung einer Parteienlandschaft trifft dies aber auch auf Länder wie Polen, Tschechien oder Ungarn keineswegs zu. Hier zeigen sich die südosteuropäischen Neumitglieder erstaunlich stabil und wesentlich weniger aufgeregt als die erwähnten mitteleuropäischen Länder. Um allerdings die politische und sozialpolitische Konsolidierung voranbringen zu können, sind in Zukunft noch vielfältige gesellschaftliche Anstrengungen der politischen Akteure und Entscheidungsträger vonnöten. Denn anders als in den Ländern des östlichen Mitteleuropa hat die Hinterlassenschaft der kommunistischen Herrschaft zu einem noch größeren Entwicklungsrückstand geführt. Zudem gelten die ersten Jahre nach der politischen Wende 1989/1990 aufgrund des politischen Chaos und des wirtschaftspolitischen Stop-and-go-Kurses als verlorener Zeitraum. Nun ist es an der Zeit, nach dem erfolgten Beitritt die unter Beweis gestellte Beitrittsfähigkeit zu ergänzen um die von Rumäniens Präsident *Traian Băsescu* geforderte Beitrittswürde.

¹ Vgl. GERHARD SCHÜSSELBAUER: Das Ende der Systemtransformation oder der Beginn des neuen (Lügen-)Populismus? UNGARN, DIE SLOWAKEI UND TSCHIECHIEN im Jahre 2006, aktuelle ostinformationen, 2006, 3/4, S. 4-13.

Während Nicolae Ceaușescu Rumänien von 1965 bis 1989 mit seiner menschenverachtenden Diktatur des Wahnsinns und der Gehirnwäsche ruinierte sowie durch den krampfhaften, jedoch brutalen Versuch der wirtschaftlichen Autarkie in die Isolation trieb, verwirklichte *Todor Schiwkow* in den 35 Jahren seiner Amtszeit in Bulgarien eine Einparteienherrschaft und lehrbuchartige Zentralverwaltungswirtschaft gemäß marxistisch-leninistischer Ideologie und zementierte daher den wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Rückstand bis weit über die Wendezeit hinaus. So vergingen 14 Jahre, bis nach der Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen der EU mit Rumänien und Bulgarien im Jahr 1993 der Beitritt unter Auflagen, was ein Novum in der Geschichte der EU-Erweiterungsrunden darstellt, vollzogen werden konnte. Die Verhandlungen mit der EU gestalteten sich gerade deshalb als außerordentlich schwierig, da die Umsetzung kurz- und mittelfristiger Prioritäten immer wieder entscheidend ins Stocken gerieten, auch wenn die umfassenden Anstrengungen seitens der beiden Länder gewürdigt wurden².

Lag die Zustimmung der Bürger zur EU-Vollmitgliedschaft in beiden Ländern beinahe traditionell hoch und zeigte somit sowohl die Wertschätzung dem Integrationsmodell Modell EU gegenüber als auch den Wunsch, der historischen und kulturellen Notwendigkeit zu entsprechen, so sank die Zustimmung bis zum EU-Beitritt deutlich. Dies ist vor allem den innenpolitischen Schwierigkeiten anzulasten sowie mit der Komplexität und Dauer des Beitrittsprozesses zu erklären. Zugleich unterstützt die EU den Transformationsprozess durch unterschiedliche Finanzinstrumente (PHARE, SAPARD, ISPA). Während Rumänien seit 1990 im Zuge der Vorbeitrittshilfen etwa sieben Milliarden Euro Unterstützung erfahren hat, belief sich die Unterstützungsleistung für Bulgarien auf etwa 300 Millionen Euro jährlich. Im jetzigen Haushaltsrahmenwerk der EU (2007 bis 2013) sind bis zum Jahr 2009 für Rumänien Zahlungen in Höhe von rund zehn Milliarden Euro und für Bulgarien ca. 4,7 Milliarden Euro vorgesehen³. Das Problem steckt jedoch in der konkreten projektbezogenen Mittelverwendung, die von den jeweiligen Ländern im so genannten „Twinning“-Prinzip kofinanziert werden muss. Viele Projekte werden wegen der fehlenden institutionellen und administrativen Voraussetzungen sowie der hohen, jedoch berechtigten Anforderungen seitens der Zuwendungsgeber scheitern, sodass der EU-Haushalt von nicht verausgabten Zahlungsverpflichtungen gekennzeichnet ist.

Rumänien im Spannungsfeld zwischen politischer Konsolidierung und Machtauseinandersetzungen

Sowohl der seit Ende 2004 amtierende Präsident *Traian Băsescu*, der ehemalige Bürgermeister der Hauptstadt Bukarest, als auch Ministerpräsident *Călin Popescu-Tăriceanu*, der ein Wahlbündnis bestehend aus der sozialdemokratischen PSD und der sozialliberalen PUL regiert, hatten stets die erklärte Absicht verfolgt, den EU-Beitritt

² Vgl. KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Monitoring-Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Bulgariens und Rumäniens, Brüssel 26.9.2006, S. 14 ff.

³ Vgl. OLAF LEIßE, Rumänien und Bulgarien – Der steinige Weg zum EU-Beitritt, Orientierungen zur Wirtschafts – und Gesellschaftspolitik Heft 110, 4/2006, S. 41.

spätestens Anfang 2007 zu realisieren. Allerdings schienen auch die neuen politischen Eliten die immensen Herausforderungen durch die Übernahme des gemeinschaftlichen Rechtsbesitzstandes (*Acquis Communautaire*) und die daraus resultierenden mittelfristigen Prioritäten zu unterschätzen. Als Resultat ergab sich sowohl für Rumänien als auch Bulgarien ein Beitritt Anfang dieses Jahres unter Auflagen verbunden mit Schutzklauseln, die einer besonderen Überwachung bedürfen („Monitoring“). Hinzu kam die sehr verhaltene Einstellung einiger EU-Staaten im Hinblick auf das bereits vertraglich vereinbarte Beitrittsdatum 2007.

Seit 2005 geriet Staatspräsident *Traian Băsescu* zunehmend in Konflikt mit dem amtierenden Ministerpräsidenten *Călin Popescu-Tăriceanu*, obwohl beide dem Koalitionsbündnis der nationalliberalen und demokratischen Kräfte angehören⁴. Grund waren gegenseitige Beschuldigungen des Machtmissbrauchs, Korruptionsvorwürfe sowie divergierende Ansichten zum Abzug der rumänischen Truppen aus dem Irak, den *Tăriceanu* befürwortete, *Băsescu* hingegen ablehnte. Am 19. April 2007 wurde *Băsescu* vom Parlament suspendiert. Unter anderem wurden ihm „Verfassungsverletzungen“ und „willkürliche Anwendung der Gesetze“ vorgeworfen. Zwischenzeitlich übernahm *Nicolae Văcăroiu*, der bisherige Vorsitzende des Senats, die Funktionen des Staatspräsidenten. Über eine endgültige Absetzung hatte ein Referendum zu entscheiden, das am 19. Mai 2007 stattfand. Nach einem ursprünglichen Gesetz hätten mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten gegen den Präsidenten stimmen müssen, damit dieser definitiv seines Amtes enthoben werden könnte. *Băsescus* Gegner setzten im Parlament jedoch eine Gesetzesänderung durch, nach der beim Referendum eine relative Mehrheit genügt hätte, um *Băsescu* abzusetzen. Der in der Bevölkerung sehr populäre *Băsescu* wurde schließlich mit 74,5 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt, wobei die Wahlbeteiligung bei geringen 44,5 Prozent lag. Im Gegenzug scheiterte die Demokratische Partei PD, die aus der Koalition mit der Nationalliberalen Partei PNL und der Demokratischen Union der Ungarn in Rumänien bestanden hatte und nach fortgesetzten Streitigkeiten zerbrochen war, am 11. Juni 2007 mit dem Versuch, *Popescu-Tăriceanu* durch einen ins Parlament eingebrachten Misstrauensantrag zu stürzen.

Băsescu seinerseits wirft der Regierung von *Popescu-Tăriceanu* vor, ein System der fatalen Verflechtung von Privatwirtschaft, dominiert von wenigen Oligarchen, und der politischen Elite zuzulassen. Eine effiziente Korruptionsbekämpfung und Eindämmung der Günstlingswirtschaft würde somit unmöglich gemacht⁵.

Der Fortschrittsbericht zu Bulgarien und Rumänien⁶, der am 27. Juni 2007 vorgelegt wurde, kommt zu der Schlussfolgerung, dass der Fortschritt beim rechtlichen Umgang mit Korruption auf hohem Niveau unzureichend sei. Die Kommission stellte jedoch fest, dass es zu früh sei, um Sanktionen gegen die beiden Staaten einzuleiten oder auch die Androhung von Strafen aufzuheben. In Rumänien wird gegenwärtig gegen zwei frühere Premierminister und zwei frühere Minister aufgrund von Korruptionsvorwürfen

⁴ <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/neuwahlen-rumanien-amtsenthebung-prasidenten/article-163280> besucht am 23.8.2007.

⁵ <http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID6778074> besucht am 23.8.2007.

⁶ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/948&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> besucht am 11.10.2007.

ermittelt. Damit zeigt sich, dass der Kampf gegen Bestechung und Günstlingswirtschaft nunmehr auf höchster Ebene ausgetragen wird. Der EU-Kommissar für Freiheit, Sicherheit und Recht *Franco Frattini* unterstrich, dass er die richtige Nachricht an die Bevölkerung in Bulgarien und Rumänien aussenden wolle. „Wir wollen diesen beiden Staaten helfen und nicht mit dem Finger auf sie zeigen“, so *Frattini*. Die Kommission entlässt Bulgarien und Rumänien jedoch nicht vollkommen aus der Verantwortung. Sie werde bis Mitte 2008 weiterhin die Fortschritte beobachten und ihre Sanktionsandrohung aufrechterhalten, so wie die Nicht-Anerkennung von Gerichtsurteilen. Erwogen werde eine Inkraftsetzung der mit dem Beitritt verbundenen Schutzklauseln, wenn die beiden Staaten weiterhin ‚keinen Fortschritt machten und die Zielvorgaben nicht erreichten‘. Einerseits können diese Schutzklauseln als eine qualitative Herabsetzung der EU-Mitgliedschaft angesehen werden, andererseits zwingen dieselben die Regierungen beider Länder dazu, die institutionellen und administrativen Reformen mit besonderem Nachdruck anzugehen.

Bulgarien zwischen scheinbarer politischer Stabilität und Auftragsmorden

Nach einer äußerst schwierigen Regierungsbildung führt der sozialistische Parteichef *Sergej Stanishev* seit Sommer 2005 eine Mitte-Links-Koalition an und beerbte dabei den von 2001 bis Mitte 2005 regierenden Ministerpräsidenten *Simeon Saksoburggotski*, den ehemaligen Zaren Bulgariens. Die Rückkehr der Sozialisten an die Macht ist der prekären sozialpolitischen Situation des Landes geschuldet, die es der linksorientierten Wahlpropaganda leicht machte, die Wählerschaft zu gewinnen. Die Diskrepanz zwischen den Gewinnern der Transformationen, die vor allem in der legalen und „halb-legalen“ Geschäftswelt auszumachen sind, und den Verlierern wird nicht nur durch Indikatoren wie die gestiegene Einkommens- und Vermögensungleichheit untermauert, sondern manifestiert sich auch in den soziologischen Einstellungen der Bevölkerungsgruppen über Lohngerechtigkeit und die wohlfahrtsstaatliche Rolle des Staates⁷.

Bulgarien habe laut jüngster Einschätzung seitens der EU-Kommission⁸ die wichtigsten Verfassungsreformen angenommen, zeige ‚guten Willen und Entschlossenheit‘, die Bemühungen bei der konkreten Umsetzung der Reformen müssen jedoch deutlich verstärkt werden. Der Bericht bestätigt ‚unzureichende Fortschritte‘ Bulgariens in den Bereichen der Korruption auf hoher Ebene und beim organisierten Verbrechen. Das Dokument stellt fest, dass ‚Auftragsmorde eine große Sorge‘ blieben und dass ‚bisher keine Anklage oder Verurteilung‘ stattgefunden habe. Laut dem EU-Bericht sei man mit den Fortschritten Bulgariens hinsichtlich der Rechtsreform, der Korruptionsbekämpfung auf lokaler Ebene und der Einrichtung einer nationalen Agentur für Integrität zufrieden. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass noch immer weitreichende Reformbemühungen im institutionellen und administrativen Aufbau notwendig seien.

⁷ Vgl. dazu ausführlicher JAN DELHEY, Osteuropa zwischen Marx und Markt, Beiträge zur Osteuropaforschung, Bd. 4, Verlag Krämer, S. 285 ff.

⁸ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/948&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> besucht am 23.8.2007.

In Sommer 2007 richtete sich das Interesse der Weltöffentlichkeit auf die Freilassung der in Libyen festgehaltenen und jahrelang mit der Todesstrafe bedrohten bulgarischen Krankenschwestern, an deren Ausreise in ihr Heimatland der französische Staatspräsident *Sarkozy* und dessen Gattin einen nicht unerheblichen Anteil hatten. Tatsächlich ist die bulgarische Öffentlichkeit äußerst unzufrieden mit der schwachen außenpolitischen Rolle der eigenen Regierung, die es anderen europäischen Politikern überlassen muss, in Fragen des Schicksals eigener StaatsbürgerInnen die Initiative zu ergreifen. Wesentlich schlimmer ist es um die öffentliche Sicherheit, vor allem in der Hauptstadt Sofia, bestellt. Seit einigen Jahren tobt ein regelrechter „Auftragsmordwettkampf“, dem bereits Dutzende von dubiosen Geschäftsleuten zum Opfer gefallen sind. Der Kampf gegen das organisierte Verbrechen und gegen Schmiergeldaffären, in die Teile der Justiz und Polizei verstrickt sind, ist für die bulgarischen Bürgerinnen und Bürger und für externe Beobachter seitens der EU zu einem Anliegen von allerhöchster Priorität geworden. Die „EUphoria“⁹, die vor allem in der ersten Jahreshälfte nach dem EU-Beitritt deutlich bemerkbar war, wird sich dauerhaft nur dann halten, wenn es einerseits gelingt, eine konsequente Aufklärung der Auftragsmorde zu betreiben und andererseits die zur Verfügung stehenden EU-Mittel für den institutionellen und administrativen Aufbau von Staatsverwaltung, Justiz und Polizei effizient einzusetzen.

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die Ausgangslagen beider südosteuropäischen Volkswirtschaften waren bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre hinein äußerst prekär. Eine straffe Zentralverwaltungswirtschaft mit katastrophaler Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen (Bulgarien) bzw. der komplett fehlgeschlagene Versuch, eine autonome sozialistische Wirtschaftsform unabhängig vom Ausland um jeden Preis aufbauen zu wollen (Rumänien), führten in den jeweiligen Ländern zu einem krassen Entwicklungsrückstand im realen Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung und zudem bei verschiedenen sozioökonomischen Indikatoren (bspw. Gesundheitsindikatoren). Ein aufholender Wachstumsprozess durch endogene Wachstumskräfte über die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung sowie durch Exportorientierung nach dem Zusammenbruch des RGW-Staatshandelssystems konnte in beiden Ländern erst nach 1997/1998 initiiert werden.

⁹ Vgl. THE ECONOMIST, EUphoria – for now, Aug 9th, 2007, S. 34.

Wirtschaftsindikatoren für Rumänien und Bulgarien

	Reales BIP-Wachstum in %		Inflationsrate in %		Arbeitslosenquote in %		Pro-Kopf-BIP in KKS (EU 27 = 100)
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Rumänien	7,7	7,3	6,6	5,0	7,4	7,0	38
Bulgarien	6,2	6,5	7,4	6,5	8,9	8,2	37

Quellen: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute ARGE, *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2007*, S. 17; Daten von Eurostat unter <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/> besucht am 12.10.2007.

Die ökonomischen Indikatoren für Rumänien und Bulgarien zeigen einerseits den wirtschaftlichen Aufholprozess hinsichtlich der realen Wertschöpfung der Volkswirtschaften. Dies spiegelt sich in den im Vergleich zu den Vorjahren gestiegenen Werten für das Pro-Kopf-Einkommen gemessen in Kaufkraftstandards KKS wider. Bis vor wenigen Jahren lagen die Vergleichswerte noch bei unter 30 Prozent Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung, verglichen mit dem Rest der EU-Länder. Andererseits weisen die Inflationsentwicklung und die Entwicklung der Arbeitslosenquote zwar eine rückläufige Tendenz auf, es bedarf allerdings noch verstärkter Anstrengungen, um sowohl die Arbeitslosigkeit dauerhaft zu senken, als auch im Fall Rumäniens die rumänische Währung Leu insoweit zu stabilisieren, dass im Jahr 2012 der Euro eingeführt werden kann. Die relativ niedrigen Werte für die Arbeitslosenquote in Rumänien sind auch auf die enorme temporäre oder permanente Auswanderungswelle von Arbeitskräften in Richtung mediterrane EU-Länder (insbesondere Italien und Spanien) zurückzuführen.

Rumänien

Während Bulgarien in den 1990er Jahren vor allem mit einem exorbitanten makroökonomischen Ungleichgewicht bei Hyperinflation zu kämpfen hatte, war die rumänische Ökonomie lange Zeit gekennzeichnet von mangelnder Umstrukturierung, Anpassung der Produktions- und Finanzstrukturen und fehlenden Privatisierungsfortschritten. Trotz stabiler Wachstumsraten seit fünf Jahren weist das Land in der institutionellen Konvergenz und Stabilität gravierende Mängel in der staatlichen Administration auf. Experten weisen darauf hin, dass die statistisch ausgewiesenen moderaten Arbeitslosenquoten von ca. sieben Prozent (gemessen an der Erwerbsbevölkerung) nach unten verzerrt sind¹⁰. Vor allem bei der Betrachtung der Beschäftigungsverhältnisse in der Landbevölkerung muss ein verdecktes Arbeitslosenpotenzial mit einkalkuliert werden. Bei niedrigen Lohnkosten und gut ausgebildeten Fachkräften sowie einem beachtlichen Absatzpotenzial muss Rumänien

¹⁰ Vgl. Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche WIIW http://www.wiwi.at/pdf/adb_catalogue_romania.pdf - besucht am 12.8.2007.

viel stärker als bislang seine Möglichkeiten im Anziehen von ausländischen Direktinvestitionen suchen. Insbesondere die Entwicklung des Tourismussektors steckt im Vergleich zum Nachbarland Bulgarien noch in den Kinderschuhen. Gleichwohl zeigt sich in Rumänien eine sehr divergierende regionale wirtschaftsgeographische Entwicklung. Während die kulturhistorisch zum südöstlichen Rand von Mitteleuropa gehörenden Regionen Siebenbürgen / Transsilvanien und Banat eine rasante nachholende Entwicklung bei stetig steigendem Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen aufweisen, kämpfen die östlich und südlich der Karpatenkette gelegenen Regionen Moldau, Walachei und Dobrudscha mit vielfältigen industriellen und landwirtschaftlichen Strukturproblemen. Dabei ragt freilich das Agglomerationsgebiet um die Hauptstadt Bukarest, das in wenigen Jahren zu einer Boomregion avancierte, heraus. Besonders illustrativ und beeindruckend ist die Entwicklung von Hermannstadt / Sibiu, der Kulturhauptstadt Europas 2007, die vom deutschstämmigen Bürgermeister *Klaus Johannis* regiert wird. Vor allem mittelständische Industrien sorgen vergleichbar der Situation in Klausenburg / Cluj-Napoca für eine beispiellos niedrige Arbeitslosenquote von unter zwei Prozent bei einem gleichzeitigen Aufschwung im lange Zeit vernachlässigten, arbeitsintensiven Dienstleistungssektor.

Bulgarien

Ähnlich wie Rumänien hat Bulgarien schwere Zeiten des demokratischen und marktwirtschaftlichen Umbruchs hinter sich und sieht noch gewaltige Aufgaben in der vollen Übernahme des *Acquis Communautaire* vor sich. Vor allem in den komplexen Bereichen der Umweltrichtlinien, des Ausbaus eines effizienten staatlichen Administrationsapparates und der Justiz- sowie der Anti-Korruptionspolitik weist das Land noch fundamentale Mängel auf. Darüber können auch die günstigen makroökonomischen Entwicklungen seit Einführung des Currency-Board-Systems im Jahr 1997 nicht hinwegtäuschen. Bei einem System des „Währungsrates“ handelt es sich um eine 100%ige Deckung der Zentralbankgeldmenge durch Devisen, sodass die Entwicklung der Inflationsrate in Anlehnung an die Entwicklung der Referenzwährung, vormals DM, nun Euro gekoppelt werden kann. Obgleich das Land dauerhaft hohe reale Wachstumsraten bei Währungsstabilität aufweist und die Privatisierung fortgeschritten ist, hemmen gesetzgeberische und administrative Defizite eine ausgewogene realwirtschaftliche Entwicklung. Die Einbindung in den wirtschaftsgeographischen Raum der europäischen Arbeitsteilung ist nur bedingt fortgeschritten. Zu den realwirtschaftlichen und institutionellen Defiziten kommen enorme sozialpolitische Verwerfungen, wenn auch mittlerweile bei deutlich gesunkener Arbeitslosigkeit, die insbesondere die zahlenmäßig bedeutsame Minderheitengruppe der Türken sowie die ethnische Gruppe der Roma treffen. Obwohl die makroökonomische Stabilisierung der letzten Jahre durch eine stabilitätsorientierte Geld- und Fiskalpolitik sehr erfolgreich verlief und so eine Realeinkommenssteigerung bei weiten Teilen der Bevölkerung verzeichnet werden kann, trug die Wirtschaftstransformation auch zu einer Ausgrenzung wirtschaftlich Schwacher und zu einem verstärkten Stadt-Land-Gefälle bei, das wesentlich ausgeprägter als in alten EU-Staaten ausfällt.

Bewertung für RO und BG

Folgt man dem Konzept des Deka Converging Europe Indicator DCEI¹¹, das von der Deka Bank in Anlehnung an die Transformationsindikatoren der European Bank für Reconstruction and Development EBRD entwickelt wurde, dann beobachtet man sowohl für Rumänien als auch für Bulgarien eine rasante aufholende Wirtschaftsentwicklung. Der DCEI als makroökonomisches Konvergenzmodell analysiert die Fortschritte in den vier Teilbereichen institutioneller, realwirtschaftlicher, monetärer und fiskalischer Konvergenz und vergleicht über einen jährlich zusammengefassten Indikatorwert die Entwicklung seit 1995.

In das Modell fließen insgesamt 16 makroökonomische und institutionelle Indikatoren ein. Der Maximalwert von 100 Punkten geht einher mit dem vollständigen Erreichen des wirtschaftspolitisch-qualitativen Niveaus entwickelter Volkswirtschaften, ist jedoch nicht zu verwechseln mit einem Erreichen des reinen Wohlstandsniveaus, ausgedrückt im Pro-Kopf-Einkommen, also einer quantitativen Größe.

Realwirtschaftliche Konvergenz: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, Anteil des Agrarsektors am BIP, Arbeitslosenquote, Handel mit EU-Staaten.

Monetäre Konvergenz: Entwicklung der Inflationsrate, Kapitalmarktzinsniveau, Wechselkursstabilität sowie Kreditwachstum.

Fiskalische Konvergenz (jeweils in Prozent des BIP): Haushaltssaldo, Niveau der öffentlichen Verschuldung, Auslandsverschuldung, Anteil des Privatsektors an der Wertschöpfung.

Institutionelle Konvergenz: allgemeine Wirtschaftspolitik, Finanzsystem und Finanztiefe, gesetzliche Rahmenbedingungen, Zahl der in den EU-Beitrittsverhandlungen geschlossenen Kapitel (bis 2006).

Bulgarien konnte sich vor allem bei der monetären und fiskalischen Konvergenz sehr erfolgreich weiterentwickeln. Hier wurden zweifellos die größten Fortschritte erzielt, nähert man sich doch mit Werten von ca. 80 Indexpunkten mittlerweile dem Idealwert des Indikators von 100. In der realwirtschaftlichen Konvergenz schlagen besonders negativ der hohe Anteil des Agrarsektors, ein Kennzeichen für mangelnden strukturellen Wandel, sowie die noch relativ hohe Arbeitslosenquote von knapp 9 Prozent der Erwerbsbevölkerung zu Buche. Ähnlich wie in Rumänien weisen die gesetzlichen Rahmenbedingungen noch gravierende ordnungspolitische Lücken bspw. in der Unternehmensgesetzgebung auf.

In Rumänien ist vor allem die fiskalische Konvergenz weit fortgeschritten, wohingegen die mangelnde monetäre Konvergenz weiterhin Anlass zu weiteren Reformschritten gibt, auch wenn sich der Wechselkurs des rumänischen Leu gegenüber dem Euro und insbesondere gegenüber dem US-Dollar seit 2005 enorm stabilisieren konnte. Die realwirtschaftliche Integration verläuft aufgrund des gestiegenen Zustroms an

¹¹ Vgl. Details bei Dietmar Hornung, Bulgarien und Rumänien – Balkantiger auf dem Sprung, Faz-net, 8. Juni 2006.

ausländischen Direktinvestitionen sowie der verbesserten Handelsintegration innerhalb der EU erfolgreicher als noch vor wenigen Jahren. Beide Länder bieten wegen der EU-Mitgliedschaft und der fortgeschrittenen Wirtschaftstransformation sowie der Stabilisierung des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes interessante, langfristig orientierte Investitionsmöglichkeiten im Tourismus- und Immobiliensektor, aber auch bei „Green-field“-Investitionen sowie Beteiligungsmöglichkeiten für klein- und mittelständische Unternehmen. Ohne Zweifel ist in beiden Ländern unterdessen ein sich selbst tragender Aufschwungprozess identifizierbar. Die Entwicklung dürfte auch in den nächsten Jahren dazu beitragen, dass sich Produktivität und Realeinkommen der Bevölkerung positiv entwickeln, wohingegen die sozialpolitischen Herausforderungen aufgrund der relativen Armut eines Teils der Bevölkerung nach wie vor immens sind.

Volker Lindenthal

Dass Reformprogramm der Regierung Dzurinda als Katalysator regionaler und sozialer Disparitäten

(Der Autor studiert Politikwissenschaften an der Universität Freiburg)

Einleitung

Die Slowakische Republik liefert „*ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie unangemessen der verbreitete Fatalismus ist, dass durchgreifende Reformen politisch unmöglich seien oder den sozialen Kahlschlag bedeuten.*“¹

Die christdemokratisch-neoliberale Regierung *Dzurinda* setzte in ihrer Regierungszeit (1998-2006) ein weitreichendes Reformprogramm um, welches neben einer vieldiskutierten Steuerreform auch Reformen der Sozialsysteme zum Inhalt hatte. In internationalen Wirtschaftskreisen werden die Reformen oftmals gelobt und sogar als mögliches Vorbild für Reformprogramme in Deutschland und Westeuropa angesehen.² Die vorliegende Arbeit wird zunächst die verschiedenen Reformen, nach den verschiedenen Reformobjekten geordnet, systematisch darstellen, bevor sie jene analysiert.

Die Untersuchung wird in *Abschnitt 3* zunächst auf die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Reformen eingehen, welche in verschiedenen Studien internationaler Organisationen festgestellt wurden. Die die Arbeit leitende Fragestellung ist jedoch: Gibt es trotz offensichtlicher gesamtwirtschaftlich positiver Effekte auch Gruppen und Regionen, die als deutliche Verlierer des Reformprozesses anzusehen sind?

So werden zunächst wachsende soziale Ungleichheiten, wie sie auch im Eurostat-Jahrbuch 2006-07 konstatiert wurden, analysiert, bevor die regionalen Disparitäten ausführlicher mittels einer Diskussion der wirtschaftlichen Indikatoren herausgearbeitet werden.

¹ Waltraut, Peter: Die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen in der Slowakischen Republik. Juni 2006, S.15. http://www.iwkoeln.de/data/pdf/content/trends02_06_5.pdf (Abruf: 2007-05-16).

² Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung: Politischer Bericht Slowakei. Mai 2005. http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_6736_1.pdf (Abruf: 2007-05-15).

Im Fazit wird die These der Reformen als Katalysator sozialer und regionaler Disparitäten abschließend bestätigt.

Den Schlussteil bildet eine Diskussion der angewandten Analyse-Instrumente mit einer Einschätzung der empirischen Datenlage sowie ein Vorschlag zu einer tiefergreifenden Betrachtung solcher Reformen.

2. Darstellung des Reformprogramms

Das radikale Reformprogramm der Regierung *Dzurinda* (1998-2006), welches stark von liberalen Strömungen geprägt war, beinhaltete sowohl Steuer- als auch Sozialreformen. Im Folgenden werden die Reformen systematisch in drei Kategorien eingeteilt. Zunächst wird die Reform des fiskalen Sektors dargestellt, bevor näher auf die Reformmaßnahmen des Rentensystems und des Arbeitsmarktes eingegangen wird. Der Leser sollte sich jedoch trotz Systematisierung darüber im klaren sein, daß es sich um ein simultan durchgeführtes Programm handelt.

Ziel des Programms war ein höherer Grad an Wettbewerbsfähigkeit sowie eine Stabilisierung des Staatshaushalts, um den 2004 erfolgten Beitritt zur Europäischen Union vorzubereiten. Darüber hinaus sollte es den für 2009 angedachten Beitritt zur Euro-Zone voranbringen.

2.1. Reform des Steuersystems³

Bei der Steuerreform handelt es sich um ein Maßnahmenpaket, das zum 1. Januar 2004 in Kraft trat. Nach Meinung von *Mikulaš Dzurinda* handelt es sich bei dem neugeschaffenen System um „ein neues, gerechtes Steuersystem als Vorbild für ganz Europa“. ⁴ Der hierbei zugrundeliegende Wertmaßstab für Gerechtigkeit ist die gleiche Besteuerung auf alle Arten und Höhen von Einkommen. ⁵

Ziel der Reform war es, ein einfaches, gerechtes und unternehmerfreundliches Steuersystem zu implementieren, indem man fünf Grundsätzen Beachtung schenkte: ⁶ Die Steuerlast sollte zunehmend von direkter auf indirekte Besteuerung umgewälzt werden, so dass einerseits die Produktion entlastet wird und andererseits die Anreize zu Steuerhinterziehung, -flucht und Schwarzarbeit verringert werden. ⁷

Indem jegliche Ausnahmen, Steuerbefreiungen und sonstige Vergünstigungen abgeschafft wurden, sollte das Steuersystem transparenter und einfacher gestaltet werden.

Mit Hilfe einer einheitlichen Einkommensteuer (Flat Tax) sollten zusätzliche Arbeitsanreize geschaffen werden, die bei der vorherigen progressiven Besteuerung nicht freigesetzt wurden. Diese betreffen vor allem Empfänger höherer Einkommen.

³ Die nachfolgenden Betrachtungen der Steuerreform sind an eine Untersuchung des Finanzministeriums der Slowakei angelehnt: First Year of the Tax Reform, or 19 Percent at Work. September 2005. http://www.finance.gov.sk/en/Documents/IFP/Publications/TAXREFORM_EN.pdf (Abruf: 2007-05-16).

⁴ Konrad-Adenauer-Stiftung 2005.

⁵ Vgl. Goliaš, Peter / Kičina, Robert: Slovak Tax Reform: One Year After. 2005, S. 4. http://www.ineko.sk/file_download/159 (Abruf: 2007-05-15).

⁶ Vgl. Goliaš / Kičina 2005, S. 3.

⁷ Die Abkehr von der direkten Besteuerung hin zu indirekten Steuern ist allerdings auch ein Resultat der Globalisierung, in der Steuerflucht vor direkten Steuern vereinfacht wird. Vgl. hierzu Hirst, Paul / Thompson, Grahame: Globalization in Question. The International Economy and the Possibilities of Governance. Cambridge 1996, S. 143-149.

Weiterhin sollten die bislang intendierten Umverteilungswirkungen des Steuersystems abgeschafft und in gesonderte Maßnahmen außerhalb des Steuersystems umgewandelt werden, um einen höheren Grad an Transparenz zu erreichen.

Letzter Punkt war die Vermeidung von Doppelbesteuerung, wie sie beispielsweise durch Gewinnbesteuerung und zusätzliche Einkommensbesteuerung auftritt. Das Maßnahmenpaket umfasste eine 19prozentige Flat Tax auf alle Formen und Höhen des Einkommens. Zuvor war die Einkommenssteuer progressiv organisiert, jedoch gilt auch nach der Reform noch ein jährlicher Grundfreibetrag vom 19,2fachen monatlichen gesetzlichen Mindesteinkommen.⁸ Die Körperschaftsteuer sowie die Mehrwertsteuer wurden ebenfalls auf einen einheitlichen Steuersatz von 19 Prozent festgesetzt. Vor allem die Abschaffung des auch aus Deutschland bekannten ermäßigten Mehrwertsteuersatzes, der beispielsweise für Grundnahrungsmittel oder Strom galt, sorgte für Schwierigkeiten bei der Durchsetzung und war nur durch Argumentationen der Regierung, die diese Maßnahme auf das gesamte Reformkonzept bezogen, zu verwirklichen.⁹

Weiterhin wurden die Verbrauchssteuern auf Mineralöl, Tabakwaren und Alkohol erhöht, sowie die letzten Preisderegulierungen auf Strom, Gas, Wasser und Öffentlichen Transport umgesetzt.¹⁰

Darüber hinaus wurden Grunderwerbssteuer, Dividendenbesteuerung, Erbschaftsteuer und Schenkungssteuer komplett abgeschafft, was auf die Vermeidung der Doppelbesteuerungen zurückgeführt wurde.¹¹

Kurze Zeit nach der Steuerreform wurde zusätzlich noch mit der Steuerdezentralisierung das Konzept des Fiskalföderalismus umgesetzt.¹²

2.2. Reform des Rentensystems¹³

Seit 1997 konnten die Rentenansprüche in der Slowakischen Republik nur mit Hilfe von Staatszuschüssen erfüllt werden, da hohe Arbeitslosigkeit und Beitragshinterziehung die Einnahmenseite der Versicherung reduzierten. Aufgrund dessen wurde das Rentensystem durch eine Reform in ein 3-Säulen-Modell¹⁴ umgewandelt. Neben den beiden schon existierenden Säulen, die in der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung (*PAYG*¹⁵) und den 1997 eingeführten freiwilligen privaten Sparfonds bestanden, wurde eine kapitalfinanzierte obligatorische Rente eingeführt.

⁸ Dies sorgt dafür, daß die Personen, deren Einkommen unterhalb der Hälfte des Durchschnittslohnes liegen, keine Einkommensteuern zahlen müssen. Vgl. Golias / Kičina 2005, S. 4.

⁹ Vgl. Waltraut 2006, S. 3.

¹⁰ Vgl. Golias / Kičina 2005, S. 9.

¹¹ Vgl. Gehrold, Stefan / Wolf, Daniel: Wirtschaftswunder Slowakei: Musterknabe oder neuer Bösewicht in der Europäischen Union? In: KAS-Auslands-Informationen 21 (2005), 11, S. 57-77.

¹² http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_7702_1.pdf (Abruf: 2007-05-14). Zum Konzept des Fiskalföderalismus siehe: Feld, Lars P.: Fiskalischer Wettbewerb und Einkommensverteilung. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Mai 2000, S. 181-198.

¹³ Zur Reform des Rentensystems sei auf eine Untersuchung des Institute for Economics and Social Reforms Slovak Republic hingewiesen: Golias, Peter: Pension Reform in Slovakia. Februar 2004. http://www.ineko.sk/reformy2003/menu_dochodky_paper_golias.pdf (Abruf: 2007-05-16).

¹⁴ Dieses Modell basiert auf einem Vorschlag der Weltbank zur Altersrentenfrage aus den 1990er Jahren. Hierzu sei auf eine Analyse dieses Vorschlags hingewiesen: Beattie, Roger / McGillivray, Warren: Eine Strategie voller Risiken: Reflektionen über den Rentenreformvorschlag der Weltbank. In: Internationale Revue für soziale Sicherheit, Band 48: 3-4. 1995, S. 5-26.

¹⁵ PAYG = Pay As You Go; Dieser Terminus ist im Deutschen mit dem Prinzip des Umlageverfahrens bekannt, das auf intergenerationellem Ausgleich basiert.

Die bisherige umlagefinanzierte gesetzliche Rente wurde in eine beitragsadäquate Versicherung umgewandelt, indem die Beitragsbemessungsgrenzen angehoben wurden und eine neue Rentenberechnungsmethode („Schweizer Methode“¹⁶) eingeführt wurde.¹⁷ So sollten verschiedene negative Anreize des Systems ausgemerzt werden. Weiterhin wurde das gesetzliche Rentenalter stufenweise auf 62 Jahre sowohl für Männer als auch für Frauen angehoben.

Zum 1. Januar 2005 wurde zusätzlich als dritte Säule der obligatorische kapitalgedeckte Rentenfonds eingeführt.¹⁸ Die privaten Versicherungsgesellschaften, denen es gestattet ist, kapitalfinanzierte Rentenfonds anzubieten, müssen Fonds mit mindestens drei verschiedenen Risikograden anbieten, so dass die Einleger wählen können. Um eine Auszahlung der Renten sicherzustellen, gibt es allerdings Bestimmungen, welche in den letzten Jahren vor Renteneintritt die Verlagerung des Vermögens in bestimmte Risikoklassen vorschreiben. So muss das Vermögen spätestens sieben Jahre vor Renteneintritt in einen konservativen Fond verlagert werden.

2.3. Reform des Arbeitsmarktes¹⁹

Die Reformen auf dem Arbeitsmarkt hatten eine stärkere Motivation zur Übernahme von individueller Verantwortlichkeit zum Ziel.²⁰ Indem Marktmechanismen eine größere Bedeutung erhielten, wurde ein höherer Grad an Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erreicht. So trat zum 1. Januar 2003 ein Gesetz in Kraft, nach dem es Arbeitgebern erleichtert wurde, befristete und Teilzeit-Arbeitsverträge abzuschließen. Weiterhin wurde das Kranken- und Arbeitslosengeld abgebaut, die Arbeitsverwaltung dezentralisiert und die aktive Arbeitsmarktpolitik ausgeweitet.

Die Umstrukturierungen im Bereich des Krankengeldes sehen eine höhere Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor, so dass bisherige Fehlanreize des Systems verhindert werden und zugleich die Einmischung des Staates verringert wird.²¹ Mittels einer Senkung des Arbeitslosengeldes sollten die Lohnnebenkosten gesenkt werden und arbeitsmarktnahen Arbeitslosen ein höherer Ansporn zur Suche nach Arbeitsverhältnissen gegeben werden.

Der strukturell-institutionelle Aufbau der Arbeitsverwaltung wurde dahingehend verändert, dass Arbeits- und Sozialämter zusammengelegt wurden. Weiterhin wurde auch in diesem Sektor eine Dezentralisierung und Verschlinkung durchgeführt, um Kosten einzusparen und die Effizienz zu erhöhen.

¹⁶ „Nach der ‚Schweizer‘ Methode ist die durchschnittliche Gehaltsentwicklung und die Entwicklung der Lebenshaltungskosten Bemessungsgrundlage.“ KAS Bratislava – Neuigkeiten aus der Slowakei: Wachstumssensation in der Slowakei: Anhaltender Boom in der slowakischen Wirtschaft. Regierungswechsel zeitigt keine größeren Veränderungen. Erfolge der Reformen Dzurindas. 2007-04-10. http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_10645_1.pdf (Abruf: 2007-05-17).

¹⁷ Vgl. Waltraut 2006, S. 7.

¹⁸ Die Übergangsregelung, die bisherigen Arbeitnehmern eine Entscheidung bis Juli 2006 einräumte, zusätzlich noch in die kapitalfinanzierten Rentenfonds einzuzahlen oder weiterhin das Umlageverfahren zu nutzen, wird hier nicht dezidiert erläutert.

¹⁹ Vgl. Waltraut 2006, S. 9.

²⁰ Vgl. KAS 2007, S. 2.

²¹ Vgl. Waltraut 2006, S. 9.

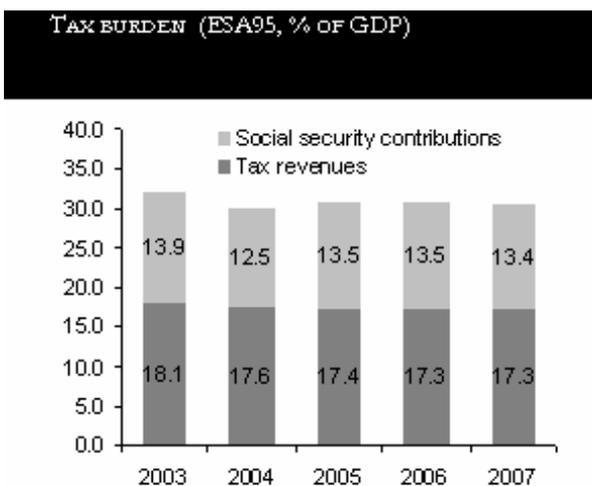
3. Analyse des Reformprogramms

„Slovakia's combination of sound macroeconomic policies, comprehensive tax and social welfare reform, and new regulations for the product, capital and labour markets, has resulted in an acceleration of growth over the past five years and has increased the pace with which Slovakia is catching up to the living standards of wealthier nations.“²²

Die nun folgende Analyse des Reformprogramms wird zunächst die gesamtwirtschaftlichen Effekte kurz umreißen, die in verschiedenen Untersuchungen von Weltbank, IWF, OECD und nationalen Institutionen analysiert wurden.

Den Kernpunkt der Untersuchung bildet jedoch die Frage nach den Auswirkungen der Reformen auf die Entwicklung sozialer und regionaler Unterschiede. Die Situation der Roma-Minderheit wird dabei nicht dezidiert betrachtet, da dies den Rahmen der Arbeit sprengen würde.²³

Abbildung 3a



Quelle: http://www.finance.gov.sk/en/ImgCont/IFP/Prognosis/Fiscal/rev_exp_F_graph.gif
(Abruf: 2007-05-17)

die Steuerehrlichkeit erhöht. In absoluten Zahlen sind die Steuereinnahmen des Staates gestiegen, da das BIP als Bezugsgröße gewachsen ist.

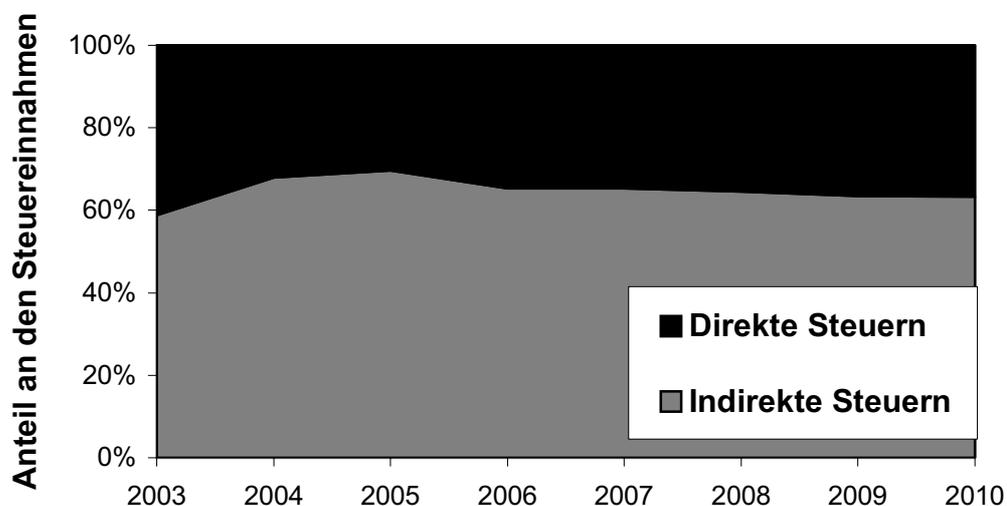
In *Abbildung 3b* werden die Steuereinnahmen nach direkten und indirekten Steuern abgetragen. Die signifikante Verschiebung hin zu indirekten Steuern wird sich nach Prognosen des Slowakischen Finanzministeriums über die Zeit hinweg verringern.

²² OECD Economic Survey of Slovak Republic 2005. <http://www.oecd.org/dataoecd/40/4/35390288.pdf> (Abruf: 2007-05-17).

²³ Für Analysen, welche die Roma betreffen, sei auf Studien der Soros Foundation (www.soros.org) hingewiesen. Weiterhin wird in den Länderberichten der OECD die Frage der Roma-Minderheit aufgegriffen.

Abbildung 3a spiegelt das Resultat der Steuerreform wider. So wurde die Steuerlast der Bevölkerung reduziert, indem sowohl die Abgaben für Sozialversicherungen – die auch eine Entlastung der Unternehmen mit sich brachte – als auch die Steuereinnahmen gemessen am BIP zurückgingen. Der Rückgang der Steuereinnahmen wurde allerdings dadurch abgedeckt, dass das neue Steuerregime weniger Anreize zur Steuerhinterziehung bietet, also

Abbildung 3b



Quelle: Eigene Grafik aus Daten des slowakischen Finanzministeriums

Die Wirtschaft boomte in den vergangenen Jahren und wies durchweg positive Wachstumsraten auf (Vgl. Abbildung 3c).

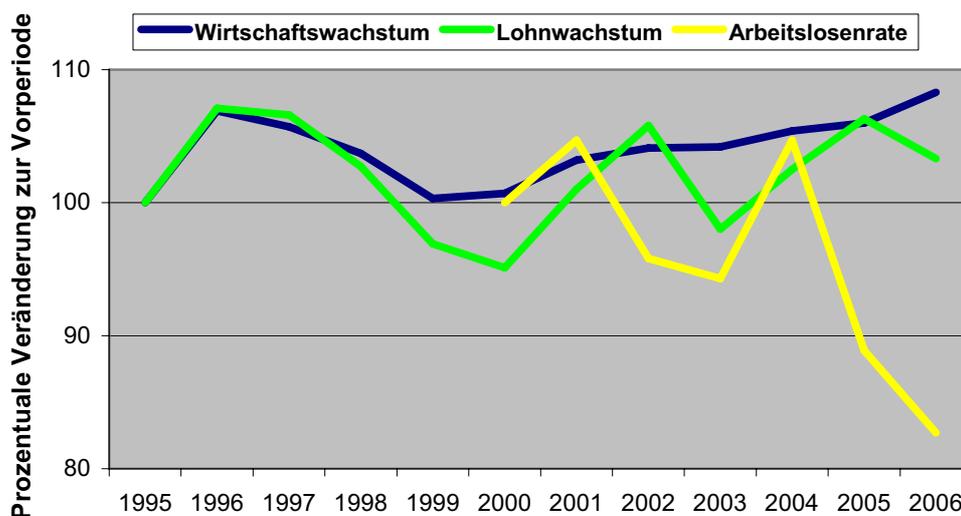


Abbildung 3c

Quelle: Eigene Grafik aus Daten des Statistischen Amtes der Slowakei

In den Jahren 1999 und 2000 stagnierte das Wachstum nahezu, jedoch wuchs die Wirtschaft im Jahr darauf wieder mit konstant hohen Raten. Das Lohnwachstum war demgegenüber sehr volatil. In einigen Jahren kam es zu Reallohnrückgängen, was auf Seite der Produzenten allerdings die Wettbewerbsfähigkeit der slowakischen Wirtschaft erhöht hat.

Auch die Arbeitslosigkeit hat in den vergangenen Jahren drastisch abgenommen. So ist die Arbeitslosenrate seit dem Jahr 2004 um mehr als 20 Prozent zurückgegangen. Was die Inflation anbetrifft, ist diese ebenfalls in den vergangenen Jahren zurückgegangen.

Positiv wirkt sich dabei die nun abgeschlossene Deregulierung der Strom-, Gas- und Wasserpreise aus, da sie einen erheblichen Inflationsdruck auf die Wirtschaft darstellten. Im Gesamtkontext eines möglichen Beitritts zur Euro-Zone im Jahr 2009 und der damit verbundenen Erfüllung der Maastricht-Kriterien stellen die Reformen einen wichtigen Schritt dar. Einerseits förderten sie das Wirtschaftswachstum und andererseits überarbeiteten sie die defizitären Sozialsysteme der Slowakei, so dass der Staatshaushalt entlastet wurde und wird.

3.1. Differenzierte Betrachtung der Bevölkerungsschichten

„Die Kehrseite all dieser durchgreifenden Veränderungen besteht darin, dass sie die einkommensschwächeren Schichten der Bevölkerung unverhältnismäßig stark belasten und sich daher die Einkommensunterschiede zwischen dem Westen des Landes und der Mittel- sowie Ostslowakei vertiefen.“²⁴

Aus *Abbildung 3b* des vorangegangenen Abschnitts, in der indirekte und direkte Steuereinnahmen abgetragen sind, ist deutlich zu erkennen, dass die indirekte Steuerbelastung deutlich zugenommen hat. Ob sich diese Verschiebung wirklich neutral für die verschiedenen Einkommensklassen auswirkt, ist äußerst fraglich, da niedrigere Einkommensklassen einen wesentlich höheren Anteil für den Konsum ausgeben und dadurch stärker besteuert werden. Hingegen sind die Vorteile für reichere Einkommensklassen bei der Flat Tax offensichtlicher. Durch die Umstellung von einer progressiven Steuer auf die Flat Tax nehmen die Steuerabgaben reicherer Personen ab. Die Erhöhung des Grundfreibetrags und der Steuergutschrift lassen hingegen niedrigere Einkommen profitieren. Was nun zu beobachten ist, ist eine Schlechterstellung von Beziehern mittlerer Einkommen zwischen 10.000 SKK (ca. 300 Euro) und 23.000 SKK (ca. 680 Euro) pro Monat (Vgl. *Abbildung 3.1a*).

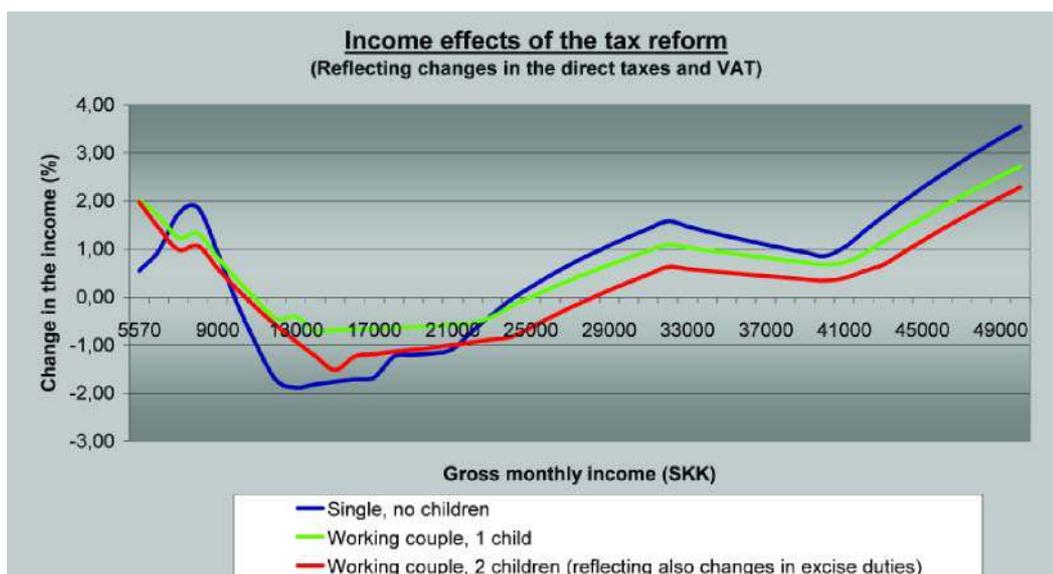


Abbildung 3.1a

Quelle: Goliaš / Kičina 2005, S. 10.

²⁴ Vetter, Reinhold: Die Slowakei als Pionier bei wirtschaftlichen Reformen. In: Das Parlament, Nr. 1, 2004-04-19. <http://www.bundestag.de/dasparlament/2004/17/Thema/013.html> (Abruf: 2007-05-17).

Die Einbußen für die mittlere Einkommensgruppe werden oftmals als gering bewertet, da sie sich zwischen 2 Prozent für Alleinstehende ohne Kinder und weniger als 1 Prozent für Ehepaare mit einem Kind bewegen.²⁵ Allerdings sollte man hier auch auf die relativen Unterschiede eingehen. So entstehen Differenzen von ca. 6 Prozent zwischen den Spitzenverdienern und Beziehern mittlerer Einkommen. Weiterhin kommt es zu einer Besserstellung von Alleinstehenden ohne Kinder gegenüber Paaren mit Kindern in höheren Einkommensklassen, so dass negative Anreize für Familiengründungen entstehen. Das durchschnittliche monatliche Einkommen in der Slowakei liegt, obwohl es seit 2003 um 30 Prozent gestiegen ist, mit 18.761 SKK²⁶ immer noch mitten in dem Einkommensbereich, der aufgrund der Reform relativ und absolut schlechter gestellt ist, sich also als Verlierer der Reform empfinden muss.²⁷ So war auch im Wahlkampf 2006 das erklärte Ziel der Opposition um Robert Fico, die vormalige progressive Besteuerung wieder einzuführen, da die Flat Tax nur einer Minderheit nutze.²⁸

Bezüglich der Rentenversicherung kann es durch einen mit der Risikoneigung inhärent korrelierten Effekt zu unterschiedlichen Erträgen kommen. Höhere Einkommensklassen sind in der Regel dazu bereit, ein höheres Risiko bei kapitalgedeckten Versicherungen in Kauf zu nehmen. Allerdings besteht eine Korrelation zwischen Versicherungen mit höheren Risikograden und höheren Erträgen. Somit wird die gesellschaftliche Ungleichheit weiter erhöht.

Überhaupt wurden niedrigere Einkommensklassen durch die Vermeidung von Umverteilungseffekten innerhalb der Sozialsysteme schlechter gestellt.

3.2. Differenzierte Betrachtung der Regionen

3.2.1. nach Wirtschaftswachstum²⁹

In den vergangenen Jahren hat die Slowakei konstant hohe Wachstumsraten des Brutto-Inlandsprodukts vorgewiesen (Vgl. *Abbildung 3c*). Im Mittel lag dieses Wachstum bei nominal 9,4 Prozent pro Kopf. Dabei verzeichnete die Region Bratislava ein deutlich höheres Wachstum als andere Regionen.

Abbildung 3.2a zeigt nun die Abweichung der einzelnen Regionen vom durchschnittlichen pro Kopf Wachstum in den Jahren 1995-2004 in Promille.

So lässt sich erkennen, dass die einzelnen durchschnittlichen Wachstumsraten mit höchstens bis zu zwei Prozent divergieren (Trnava -0,9% - Bratislava +0,9%), was bei den verschiedenen Ausgangsniveaus allerdings zu erheblichen Unterschieden führt.

Abbildung 3.2a

²⁵ Vgl. Goliaš / Kičina 2005, sowie Brook, Anne-Marie / Leibfritz, Willi: Slovakia's Introduction of a Flat Tax as Part of Wider Economic Reforms, OECD Economics Department. Working Paper Nr. 448.

[http://caliban.sourceoecd.org/vl=33 13995/cl=21/nw=1/rpsv/cgi-bin/wppdf?file=5gl9ftr46k.pdf](http://caliban.sourceoecd.org/vl=33%2013995/cl=21/nw=1/rpsv/cgi-bin/wppdf?file=5gl9ftr46k.pdf) (Abruf: 2007-05-18).

²⁶ Vgl. <http://www.statistics.sk/webdata/english/tab/amw/amw06.htm> (Abruf: 2007-05-17).

²⁷ Die implizite Annahme bei diesem Argument ist, daß das Medianeinkommen in etwa mit dem arithmetischen Durchschnittseinkommen übereinstimmt.

²⁸ Vgl. KAS 2007, S. 3.

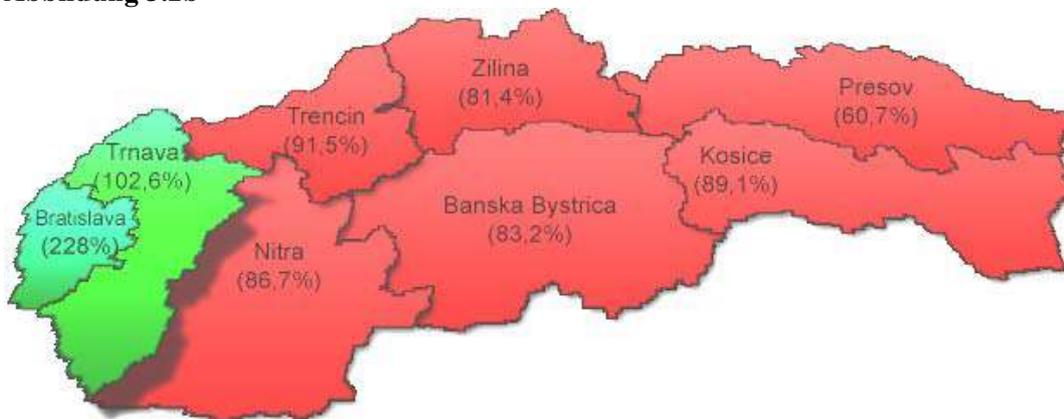
²⁹ Die in diesem Abschnitt genannten Daten beziehen sich auf Daten des statistischen Amtes der Slowakei: http://www.statistics.sk/webdata/ks/reghdp_eng/rhdp_obyv_a.htm (Abruf: 2007-05-17).



Quelle: Eigene Grafik aus Daten des Statistischen Amtes der Slowakei³⁰

So zeigt *Abbildung 3.2b*, dass sich die Region Bratislava beispielsweise bereits bei der 2,28 fachen pro Kopf Wirtschaftsleistung des Landesdurchschnitts befindet, während die Region Prešov bei gerade mal 60 % liegt. Somit entstehen selbst bei gleichmäßigem pro Kopf Wachstum der Regionen allein schon gewaltige Disparitäten aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsniveaus.

Abbildung 3.2b



Quelle: Eigene Grafik aus Daten des Statistischen Amtes der Slowakei³¹

Auch wenn in *Abbildung 3.2a* einzelne Regionen rot eingezeichnet sind, heißt das keinesfalls, dass diese negative Wachstumsraten aufweisen, sondern einzig, dass sie unterdurchschnittlich schnell wachsen, was wiederum in Verbindung mit *Abbildung 3.2b* bedeutet, dass sich keine Konvergenz zwischen den Regionen einstellt, sondern

³⁰ Für die Erstellung der Grafik bin ich Moritz Borchert zu Dank verpflichtet.

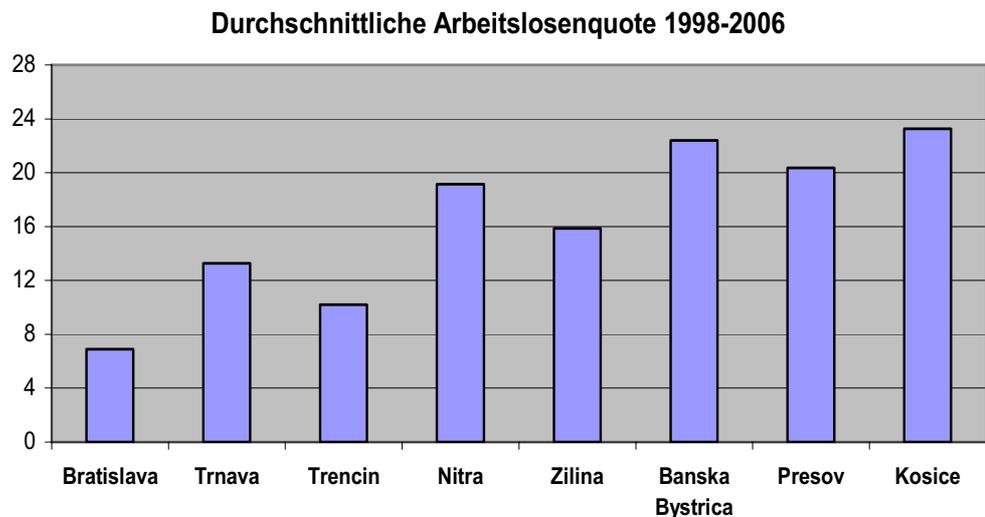
³¹ Siehe Anmerkung 32.

dass sie sich mit der Zeit auseinanderentwickeln und somit eine stärkere Disparität aufweisen werden.

3.2.2. nach Beschäftigungsentwicklung³²

In den Jahren 1998 bis 2006 lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote der Slowakei bei 16,7 Prozent. Dabei wiesen die Regionen der Ostslowakei die höchsten Raten auf. Ein signifikantes West-Ost-Gefälle ist in *Abbildung 3.2c* zu erkennen.

Abbildung 3.2c



Quelle: Eigene Grafik aus Daten des Statistischen Amtes der Slowakei

Während die durchschnittliche Arbeitslosenrate in Bratislava bei knapp über 6 Prozent lag, befand sie sich in Košice im gleichen Zeitraum bei über 23 Prozent.

Das Reformprogramm sorgte nun für einen Abbau des Arbeitslosengeldes, so dass in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit das Einkommen deutlich zurückgehen und daraus folgend die Kaufkraft noch weiter hinter der von boomenden Regionen wie Bratislava zurückbleiben wird. Durch die Umsetzung der Fiskaldezentralisierung kommen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit zunehmend in Bedrängnis, so dass sich der Druck auf die Erbringung von öffentlichen Leistungen zusätzlich erhöht.³³

3.2.3. nach der Lohnentwicklung³⁴

Ebenso wie für das Wirtschaftswachstum ist auch die Einkommensentwicklung der Slowakei für die einzelnen Regionen recht unterschiedlich, wobei das Durchschnittseinkommen 2006 recht ausgeglichen war, nimmt man Bratislava aus. Einzig Prešov liegt mit ca. 75 Prozent des Landesdurchschnitts etwas abgeschlagen am Ende.

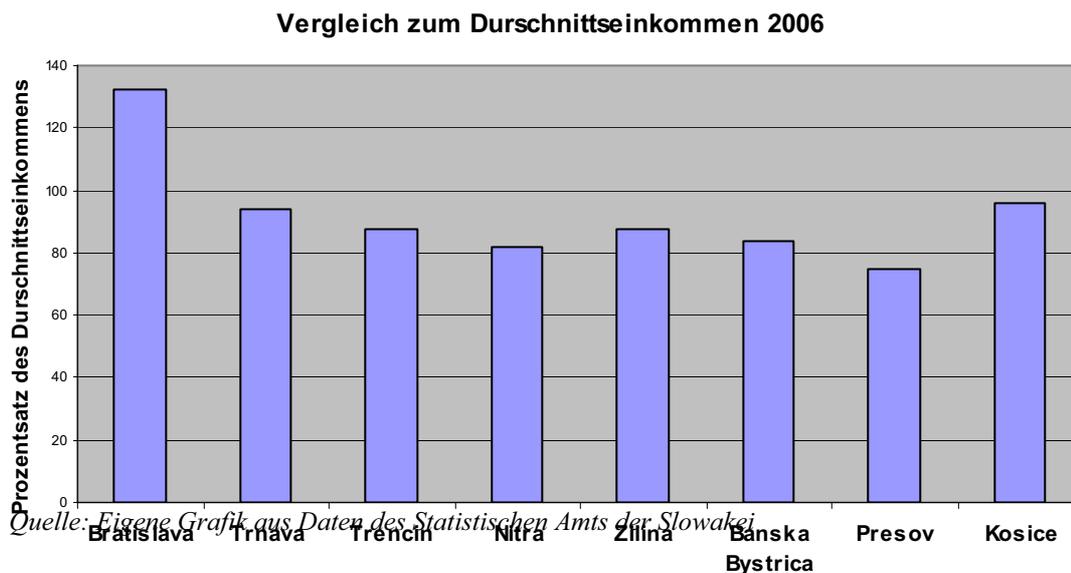
³² Die in diesem Abschnitt genannten Daten beziehen sich auf Daten des statistischen Amtes der Slowakei: http://www.statistics.sk/webdata/ks/reg_udaje_eng/nezamesst.htm (Abruf: 2007-05-20).

³³ OECD 2005, S. 3.

³⁴ Die in diesem Abschnitt genannten Daten beziehen sich auf Daten des statistischen Amtes der Slowakei: http://www.statistics.sk/webdata/ks/reg_udaje_eng/mesacmzda.htm (Abruf: 2007-05-20).

Vergleicht man die Durchschnittseinkommen der jeweiligen Regionen mit *Abbildung 3.1a*, so stellt man fest, dass die Steuerreform einzig für die Region Bratislava relativ neutral gewirkt hat. Von allen anderen Regionen liegt das Durchschnittseinkommen innerhalb der Einkommensklasse der Verlierer.

Abbildung 3.2d



Jedoch ist nach einem jüngsten Eurostat-Bericht die Verteilung des Einkommens alles andere als egalitär. So liegt das Gesamteinkommen der 20 Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen der 20 Prozent der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen (unterstes Quintil) um das sechsfache höher. Auch die Armutsgefährdungsquote liegt selbst nach Sozialtransfers noch bei über 20 Prozent der Bevölkerung und bildet damit die Spitzengruppe innerhalb der Europäischen Union.³⁵

4. Fazit

Obwohl die Reformen für die Gesamtwirtschaft ohne Frage positive Auswirkungen haben – wie man aus *Abschnitt 3* erkennen kann –, kommt es dennoch zu einer weiteren Verstärkung von sozialen und regionalen Disparitäten.

³⁵ Vgl. Eurostat Jahrbuch 2006-07: 4. Lebensbedingungen und Wohlfahrt, S. 113-128. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-CD-06-001-04/DE/KS-CD-06-001-04-DE.PDF (Abruf: 2007-05-20).
Zum Problem der Armut in der Slowakei siehe auch: National Human Development Report Slovak Republic 2000: Faces of Poverty in Slovakia, S. 79-108. http://www.cphr.sk/english/undp2000en_06_part3.pdf (Abruf: 2007-05-19).

In Zusammenhang mit der Steuerreform ist es vor allem die relative Schlechterstellung der mittleren Einkommensklassen und die gegenüberstehende Entlastung der hohen Einkommensklassen, die soziale Ungleichheiten schürt.

Das Reformprogramm zielte primär darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der Slowakei zu erhöhen und das Wirtschaftswachstum weiter zu verstärken. Schaut man sich die regionalen Statistiken an, so stellt man jedoch fest, dass die Regionen unterschiedlich profitiert haben. Während die Regionen der Westslowakei ohne Zweifel positive Auswirkungen erfahren haben, sind die Auswirkungen für die Ostslowakei zumindest relativ gesehen negativ, da sie nicht zu einem Abbau der Unterschiede führen, sondern diese weiter verstärken.

Das Problem besteht darin, dass es einerseits zu einer weiteren Einbindung von Marktmechanismen kommt, zugleich aber auf der anderen Seite aufgrund von sinkenden öffentlichen Einnahmen die Sozialsysteme abgebaut werden, was eine Kompensation für die Verlierer des Reformprozesses erschwert oder gar unmöglich macht. Der Slowakei drohen somit bei sich verstärkenden Disparitäten zwischen Ost und West erhebliche soziale Probleme.

Zusammenfassend kann man den Reformen der Regierung *Dzurinda* also eine katalysierende Wirkung auf die Ungleichheiten in der Bevölkerung attestieren. In Zusammenhang mit den regionalen Unterschieden ist die Frage interessant, inwieweit die Europäische Union mittels ihrer Förderprogramme möglicherweise als Kompensator der neoliberalen Reformpolitik auftritt. Dies würde bedeuten, dass für die Regierung der Slowakei möglicherweise Anreize bestünden, die Verminderung der regionalen Disparitäten bei Reformen zu missachten.³⁶

5. Schluss

Wie so oft, wenn man versucht, Untersuchungen mit empirischen Fakten zu untermauern, besteht ein gravierendes Problem in der Beschaffung des nötigen Datenmaterials.

Insbesondere bei der Untersuchung der regionalen Entwicklung wäre es wichtig, die jeweiligen regionalen Inflationsraten zu kennen, um den Kaufkraftverlust berechnen zu können. Dieser könnte verstärkend bzw. mildernd auf die regionalen Disparitäten wirken. Doch dabei darf man nicht vergessen, dass selbst gleiche Kaufkraft in verschiedenen Regionen des Landes noch erheblichen Einfluss auf die Migration innerhalb des Landes haben kann. Beispielsweise kann ein die Migration erhöhender Effekt auftreten, wenn die Arbeitnehmer in Regionen mit höherem Einkommen gezogen werden, allerdings kann es durch die unterschiedlich hohen Preisniveaus auch dazu kommen, dass Arbeitnehmer nicht in eine wirtschaftlich stärkere Region ziehen können, da sie sich weder den täglichen Transport noch eine Wohnung vor Ort leisten können.

Weiterhin wären genauere Daten über die Verteilung des Einkommens innerhalb der einzelnen Regionen vonnöten. Gerade in Hinblick auf die Steuerreform konnte in der

³⁶ Dieser Vorwurf stammt beispielsweise vom ehemaligen Bundeskanzler Schröder. Vgl. Gehrold / Wolf 2005, S. 63.

vorliegenden Arbeit nur eine Vermutung geäußert werden: Dadurch, dass das Durchschnittseinkommen aller Regionen bis auf Bratislava innerhalb des Einkommensspektrums der Verlierer der Steuerreform liegt, wird es auch zu weiteren Ungleichheiten zwischen den Regionen kommen. Um diese Vermutung zu überprüfen, müsste man allerdings die Verteilung der Einkommen genau kennen.

Zur methodischen Betrachtung der Reformen sei angemerkt, dass ein bloßes Abstellen auf das wirtschaftliche Wachstum als Indikator zur Bewertung von Reformen in positive beziehungsweise negative nicht ausreicht. Um eine umfassende Analyse geben zu können, führt kein Weg daran vorbei, einen Gesamtblick auf die Gesellschaft zu werfen. Kürzere Berichte von zumeist Wirtschaftsjournalen vergessen diese Betrachtung allerdings allzu oft und geraten so in Jubelstimmung ob der Reformen. Solange die Sozialsysteme Reformverlierer entschädigen könnten, müsste man nicht allzu stark auf Verlierer schauen, doch ein Reformprogramm wie das der Slowakei, das Deregulierung und Staatsabbau zum Ziel hat, muss auch dahingehend betrachtet werden, inwieweit es Verlierer entschädigen kann.

Literaturverzeichnis

Bücher / Aufsätze

- Beattie, Roger / McGillivray, Warren: Eine Strategie voller Risiken: Reflektionen über den Rentenreformvorschlag der Weltbank. In: Internationale Revue für soziale Sicherheit, Band 48: 3-4. 1995, S. 5-26.
- Brook, Anne-Marie / Leibfritz, Willi: Slovakia's Introduction of a Flat Tax as Part of Wider Economic Reforms, OECD Economics Department. Working Paper Nr. 448.
<http://caliban.sourceoecd.org/vl=3313995/cl=21/nw=1/rpsv/cgi-bin/wppdf?file=51gl9f ftr46k.pdf> (Abruf: 2007-05-18).
- Eurostat Jahrbuch 2006-07: 4. Lebensbedingungen und Wohlfahrt, S. 113-128.
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-CD-06-001-04/DE/KS-CD-06-001-04-DE.PDF (Abruf: 2007-05-20).
- Feld, Lars P.: Fiskalischer Wettbewerb und Einkommensverteilung. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Mai 2000, S. 181-198.
- First Year of the Tax Reform, or 19 Percent at Work. September 2005.
http://www.finance.gov.sk/en/Documents/IFP/Publications/TAXREFORM_EN.pdf (Abruf: 2007-05-16).
- Gehrold, Stefan / Wolf, Daniel: Wirtschaftswunder Slowakei: Musterknabe oder neuer Bösewicht in der Europäischen Union? In: KAS-Auslands-Informationen 21 (2005), 11, S. 57-77.
- http://www.kas.de/db_files/dokumente//7_dokument_dok_pdf_7702_1.pdf
- (Abruf: 2007-05-14).
- Goliaš, Peter: Pension Reform in Slovakia. Februar 2004.
http://www.ineko.sk/reformy2003/menu_dochodky_paper_golias.pdf (Abruf: 2007-05-16).
- Goliaš, Peter / Kičina, Robert: Slovak Tax Reform: One Year After. 2005, S. 4.
http://www.ineko.sk/file_download/159 (Abruf: 2007-05-15).
- Hirst, Paul / Thompson, Grahame: Globalization in Question. The International Economy and the Possibilities of Governance. Cambridge 1996, S. 143-149.
- KAS Bratislava – Neuigkeiten aus der Slowakei: Wachstumssensation in der Slowakei: Anhaltender Boom in der slowakischen Wirtschaft. Regierungswechsel zeitigt keine größeren

Veränderungen. Erfolge der Reformen Dzurindas. 2007-04-10.

http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_10645_1.pdf
(Abruf: 2007-05-17).

- Konrad-Adenauer-Stiftung: Politischer Bericht Slowakei. Mai 2005.
http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_6736_1.pdf
(Abruf: 2007-05-15).
- National Human Development Report Slovak Republic 2000: Faces of Poverty in Slovakia, S. 79-108.
- http://www.cphr.sk/english/undp2000en_06_part3.pdf (Abruf: 2007-05-19).
- Vetter, Reinhold: Die Slowakei als Pionier bei wirtschaftlichen Reformen. In: Das Parlament, Nr. 1, 2004-04-19.
- <http://www.bundestag.de/dasparlament/2004/17/Thema/013.html>
(Abruf: 2007-05-17).
- Waltraut, Peter: Die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen in der Slowakischen Republik. Juni 2006, S.15.
- http://www.iwkoeln.de/data/pdf/content/trends02_06_5.pdf (Abruf: 2007-05-16).

Daten

- http://www.finance.gov.sk/en/ImgCont/IFP/Prognosis/Fiscal/rev_exp_F_graph.gif
(Abruf: 2007-05-17).
- <http://www.statistics.sk/webdata/english/tab/amw/amw06.htm>
(Abruf: 2007-05-17).
- http://www.statistics.sk/webdata/ks/reghdp_eng/rhdp_obyv_a.htm
(Abruf: 2007-05-17).
- http://www.statistics.sk/webdata/ks/reg_udaje_eng/vyvojsba_eng.htm
(Abruf: 2007-05-16).
- http://www.statistics.sk/webdata/ks/reg_udaje_eng/nezamesst.htm
(Abruf: 2007-05-20).
- http://www.statistics.sk/webdata/ks/reg_udaje_eng/mesacmzda.htm
(Abruf: 2007-05-20)

Marek Szczepański

Rentenreformen in Polen und in Deutschland. Gemeinsame Herausforderungen, verschiedene Strategien

(Der Autor ist Wirtschaftswissenschaftler und lehrt an der Technischen Hochschule in Poznań)

Einleitung

Der gegenwärtige Lebensstandard der Rentner in Deutschland ist um ein Vielfaches höher als der in Polen. Das deutsche Rentensystem stellt sich nicht nur den Schutz vor Armut zum Ziel, sondern ebenfalls die Erhaltung des erreichten Lebensstandards nach Beendigung der Beschäftigung. Bisher konnte dieses Ziel immer wieder verwirklicht werden. Der Anblick deutscher Rentner, die die Welt bereisen oder ihren Lebensabend in südlichen Ländern verbringen, ist nichts Außergewöhnliches. Die polnischen Rentner können sie nur beneiden und müssen sich im Alter mit einem wesentlich niedrigeren Lebensstandard begnügen. Trotz dieser Unterschiede stehen die Rentensysteme beider Länder vor ähnlichen, sehr ernsthaften Herausforderungen. In einer Perspektive von 30 Jahren (also einer Generation) stellen zwangsläufige und nur schwer umkehrbare Prozesse eine Bedrohung für die Stabilität und finanzielle Liquidität der Alterssicherungssysteme aller Länder der EU dar.

Sowohl in Deutschland als auch in Polen wurden Ende des XX. und Anfang des XXI. Jahrhunderts Reformen der Rentensysteme eingeführt. Die polnische Reform, die im Jahre 1999 in Kraft trat, hat einen radikalen, ganzheitlichen Charakter. Verändert wurde die gesamte Struktur des Rentensystems (ebenfalls hinsichtlich der öffentlichen Pflichtversicherung, die als Basisversicherung bezeichnet wird und die Grundlage für die Alterssicherung darstellt) und die Art ihrer Finanzierung. Die deutsche Reform hat keinen strukturellen Charakter, sondern bedeutet die Änderung bestimmter Parameter im Basisteil ihres Systems sowie die Stärkung der Anreize für freiwilliges Sparen in zusätzlichen (betrieblichen und individuellen) Rentensystemen, die vom Staat entsprechend subventioniert werden. Beide Reformvarianten der Rentensysteme haben ihre starken und schwachen Seiten.

1. Die Ursachen für die Krise traditioneller, auf dem „Generationenvertrag“ beruhender Rentensysteme

Bevor wir zu detaillierten Vergleichen kommen, sollten wir zunächst die Frage beantworten, warum die traditionellen, auf dem ungeschriebenen Gesetz des *Generationenvertrags* fußenden Rentensysteme, die ganzen Generationen - inklusive der Väter der Generation der heute Vierzigjährigen - die Auszahlung ihrer Renten sicherten, ihre Rolle zukünftig werden nicht mehr zuverlässig erfüllen können.

Es sei daran erinnert, dass beim traditionellen Rentensystem, das auf dem Umlageverfahren beruht, die Ausgaben für die Auszahlung der Renten durch Beiträge oder Steuern finanziert werden, die von der Generation der aktuell Beschäftigten (Versicherten) aufgebracht werden. Die Generation der beschäftigten Beitragszahlenden erwirbt auf diese Art das Recht, zukünftig Rentenzahlungen zu erhalten, die wiederum durch die nächste Generation der Beschäftigten finanziert werden. Rentensysteme dieser

Art konnten so lange relativ gut funktionieren, so lange die Zahl der beitragspflichtigen Beschäftigten wesentlich höher war als die Zahl derer, die der Rentnergeneration angehörten. Man sollte auch daran erinnern, dass der Vorläufer öffentlicher Rentensysteme, die in Form von Versicherungen aufgebaut und durch das Umlagesystem finanziert wurden, Deutschland war (Reformen *Bismarcks* in den Jahren 1881 bis 1890). Die aktuell zu beobachtende und für die nächsten Jahrzehnte in Deutschland und Polen sowie in anderen Ländern der EU, aber auch in den USA, Kanada oder Japan voraussehbare Tendenz der demografischen Alterung der Gesellschaft stellt eine Herausforderung und Bedrohung für die auf dem Umlagesystem basierenden Rentensysteme des Bismarckschen Typs dar. Wie einer der Mitverantwortlichen für die polnische Rentenreform, Prof. *Marek Góra* von der Haupthandelsschule in Warschau erläutert, „beruhte das traditionelle Bismarcksche Rentensystem auf der Voraussetzung, dass die Summe der von den neuen Beitragspflichtigen bezahlten Beiträge in einem ähnlichen Tempo wächst wie die Summe der an die alten Beitragspflichtigen ausgezahlten Leistungen. Würde diese Voraussetzung durchgängig erfüllt, so könnte das System finanziell aufrechterhalten werden. Dies trifft aber schon seit einigen Jahrzehnten nicht mehr zu, denn die Summe der Einzahlungen ist ständig geringer als die Summe der Auszahlungen. Die Prognosen deuten derzeit darauf hin, dass sich die Situation noch verschlechtern wird.“¹

Die Verringerung des Zuflusses von Rentenbeiträgen steht vor allem mit Faktoren demographischer Art in Verbindung. Für den fortschreitenden Prozess der demografischen Alterung der Gesellschaft, der sich besonders stark in den sog. Wohlfahrtsstaaten – und damit auch in Deutschland – entwickelt hat, sind solche Phänomene wie die sich erhöhende durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen sowie der Geburtenrückgang bei den Frauen verantwortlich. Die höhere Lebenserwartung des menschlichen Lebens ergibt sich aufgrund der verringerten Kindersterblichkeit und einer verlängerten Lebenserwartung nach dem Übergang ins Rentenalter. Dies bewirkt wiederum eine Hebung des Standards bei den gesundheitlichen und sozialen Pflegeleistungen. Schwieriger zu erklären ist der Geburtenrückgang bei Frauen in Wohlstandsgesellschaften. Neben einer veränderten Lebensweise, einer ausgeprägten Konsumhaltung und einer stärker hedonistisch ausgeprägten Lebenseinstellung als das bei früheren Generationen der Fall war, erklären die Autoren diese Erscheinung als einen Nebeneffekt, der sich aus der Entwicklung der institutionellen Systeme der sozialen Alterssicherung ergebe. Der Staat nehme den Kindern die Pflicht ab, sich um die alternden Eltern zu kümmern, wodurch sich die familiären Bande lösen. Kinder erweisen sich für viele Personen als überflüssig, weil sie viel Hingabe und Konsumverzicht fordern. Andere Autoren erklären die Unlust, Familien mit mehreren Kindern zu gründen, mit einer verfehlten staatlichen Familienpolitik.

Wie auch immer, die Alterung der Gesellschaften ist eine Tatsache und vieles verweist darauf, dass sich dieser Prozess in den kommenden Jahrzehnten des XXI. Jahrhunderts

¹ M.Góra, *System emerytalny*, Polskie Wydawnictwo Ekonomiczne, Warszawa 2003, S. 81.

verstärken wird. Wenn nach dem Renteneintritt ältere Menschen immer länger leben (was natürlich eine zivilisatorische Errungenschaft und eine positive Erscheinung ist), so nehmen sie entsprechend länger Rentenleistungen in Anspruch. Gleichzeitig werden gegenwärtig und in vorhersehbarer Zukunft weniger Kinder geboren als früher. Im Ergebnis wächst der sog. Altersquotient, also das Verhältnis der Zahl an Rentnern zur Zahl der Personen in beschäftigungsfähigem Alter. Immer weniger Beschäftigte müssen eine immer größere Zahl von länger lebenden Rentnern finanzieren. Schließlich kann sich die Zahl der beitragspflichtigen Beschäftigten, die in ein auf dem Umlagesystem beruhendes Rentensystem (Generationenvertrag) einzahlen, im Verhältnis zu den finanziellen Bedürfnissen einer steigenden Zahl von Rentnern als zu gering erweisen.

Die klassische Alterspyramide zu Beginn des XX. Jahrhunderts wird allmählich durch eine Form ersetzt, die – obschon dies paradox und unglückverheißend klingen mag – einem Sarg ähnelt. Gemäß den aktuellsten Daten des Deutschen Bundesamts für Statistik geht die demographische Prognose bis zum Jahre 2050 von einer Verringerung der Einwohnerzahl Deutschlands von heute 82,4 Mio. auf 69 bis 74 Mio. aus, was dem Niveau von 1963 (ca. 75 Mio. Einwohner) entspricht. Man prognostiziert, dass im Jahre 2050 die Zahl der über sechzigjährigen Personen doppelt so hoch sein wird wie die Zahl der neugeborenen Kinder. Dies ist natürlich eine sehr beunruhigende, aber in der Praxis nur schwer umkehrbare demographische Tendenz.

Für das Rentensystem ist das Verhältnis von Personen im Rentenalter (ab 65 Jahre) zu Personen im Beschäftigungsalter (von 20 bis 64 Jahre), also der sog. Altersquotient von besonderer Bedeutung. Während gegenwärtig auf 100 Personen im Beschäftigungsalter in Deutschland 32 Personen im Rentenalter kommen, wird die Zahl der Rentner im Jahre 2030 proportional auf 50 steigen, während im Jahre 2050, in Abhängigkeit von der jeweiligen mehr oder weniger pessimistischen Prognosevariante, auf 100 Personen im Beschäftigungsalter 60 bis 64 Rentner kommen. Das bedeutet, dass auf einen Rentner statistisch nur 1,53 beitragspflichtige Beschäftigte kommen. Die beschlossene Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre kann den Altersquotient auf 52 bis 56 verringern. In einem solchen Fall kämen auf einen Rentner fast zwei Beschäftigte, was weiterhin eine sehr hohe Belastung der Beschäftigtengeneration mit den finanziellen Kosten der Rentnergeneration bedeutet.

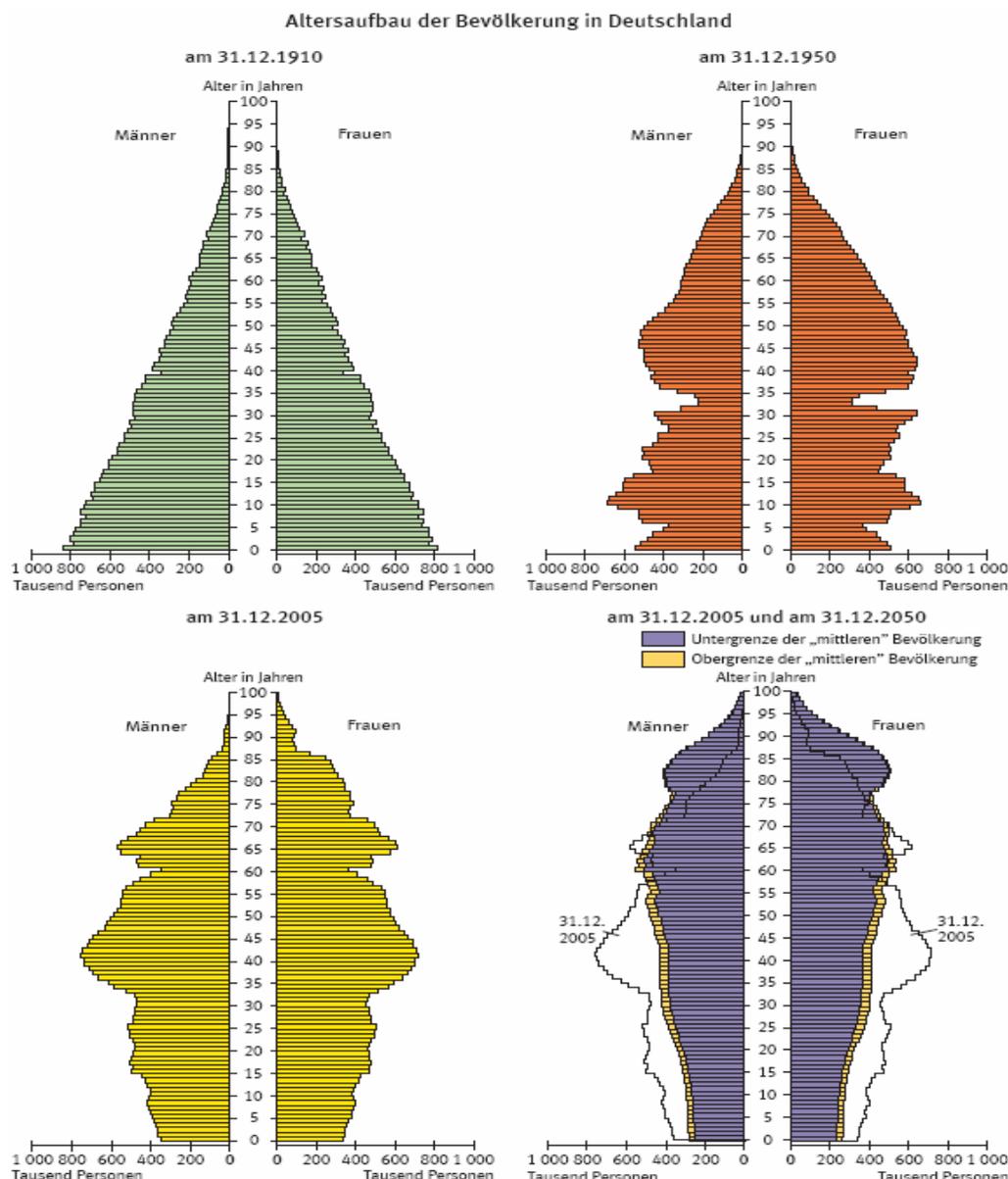


Abb. 1. Die Veränderungen der demographischen Struktur in Deutschland

Quelle: Statistisches Bundesamt 2006-15-130

Zumal man sich vergegenwärtigen muss, dass das Rentensystem im ökonomischen Sinne immer eine Form der Verteilung des aktuellen BIP zwischen der Generation der Beschäftigten und der Generation der Rentner ist.² So konsumiert die Generation der Rentner zukünftig zwangsläufig einen größeren Teil des BIP auf Kosten der übrigen Gruppen.

Obwohl in Polen die Tendenz des demographischen Alterns der Gesellschaft noch nicht so fortgeschritten ist wie in Deutschland, weisen die Veränderungen hinsichtlich der

² M. Żukowski: Reformy emerytalne w Europie, Wydawnictwo Akademii Ekonomicznej w Poznaniu, Poznań 2006, S. 2006.

Altersstruktur in 30 bis 50 Jahren in die gleiche Richtung. Auch in Polen gibt es einen negativen natürlichen Zuwachs, und die Zahl der älteren Personen nimmt im Verhältnis zu den übrigen Altersgruppen systematisch zu. Aus der demographischen Prognose des Hauptamts für Statistik ergibt sich, dass die Bevölkerungszahl bis 2030 von derzeit 38,2 Mio. auf 35,7 Mio. sinken wird. In Polen - ähnlich wie in anderen Ländern Europas und der ganzen Welt - wird die Tendenz des Älterwerdens der Gesellschaft u.a. durch den Rückgang der Geburtenzahl und eine längere durchschnittliche Lebenserwartung hervorgerufen. Eine demographische Wellenbewegung gab es in Polen nur aufgrund der Bevölkerungsverluste des Zweiten Weltkriegs und des demographischen Hochs nach dem Zweiten Weltkrieg.

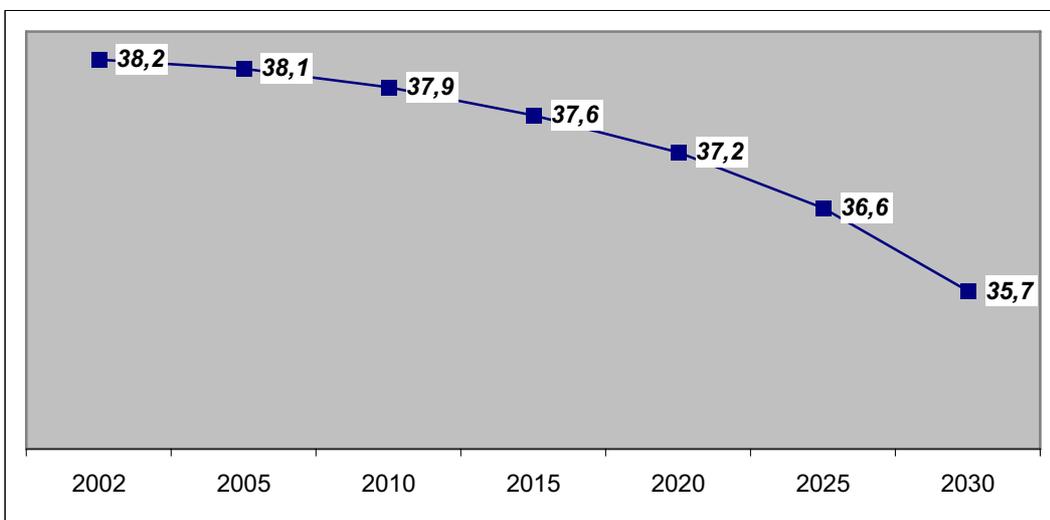


Abb. 2. Demographische Prognose für Polen

Quelle :Hauptamt für Statistik

Kamen im Jahre 1990 auf eine Person im Rentenalter in Polen 2,2 beschäftigte Personen, so sind es derzeit 2,09 und im Jahre 2020 werden es nur noch 1,76 sein.

Der Prozess der demographischen Alterung der Gesellschaft ist heute in Deutschland weiter fortgeschritten als in Polen. Bereits im Jahre 2004 war jeder vierte deutsche Staatsbürger mindestens 60 Jahre alt. Aber auch in den übrigen Staaten der EU wird die Alterung der Gesellschaft zwangsläufig fortschreiten. In keinem der 27 EU-Staaten erreicht die Durchschnittszahl der Kinder in einer Familie den Faktor zwei; und nur dann könnten wir von einer einfachen Reproduktion der Generationen sprechen. Zwar sind demographische Prozesse nur schwer steuerbar, aber eine vernünftige Familienpolitik kann das Alterungstempo einer Gesellschaft zumindest in Ansätzen verringern. Dies belegt das Beispiel Frankreichs, wo der Reproduktionskoeffizient gegenwärtig fast 1,9 erreicht. Deutschland wäre auch in der Lage, eine familienfreundliche Politik zu betreiben; dies wurde allerdings in den letzten Jahrzehnten eindeutig vernachlässigt.

Die Finanzen des Rentensystems werden außer der Demographie auch durch andere ökonomische und soziale Faktoren beeinflusst:

- Anhaltende Massenarbeitslosigkeit (in Polen derzeit ca. 15%, in Deutschland ca. 9 %),
- Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt (flexiblere Formen der Beschäftigung, größere Mobilität, Wechsel des Berufs, des Wohnorts, der Beschäftigungsform, Beschäftigungszeiten, die wegen Arbeitslosigkeit unterbrochen werden, aber auch Fortbildungen, der Erwerb neuer Qualifikationen, manchmal sogar eines neuen Berufs),
- Verlängerte Ausbildungszeiten vor Aufnahme einer beruflichen Beschäftigung,
- Renteneintritt vor dem gesetzlich geregelten Rentenalter,
- Eine spezifische „Konkurrenz“ hinsichtlich der Bedürfnisbefriedigung von Jugendlichen, von Personen im Beschäftigungsalter sowie von Rentnern. Bei dieser Konkurrenz um die Aufteilung des BIP zwischen den Generationen haben die Rentner eine immer stärker werdende Position, da sie im Vergleich mit der Jugend eine besser organisierte und stärkere pressure group und ein Wählerpotenzial von vielen Millionen darstellen, mit dem die Politiker in allen Ländern rechnen müssen.

Die demographischen Veränderungen sowie die übrigen oben beschriebenen Prozesse bewirken einen Anstieg des Anteils der Rentenausgaben am BIP und stellen eine immer größere Belastung für die öffentlichen Finanzen dar. In Deutschland betrug dieser Anteil im Jahre 2002 ca. 12%, in Polen nicht viel weniger, weil 10,6%, im EU-Durchschnitt 12,5%, in den OECD-Staaten 7,4%. Wie man sieht, wird sowohl im reichen Deutschland als auch in Polen, das im EU-Durchschnitt über ein halb so großes BIP pro Einwohner verfügt, proportional zur Größe des BIP fast genau so viel für das Rentensystem ausgegeben. In 50 Jahren werden die Rentenausgaben auf fast 17% ansteigen, in den OECD-Staaten durchschnittlich auf 10,6%, in Polen müssten sie dagegen – aufgrund der radikalen Reform des Rentensystems – auf 8,3% des BIP absinken. Ohne Einführung der Reform würde der Kostenanstieg zur Aufrechterhaltung des Rentensystems in Polen ähnlich hoch ausfallen wie in Deutschland. Ein Vorteil, der sich aus der Systemreform in Polen ergeben müsste, ist die Verringerung der Belastung der öffentlichen Finanzen durch Ausgaben für das Rentensystem. Das Zahlenwerk bezieht sich allerdings auf eine sehr ferne Zukunft. Man sollte es also als eine Prognose behandeln, die nicht einhundertprozentig zutreffen muss. Es geht hier nur um eine bestimmte Tendenz. Man kann die Möglichkeit einer Verbesserung der Finanzsituation des Rentensystems in Deutschland aufgrund einer familienfreundlichen Politik oder durch die berufliche Aktivierung von Personen im Vorrentenalter (50 bis 65 Jahre) nicht ganz ausschließen. Andererseits können die prognostizierten Vorteile, die sich aus der polnischen Rentenreform ergeben sollten, aufgrund von Veränderungen im neuen System, über die von der Politik entschieden wird, verloren gehen. Wenn sich allerdings die grundsätzliche Ausrichtung der in beiden Ländern Ende des XX. und Anfang des XXI. Jahrhunderts eingeführten Reformen nicht ändert, so müsste sich die Prognose hinsichtlich der Rentenausgaben im Jahre 2050 höchstwahrscheinlich erfüllen.

2. Klassifizierung der Rentenreformen

Angesichts der in Europa und in der ganzen Welt spürbaren sozialen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen war die Einführung von Reformen der Rentensysteme notwendig, besonders im Hinblick auf die in Europa dominierenden Umlagesysteme. Aufgrund der enormen Differenziertheit der in den Ländern der EU vorhandenen Rentensysteme (auch in geographisch benachbarten Staaten mit einer ähnlichen wirtschaftlichen Entwicklung), gibt es kein gemeinsames europäisches Modell der Rentensicherung. Die EU realisiert lediglich eine Politik der „offenen Koordination“, die de facto bestimmte gemeinsame Ziele vorgibt und darum bemüht ist, gewisse Standards im Bereich der Rentensicherung zu bestimmen, wobei die Mitgliedsstaaten ihre Rentensysteme ganz autonom und frei ausgestalten können. Notabene treffen in vielen Ländern (z.B. in Frankreich oder in Italien) sämtliche Versuche, auch nur gemäßigte Rentenreformen einzuführen, auf einen enormen gesellschaftlichen Widerstand und werden als Anschlag auf legitime, durch die Tradition geheiligte Privilegien verstanden. Allerdings ist die Notwendigkeit für die Durchführung von Rentenreformen zumindest den Regierungen der EU-Staaten klar. Denn diejenigen Länder, die sie auf einen späteren Zeitpunkt verschieben, werden immer größere Schwierigkeiten bei der Finanzierung ihrer Rentensysteme haben.

Die Fachleute unterscheiden drei Arten von Rentenreformen: die Änderung der Parameter, Reformen, die im Rahmen des Systems durchgeführt werden sowie Systemreformen (Strukturreformen).

Tabelle 1. Arten von Rentenreformen

Bezeichnung	Charakteristik	Beispiel
Änderung der Parameter	Änderung der Parameter des bisherigen Systems (z.B. der Höhe der Beiträge oder des Renteneintrittsalters)	Veränderungen, die laufend in jedem Rentensystem durchgeführt werden
Reform im Rahmen des Systems	Änderung der Instrumente im Rahmen der bisherigen Struktur der Ziele	Rentenreform in Italien, Ersetzung eines Systems, das auf einer definierten Leistung beruht, durch ein System des definierten Beitrags (NDC)*
Systemreform (strukturell)	Änderung der Struktur und der Ziele des Systems	Rentenreformen in Polen, Ungarn, Schweden, Bulgarien

Erläuterungen zur Tabelle:

*) NDC (von der englischen Bezeichnung *notional defined contribution*) – Umlageverfahren mit einem definierten Beitrag, bei dem die Renten als Produkt des auf einem individuellen Konto gesparten „Kapitals“ aus den Beiträgen, das entsprechend aufgewertet wird, sowie der vorhergesehenen Lebenserwartung errechnet wird.

System mit definiertem Beitrag (engl. *defined contribution system*) ist ein Rentensystem, bei dem die Beitragshöhe definiert ist, und die Rentenhöhe abhängig ist von der Größe des aus den gesparten Beiträgen bestehenden Fonds, der entsprechend aufgewertet wird (Die Rente ist eine Funktion des definierten Beitrags);

System mit definierter Leistung (defined benefit system): ein Rentensystem, bei dem die Rentenhöhe von vorneherein vorgegeben wird – entweder als Quote oder im Verhältnis zu früheren oder Durchschnittsverdiensten und Versicherungszeiten (Der Beitrag ist eine Funktion der vorgegebenen Rente).

Quelle: eigene Bearbeitung auf Grundlage von Żukowski 2006:8.

3. Das Wesen der polnischen Rentenreform aus dem Jahre 1999

Tabelle 2. Das derzeitige Rentensystem in Polen

Kriterium der Aufteilung des Systems	I. Pfeiler	II. Pfeiler	III. Pfeiler
Verwaltung	Staatlich	Privat	Privat
Mitgliedschaft	Obligatorisch	Obligatorisch	Freiwillig
Finanzierung	Umlage	Kapitalgestützt	Kapitalgestützt
Definition der Rentenhöhe	System des definierten Beitrags	System des definierten Beitrags	System des definierten Beitrags
Soziales Ziel	Definiertes soziales Sicherungsniveau	Definiertes soziales Sicherungsniveau	Zusätzliche Rentenleistung

Quelle: Eigene Bearbeitung auf Grundlage von : Bezpieczeństwo dzięki zapobiegliwości. Raport Urzędu Nadzoru nad Funduszami Emerytalnymi, Wydawnictwo UNFE, Warszawa, 2001.

Eine der grundsätzlichen Ursachen für die Einführung einer komplexen Rentenreform in Polen war die Notwendigkeit, das Rentensystem an die derzeitigen und vorhersehbaren demographischen Tendenzen sowie die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt anzupassen, die mit der Finanzierung des Rentensystems verbundenen staatlichen Ausgaben zu reduzieren, und auch – was aus den Erklärungen der Reformer resultierte – zukünftig angemessene Renten zu gewähren. Die Reform hatte einen radikalen Charakter. Sie bedeutete die Abkehr vom traditionellen Umlagesystem und vom staatlichen Monopol der Alterssicherung sowie dessen

Ersetzung durch ein Mehssäulensystem, bei dem verschiedene Quellen und verschiedene Finanzierungsmethoden genutzt werden (neben dem Umlagesystem eine kapitalgestützte Finanzierung). Das neue Rentensystem ist ein System mit definiertem Beitrag (der auf einzelnen, individuellen Rentenkonten gespart wird: einem ersten, das von der Staatlichen Versicherungsanstalt verwaltet wird sowie einem zweiten in Form offener Rentenfonds, in denen die investierten Geldmittel faktisch angelegt werden), während das alte System ein System mit definierter Leistung war.

Das 1997 vorbereitete und 1999 eingeführte Programm der Reform des Rentensystems wurde von seinen Autoren unter der Überschrift „Sicherheit durch Vielfalt“ vorgestellt³. Das ursprüngliche Rentensystem, das bis Ende 1998 funktionierte, wurde allgemein als zu kostspielig, unübersichtlich und ungerecht kritisiert (das Fehlen eines klaren Zusammenhangs zwischen der während der Beschäftigungszeit eingezahlten Rentenbeitragshöhe und der Höhe der Rentenleistung), und vor allem als ein System, das keine angemessene Rente und keine adäquate Alterssicherung garantieren konnte.

Das neue Rentensystem in Polen verfügt über eine Konstruktion, die aus drei Segmenten (sog. Pfeilern) besteht, wobei die ersten beiden einen öffentlichen, obligatorischen Charakter haben. (Der I. Pfeiler wird von der Staatlichen Versicherungsanstalt verwaltet, der II. Pfeiler wird in den Offenen Rentenfonds privat verwaltet). Der III. Pfeiler hat einen freiwilligen Charakter. Es sind dies die betrieblichen Rentensysteme (PPE), die in den Firmen angeboten werden sowie die seit kurzem, weil erst seit September 2004, bestehenden Individuellen Rentenkonten (IKE). Im Unterschied zu Deutschland und zu vielen anderen Ländern der EU sind die betrieblichen Rentensysteme in Polen bisher sehr schwach entwickelt. Seit dem Jahre 1999 sind nicht viel mehr als 1.000 betriebliche Rentenprogramme entstanden, die hinsichtlich ihres Umfangs etwas mehr als 2 % der Beschäftigten erfassen. Etwas besser entwickeln sich die Individuellen Rentenkonten, die man bei Banken, bei Investmentfonds, in Maklerbüros oder bei Lebensversicherungsgesellschaften anlegen kann. Ein Sparanreiz für PPE und IKE sollte die Befreiung der in diese Programme eingezahlten Beiträge von der Kapitalertragssteuer sein. Bisher haben sich die Sparanreize bei den freiwilligen Rentensystemen in Polen allerdings als zu schwach erwiesen. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit (derzeit beträgt die Arbeitslosenrate ca. 15%, im Jahre 2005 überschritt sie 18%) waren die Arbeitgeber nicht daran interessiert, betriebliche Rentenprogramme zu schaffen und Beiträge abzuführen, um die Arbeitnehmer dadurch an den Betrieb zu binden. Die Möglichkeit, die Beiträge für den PPE vom obligatorischen Beitrag für die Sozialversicherung abzuziehen, bildete keinen ausreichenden Anreiz für sie. Die Mehrheit der Arbeitnehmer ist andererseits nicht in der Lage, zusätzliche Beiträge in das PPE einzuzahlen. Das Durchschnittsgehalt beträgt in Polen nur ca. 650 EURO, was bei Berücksichtigung der Kaufkraftparität (das Durchschnittsniveau der Preise ist niedriger als in Deutschland) ca. 750 bis 800 EURO entspricht. Die Individuellen Rentenkonten werden bisher nur von wohlhabenderen Personen genutzt, die einfach einen Teil ihrer Ersparnisse auf sie überweisen. Für die Mehrzahl der Polen wird die grundlegende, wenn nicht gar einzige Quelle ihrer finanziellen Alterssicherung das öffentliche Rentensystem (Pfeiler I und II) bleiben.

In den ersten Jahren nach der Einführung des neuen Rentensystems in Polen, also ab dem Jahre 1999, brachten die Offenen Rentenfonds (OFE), die von den allgemeinen Rentengesellschaften (PTE), also von privaten Gesellschaften unter Beteiligung von polnischen und ausländischen Banken und Versicherungsgesellschaften verwaltet wurden, besonders attraktive Ergebnisse. Derzeit gehören bereits 12,8 Mio. Personen zu

³ Vgl. Bezpieczeństwo dzięki różnorodności. Reforma systemu emerytalno-rentowego w Polsce, Warszawa, Biuro Pełnomocnika Rządu ds. Reformy Systemu Zabezpieczenia Społecznego 1997. t. I i II.

den OFE. Die Rentenfonds verfügen für polnische Verhältnisse über gewaltige Aktiva im Wert von 137,5 Mrd. Zł (ca. 30 Mrd. EURO). Die Investitionen auf dem Kapitalmarkt werden hauptsächlich bei der Warschauer Wertpapierbörse realisiert, da nur 5% der Aktiva der OFE im Ausland investiert werden dürfen. Dies hat Einfluss auf die Stabilisierung und belebt die Konjunktur an der Börse. Die Fonds erzielen Kapitalerstattungen, die das Wirtschaftswachstum und das Inflationswachstum bei weitem übertreffen. Lag das Tempo des durchschnittlichen Wirtschaftswachstums in Polen zwischen 1999 und 2006 jährlich bei ca. 4% des BIP (im Jahre 2006 übertraf es sogar 5%), so betragen die Rückerstattungen aus den Aktiva der OFE von Anfang an, also seit 1999, zwischen 15 und 20% jährlich. Die Rentenfonds haben zum Beispiel in den letzten drei Jahren eine über 45prozentige Rückerstattungsquote aus den ihnen anvertrauten Aktiva erarbeitet. Mehr noch, die Investitionsergebnisse der Rentenfonds sind besser als die der von Versicherungen betreuten Investmentfonds und besser als die der allgemein zugänglichen Offenen Investitionsfonds, die eine analoge Investitionsstrategie anwenden, bei der ein ausgeglichenes Wachstum des Wertes der Aktiva durch die Diversifikation des Risikos garantiert werden soll.

4. Dilemmata der polnischen Rentenreform

In den ersten Jahren nach der Einführung des neuen Rentensystems in Polen (1999-2006) traten neben den zweifellos vorhandenen Erfolgen, die mit der Teilprivatisierung des öffentlichen Teils des Rentensystems verbunden waren, auch eine ganze Reihe von Problemen hervor, die mit dessen Implementierung verbunden waren, die aber auch im Hinblick auf die Konfrontation des neuen Systems mit der Praxis systemischen Charakter hatten. Man sollte sie sich näher betrachten, denn sie könnten für andere Staaten, die eine Reform ihrer Rentensysteme erwägen, einen wichtigen Erfahrungswert darstellen.⁴

Zu den wichtigsten Problemen systemischer Natur gehören:

- **Das Problem der Finanzierung der „Systemlücke“ beim Übergang vom Umlageverfahren zu einem teilweise kapitalgestützten Rentensystem.** Diese Lücke wird so lange auftreten, so lange neben dem neuen umlage- und kapitalgestützten Rentensystem noch das alte, auslaufende Umlagesystem existiert, aus dem die Leistungen an diejenigen Rentner ausbezahlt werden, die ihr Recht auf Leistungsbezug im Rahmen des ursprünglichen Rentensystems erworben haben. Diese Leistungen müssen aus der Kasse der Staatlichen Versicherungsanstalt beglichen werden, in die derzeit ein Drittel weniger Rentenbeiträge fließen, da dieser Beitragsanteil den OFE zugeführt wird. Die Autoren der Reform gingen davon aus, dass die Systemlücke im Zeitraum des Übergangs vom alten zum neuen Rentensystem durch die Einkünfte aus der Privatisierung staatlichen Besitzes ausgeglichen werden könnte. Diese Prämisse erfüllte sich nicht und die Kosten des Übergangs waren für den Staatshaushalt belastender als man anfänglich angenommen hatte. So betrug zum Beispiel im Jahre 2000 der Zuschuss aus dem

⁴ Por. Marek Szczepański, Dylematy reformy polskiego systemu emerytalnego, Wydawnictwo Politechniki Poznańskiej, Poznań 2006.

Staatshaushalt für den Sozialversicherungsfonds 12 Mrd. Zł. Bei einem Ausgabenvolumen von insgesamt 151 Mrd. Zł. betragen die Zuschüsse für den Ausgleich des Verlusts an Mitteln, die in den OFE überwiesen wurden, 7,6 Mrd. Zł. Das bedeutet, dass nur in diesem einen Jahr die mit der Finanzierung der Finanzlücke verbundenen Kosten des Übergangszeitraums 5% der Gesamtausgaben des Haushalts betragen. Zum Vergleich: für Wissenschaft und Hochschulen sind jährlich weniger als 2% der Ausgaben im Staatshaushalt vorgesehen. Die Gesamtkosten der Finanzierung des Übergangszeitraums schätzt man auf 53 Mrd. Zł. Für die Generation der beschäftigten Steuerzahler sind dies entsprechende Zusatzbelastungen.

- **Das Investitionsrisiko, das zwangsläufig mit den Aktivitäten des Rentenfonds verbunden ist und letztlich auf die Rentner überwältigt wird.**

Wie jeder institutionelle Investor tragen die Rentenfonds, die auf dem Finanzmarkt investieren, das Risiko. Der Staat garantiert keine festgelegte Rückerstattungsquote aus den Investitionen. Zwar besteht eine sog. minimale erwartete Rückerstattungsquote aus den OFE, aber sie stellt lediglich eine interne benchmark auf dem Rentenfondsmarkt dar. Wenn das Investitionsergebnis eines Rentenfonds niedriger ausfällt als die Hälfte der durchschnittlichen Rückerstattungsquoten der übrigen Fonds, so muss die private Gesellschaft, die diesen Fonds verwaltet, diese Differenz aus Eigenmitteln ausgleichen, um damit den Wert der Anteile zu erhöhen. Im allgemeinen sind langfristige Investitionen auf den Finanzmärkten (inklusive Aktienkäufe) lohnender als risikoarme Investitionen (zum Beispiel Bankeinlagen oder der Kauf von staatlichen Schuldverschreibungen). Andererseits fällt in Zeiten der Nicht-Konjunktur der Wert der Aktiva von Rentenfonds.

- **Hierauf beruht das Paradoxon, dass es zu einer Differenzierung der Rentenleistung von Personen kommt, die gleich hohe Beiträge in das Rentensystem einbringen.** Man schätzt, dass die Unterschiede bei der Rückerstattungsquote aus Investitionen zwischen den einzelnen Investmentfonds in Höhe von 5 % (nach heutigem Geldwert) in einer Perspektive von 40 Jahren Unterschiede bei der Rentenhöhe von einigen hundert Zł. bedeuten können.
- **Die Aufhebung des Solidarprinzips bei den Rentenversicherungen.** In einem Rentensystem, das konsequent auf dem Prinzip des definierten Beitrags beruht, erhalten die Rentner nur so viel, wie viel sie an Rentenskapital gespart haben (diese Summe wird durch die prognostizierte durchschnittliche Lebenserwartung des jeweiligen Rentenjahrgangs dividiert). Personen, die regelmäßig niedrige Einkünfte aus ihrer Arbeit erhalten, sowie Personen, deren Beschäftigungszeiten (und das Abführen von Rentenbeiträgen) durch mehrjährige Zeiträume der Arbeitslosigkeit unterbrochen wurden, werden im Ergebnis sehr niedrige Leistungen erhalten, wobei es nicht die Möglichkeit gibt, einen Teil der Mittel von anderen, besser verdienenden Personen umzuverteilen. Man kann somit sagen, dass die Äquivalenz der Leistungen hinsichtlich der eingezahlten Beiträge gewahrt bleibt, aber Personen, die während ihres ganzen Lebens – und nicht aus eigener Schuld – niedrige Einkünfte hatten (engl. *lifetime poor*) zwangsläufig marginalisiert und zu Klienten der Sozialfürsorge werden. Es sollte allerdings angemerkt werden, dass die

Aufhebung der intergenerativen Solidarität ebenfalls im System des definierten Beitrags, das ausschließlich auf dem Umlageverfahren beruht, auftreten kann.

- **Ungenügende Komplexität der Reform.** Nicht reformiert wurde das zu fast 100 % vom Staatshaushalt bezuschusste Rentenversicherungssystem der Landwirte, das von der Kasse für Landwirtschaftliche Sozialversicherungen (KRUS) verwaltet wird. Das bedeutet, dass sogar wohlhabende Landwirte sehr niedrige Beiträge für ihre zukünftigen Renten bezahlen, wobei sie Zuschüsse aus dem Staatshaushalt erhalten. Dabei stellt die Bevölkerung, die auf dem Lande wohnt, fast 30% der Gesamtbevölkerung Polens dar. Außerhalb des allgemeinen Rentensystems blieben auch die sog. uniformierten Dienste (Militär, Polizei, Zoll), Richter und Staatsanwälte.
- **Die Ungleichheit der Rentensicherung bei Männern und Frauen.** Da das gesetzliche Renteneintrittsalter für Frauen 60 Jahre beträgt und um fünf Jahre kürzer ist als für Männer, sind die Rentenleistungen für Frauen wesentlich niedriger. Dies stellt eine Abweichung von den ursprünglichen Prämissen der Rentenreform dar, die von einer Vereinheitlichung des Renteneintrittsalters bei Frauen und Männern ausgeht. Die eventuelle Verlängerung der Beschäftigungszeit von Frauen, die zum Renteneintritt berechtigen soll, ruft jedoch sehr starken gesellschaftlichen Widerstand hervor.

Fasst man diese Überlegungen hinsichtlich der Vor- und Nachteile des neuen Rentensystems in Polen zusammen, so kann man feststellen, dass das elementare Ziel der Reform auf lange Sicht erfüllt wird: die Stabilisierung des Rentenbeitragsniveaus, die Beschränkung der Zuschüsse aus dem staatlichen Haushalt und die Sicherung der Finanzierung des Rentensystems. Das Rentensicherungsniveau für Personen, die lediglich am Pflichtteil des Systems partizipieren, schützt allerdings nur vor Armut, erst die Teilnahme am zusätzlichen III. Pfeiler wird nach dem Renteneintritt eine Verschlechterung des Lebensstandards verhindern können.

4. Die Rentenreform in Deutschland, eine Reform der Parameter: also Evolution statt Revolution

Das deutsche Rentensystem kann man als typisches, geradezu „klassisches“ Beispiel für ein auf Versicherung basierendes Rentensystem charakterisieren. Die Grundlage der Alterssicherung stellt die gesetzliche Rentenversicherung dar, die einen Umlagecharakter hat. Sie gewährt über 80 % der Einkommen von Personen über 65 Jahre und umfasst ca. 82 % der insgesamt Beschäftigten. Die übrigen Pfeiler der Rentenversicherung haben freiwilligen Charakter. Den zweiten Pfeiler bildet die berufliche Alterssicherung, an der über 80% der Beschäftigten, das heißt über 15 Mio. Beschäftigte partizipieren. Die berufliche Alterssicherung liefert ca. 7% der Einkünfte älterer Personen. Am freiwilligen individuellen Rentensegment (u.a. in Form von Lebensversicherungen oder unterschiedlichen Spar- und Investmentprogrammen, inklusive der staatlich unterstützten freiwilligen Rentensparnisse) beteiligen sich ca. 5 Mio. Personen. Die individuellen Rentenprogramme liefern derzeit 10% der

Renteneinkünfte. Insgesamt waren an zusätzlichen freiwilligen Formen der Alterssicherung 2006 über 20 Mio. Personen beteiligt.⁵

Die Reform des deutschen Rentensystems bildet ein gesondertes umfangreiches Thema. Ich erinnere also nur daran, dass das elementare Ziel der 2001 eingeführten Rentenreform (Riester-Rente) die Stabilisierung der Finanzierung des Rentensystems sowie der öffentlichen Ausgaben für das Rentensystem war. Genauer gesagt ging es darum, dass die Rentenversicherungsbeiträge im Jahre 2020 nicht 20% und bis 2030 nicht 22% überschreiten sollten. Die Veränderung bezieht sich also auf einen ausgewählten Parameter (die Beitragshöhe, die an das öffentliche Segment des Rentensystems abgeführt wird), wobei das Wesen des bisherigen Systems beibehalten werden soll: der versicherungsmäßige Charakter (Grundlage der zukünftigen Leistungen sind die ins System eingezahlten Beiträge und die Verknüpfung zwischen Rente und Arbeitseinkünften) sowie eine Finanzierung, die auf dem Umlageverfahren (Generationenvertrag) beruht. Allerdings stellt selbst eine so stark beschränkte Änderung des Parameters einen Paradigmenwechsel dar: das Abgehen von der bisherigen Politik, bei der die Einkünfte an die prognostizierten Ausgaben angepasst werden (die Beitragsanpassung an eine im Vorhinein definierte Rentenhöhe) zugunsten einer Politik der Stabilisierung der Ausgaben, die an die Einkünfte angepasst werden (Anpassung der Rente an eine auf einem bestimmten Niveau definierte Beitragsquote).⁶

Im Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosigkeit und der schwierigen Situation der öffentlichen Finanzen hat man 2004 und in den folgenden Jahren Gesetze erlassen, die zum Ziel haben, die Finanzstabilität des Rentenversicherungssystems auf längere Perspektive abzusichern. Zu den wichtigsten Ergebnissen dieser Veränderungen gehören:

- **Die Absenkung des Alterssicherungsniveaus:** nach 45 Jahren dem Standard entsprechender Beitragszahlungen in die Rentenversicherung beträgt das Verhältnis der Rentenhöhe zum letzten Einkommen vor Renteneintritt 64 % und nicht wie bisher 70% der Nettobezüge.
- **Die Stärkung der kapitalgestützten Methode gegenüber dem bisher herrschenden Umlageverfahren** mittels staatlicher Unterstützung (Zuschüsse, Rechtsschutz) freiwilligen Sparens zu Rentenzwecken in betrieblichen oder individuellen Rentensystemen (Riester-Rente).
- **Die Einführung einer speziellen Alterssicherung bei niedrigen Einkünften (Grundversicherung).**
- **Der Übergang vom System mit einem Pfeiler (das ausschließlich auf dem öffentlichen System basiert) zu einem System mit drei Pfeilern.** Gleichzeitig soll die private Versicherung die zwangsläufige Verringerung der öffentlichen Rente kompensieren.⁷

⁵ Vgl.: M. Żukowski, *Reformy emerytalne w Europie*, op. cit., S. 127-129.

⁶ Schmähl, W., Ulrich, V., (Hg.), *Soziale Sicherungssysteme und demographische Herausforderungen*, Tübingen 2001.

⁷ Taylor-Gooby P. (Hg.) *Making a European Welfare State ? Convergencies and conflicts over European Social Policy*, Blackwell Publishing, Malden, Oxford 2004.

- **Eine klare Äquivalenz zwischen der Rentenhöhe und dem Verdienst der gesamten Versicherungsdauer** (als Anreiz für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit).
- **Die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters für Männer und Frauen auf 67 Jahre.**

In den kommenden Jahren wird die deutsche Rentenreform keine grundsätzlichen Veränderungen bringen, aber langfristig betrachtet kann sie einen Paradigmenwechsel bedeuten: die Abkehr von der traditionellen Politik des Wohlfahrtsstaates in Richtung eines Staates, der de facto vor Armut schützt sowie die Chance eröffnet, den bisherigen, relativ hohen Lebensstandard zu erhalten, allerdings unter der Bedingung, dass die Bürger mehr Vorsorge leisten. Ausdruck dieser Vorsorge ist u.a. die Beteiligung an freiwilligen, staatlich bezuschussten zusätzlichen Rentensystemen (betrieblich und individuell), sowie die Anhebung der Lebensarbeitszeit. Ergänzt werden die Reformen durch Maßnahmen, die auf eine Umkehr der ungünstigen demographischen Tendenzen zielen (u.a. durch eine familienfreundliche Politik, etwa durch die seit 2007 erheblich erhöhten Leistungen für Eltern neugeborener Kinder) sowie für teilweise staatlich bezuschusste Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer. Ein anderes Mittel könnte die Erhöhung des Anteils von in Deutschland ständig beschäftigten Migranten sein. Aufgrund der begrenzten Arbeitsmarktkapazitäten und wegen politischer, kultureller sowie religiöser Probleme scheint ein Ausgleich des demographischen Defizits durch die Einwanderung einer neuen, millionenfachen Welle von Gastarbeitern nach Deutschland wenig realistisch zu sein und wird – so weit mir bekannt ist – nicht ernsthaft in Betracht gezogen.

5. Die Bedeutung der polnischen Rentenreform für andere EU-Staaten

Für die übrigen Staaten der EU – inklusive Deutschlands – kann die systemische Rentenreform in Polen, die die Kapitalisierung und den Anteil an Privatpersonen im öffentlichen Rentenversicherungssystem erhöht, einen Ansatzpunkt und eine Quelle der Inspiration darstellen. Es sei daran erinnert, dass das „Experiment“, das auf einer teilweisen Ersetzung der Umverteilung durch Kapitalfinanzierung beruht, ebenfalls in Schweden, Ungarn und Bulgarien Anwendung findet. Ein gemischtes System, das auf dem Umlageverfahren beruht und kapitalgestützt ist, stellte also eine reale Alternative zum traditionellen Umlageverfahren dar und kann die derzeitigen und zukünftigen negativen Folgen des Alterungsprozesses der Gesellschaft mit Hilfe diversifizierter Quellen und Methoden des Ansparens von Rentenskapital lindern.

Rudolf A. Mark

Vom Stabilisator zum Autokrator Russlands: Putin und die gelenkte Demokratie

Schon bei der Übernahme des Präsidentenamtes der Russländischen Föderation im Jahr 2000 hatte Vladimir Putin recht klare Vorstellungen über Ziele und Leitlinien seiner Politik, die er seither mit Konstanz und Schlüssigkeit verfolgt hat. Er wollte

- Russland im Inneren stabilisieren,
- die territoriale Einheit des Landes erhalten und festigen,
- es wirtschaftlich konsolidieren und modernisieren, um es
- stark und unabhängig zu einem respektierten Partner und Akteur in der sich neu formierenden, multipolaren Welt zu machen.¹

Es spricht einiges dafür, dass sich Putin dabei konzeptionell an *Peter I.* (1672-1725) orientierte, er wie dieser zum Stabilisator und Modernisierer Russlands werden und ihm den Status eines „starken Staates“, einer Großmacht (*velikaja deržava*), zurückgewinnen wollte; denn - so Putin 2003 in seiner Rede zur Lage der Nation - über einem politisch oder wirtschaftlich schwachen Russland schwebte „*stets und unabwendbar die Drohung des Zerfalls*“.²

Macht und Herrschaft bedürfen ihrer Symbole, Zeichen und Rituale, um dem einzelnen Bürger wie der Gesellschaft die ideologischen Grundlagen, Orientierungen und Eigenbilder des Staates zu vermitteln, sie rückzubinden und Identität zu stiften. Sie sind intentional, konstruiert und verwurzeln auch in Russland die Gegenwart in der Vergangenheit. Die Anleihen bei *Peter dem Großen* und die Rückbeziehung auf die Geschichte des Russischen Kaiserreiches offenbaren sich in vielfältiger Form. Nicht nur in der Tatsache, dass *Peters* Portrait in *Putins* Amtszimmer hängen soll³, sich der einstige KGB-Agent und Geheimdienstchef gern vor Zarenthron und Doppeladler fotografieren lässt und die Kremlgarde die Uniform der kaiserlichen Garde trägt, deren Anfänge in den Spielregimentern Peter I. liegen, auch dass etwa Sankt Petersburg und nicht Moskau als Veranstaltungsort und Kulisse für den G 8-Gipfel 2006 gewählt worden waren, dürfte kein Zufall gewesen sein. Allerdings sitzt Russlands Präsident im Kreml, in Moskau, der Machtzentrale vor *Peter I.* und in der sowjetischen Zeit. Man kann daher Vermutungen anstellen und folgern, dass Putin an Peter zunächst den Modernisierer Russlands, den Bewunderer Europas und seiner technologischen Errungenschaften schätzt, gleichzeitig aber auch den Machtmenschen, der jener war, den zarischen Alleinherrscher, der im Moskauer Kreml geboren wurde.

Putins Start

Vladimir Putin besaß von Anbeginn an das Vertrauen einer großen Mehrheit der Bevölkerung, die nach der Ära *Jelzin* den starken Mann an der Spitze wollte, der die

¹ Vgl. Poslanie Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federacii, 8. 7. 2000, <http://www.kremlin.ru/text/appears/2000/07/28782.shtml>

² Poslanie Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federacii, 16. 5. 2003, <http://www.kremlin.ru/text/appears/2003/05/44623.shtml>

³ Lindner, Rainer: Peter und Putin, in: FAZ, 15.7.2006

Wirtschaft konsolidieren, die politisch wie sozial zerrissene Gesellschaft einigen und als Verkörperung von Staatsautorität Sicherheit, Stabilität und nationale Integration garantieren sollte. Vor allem ersteres, durch fiskalische und wirtschaftspolitische Maßnahmen die Voraussetzungen zur ökonomischen Konsolidierung Russlands zu schaffen, ist Putin zügig gelungen. Dazu zählte zunächst eine gründliche Steuerreform, die durch gesenkte Erhebungssätze zu steigenden Staatseinnahmen, zur Beseitigung des chronischen Budgetdefizits und seit 2002 zu kontinuierlichen Haushaltsüberschüssen in Höhe von rund 4% des BIP geführt hat.

Die positiven Effekte der Reformen wurden zudem durch eine Trendwende in der russländischen Volkswirtschaft verstärkt. Die Rubeldevaluierung des Jahres 1998 wurde nicht nur rasch überwunden, sie wirkte auch wie ein Reformprogramm, das die Rückkehr heimischer Produzenten auf den Binnenmarkt beförderte und für starke Wachstumsimpulse sorgte. Wieder steigende Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten und eine Zunahme der Auslandsinvestitionen taten ein Übriges, um den wirtschaftlichen Konsolidierungsprozess seit *Putins* Machtantritt massiv voranzubringen. Sinkende Inflationsraten, eine jährliche Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen um bis zu 50 %, zwischen 5 % und 7 % Wachstumsraten des BIP, steigende Realeinkommen, Rückzahlungen von staatlichen Binnen- und Außenschulden, dynamisch wachsende Währungsreserven und ein daraus geschaffener Juliusturm in Form eines staatlichen Stabilisierungsfonds sind seither die vorzeigbaren Folgen dieser Entwicklung.⁴ Sie bilden den materiellen Hintergrund für das ungebrochene Vertrauen und die hohe Wertschätzung, die Putin bis heute unter der Bevölkerung Russlands genießt.⁵

Zu den ersten politischen Schritten des neuen Präsidenten gehörten gleich nach Amtsantritt tiefgreifende Maßnahmen zur Rezentralisierung der Staatsmacht, um die unter Jelzin verloren gegangene Handlungs- und Steuerungsfähigkeit der Machtzentrale wiederherzustellen. Sie sind uns geläufig unter den Losungen: „Diktatur des Gesetzes“ und „Gelenkte Demokratie“. Nicht nur Kritiker sprechen auch von „Demokratur“ bzw. „Imitierter Demokratie“ in *Putins* Russland.⁶

Gelenkte Demokratie

Putin hat die enorme Machtausstattung des russländischen Präsidentenamtes und unklare Verfassungsbestimmungen in extenso genutzt, um sie seinen politischen Vorstellungen und Zielen dienlich zu machen. Darauf hat auch Jelzin nicht verzichtet – und nota bene häufig gegen den Geist der Verfassung verstoßen. Allerdings hat er das durch die Verfassung vorgegebene System von „check and balances“ nicht grundsätzlich in Frage gestellt oder gar zerstört. Im Gegenteil: er hatte sogar mehr

⁴ Delegation der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation: Ausgewählte makroökonomische Indikatoren der Russischen Föderation, <http://www.russland.ahk.de/index.php?id=russlandwirtschaftsindikatoren&L=39%20>; The Central Bank of the Russian Föderation, http://www.cbr.ru/eng/pw.asp?file=eng/press/070614_094715eng_res.htm.

⁵ Vgl. Vertrauen in Putin. Globale Meinungsumfragen des Pew Global Attitudes Project, in: russlandanalysen (Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen), Nr. 141 (2007), S. 10 ff.

⁶ Vgl. BAKER, PETER/ GLASSER, SUSAN: Kremlin Rising. Vladimir Putin's Russia and the end of Revolution. New York [usw.] 2005, S. 231 ff; SHEVTSOVA, LILIA: Bürokratischer Autoritarismus – Fallen und Herausforderungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 11 (2006), S. 7.

Kompetenzen und Vollmachten an Regionen und regionale Akteure abtreten müssen, als durch die Verfassung vorgesehen; und im Föderationsrat, der zweiten Kammer des russländischen Parlaments, waren diese regionalen Akteure kontrollierend und als Vetospieler auch im föderalen Zentrum präsent.⁷ Dies zu ändern war ein wesentliches Anliegen *Putins*. Er verbannte nicht nur die Oligarchen, die *Jelzin* politisch einzuhegen und zu steuern versucht hatten, in die Provinz bzw. ins Exil, er holte von dort auch Rechte und Prärogativen des Zentrums in den Kreml zurück.

Darüber hinaus begann Putin schon im ersten Jahr seiner Amtsperiode, die vertikale wie horizontale Gewaltenteilung massiv abzubauen und durch die systematische Ausgestaltung einer präsidentiellen Machtvertikale zu ersetzen, d. h. den direkten Zugriff des Präsidenten auf alle regionalen Entscheidungsebenen zu institutionalisieren. So wurden die ursprünglich 89 Republiken, Gebiete, Regionen und Autonomen Kreise in sieben Föderalbezirke zusammengefasst und „Bevollmächtigten Vertretern des Präsidenten“ unterstellt, die seither die Föderationssubjekte und deren Verwaltungsspitzen kontrollieren und die Umsetzung der in Moskau getroffenen Entscheidungen vor Ort sicherzustellen haben. Außerdem wurde der Föderationsrat entmachtet, zum „Haus der Diener“⁸ degradiert, in dem nicht mehr die Gouverneure und Präsidenten der Republiken und Regionalparlamente, sondern von diesen ernannte und gewählte Delegierte Sitz und Stimme haben. Seit 2005 werden auch die Gouverneure nicht mehr direkt von der Bevölkerung gewählt, sondern durch den Präsidenten ernannt. Auch die horizontale Gewaltenteilung ist weitgehend aufgehoben, weil Kabinett und Staatsduma zu entpolitisierten, der Präsidialmacht dienenden Apparaten degradiert worden sind; sie funktionieren weiter, aber eigentlich sinnentleert. Die Regierungen sind praktisch Präsidialkabinette, die nach Bedarf vom Präsidenten berufen und aberufen werden, ohne Verantwortlichkeit gegenüber dem Parlament. Da der Ministerpräsident in Putins System nur noch die Rolle eines präsidentiellen Gehilfen spielt, hat er anders als von der Verfassung vorgesehen, Funktion und Kompetenz als zweite exekutive Spitze verloren. Für Politiker mit eigenem politischem Gestaltungswillen ist hier kein Platz mehr, wie nicht zuletzt die Absetzung *Michail Kas'janovs* im Jahr 2004 gezeigt hat.

Auch die Staatsduma, die in der *Jelzin*-Zeit durchaus als Kontrollinstanz und Forum zur Artikulation oppositioneller Interessen funktionierte, ist inzwischen praktisch mit der Exekutive gleichgeschaltet worden. Die Partei der Macht, *Edinaja Rossija* (Einiges Russland), verfügt im Parlament über eine Zweidrittelmehrheit, obgleich die Präsidentenpartei bei den letzten Dumawahlen ein viel bescheideneres Ergebnis erreicht hatte. Sie konnte zur allein entscheidenden Kraft werden, weil die von Putin initiierten Änderungen des Parteiengesetzes, des Wahlrechts, vor allem aber der extensive Einsatz so genannter administrativer Ressourcen dafür die Voraussetzungen geschaffen haben. So wurden und werden die Wahlleiter durch die Regierung bestellt, und eine Wahlbeobachtung durch Dritte ist praktisch kaum möglich. Auch sogenannte fliegende

⁷ Vgl. AWAKIAN, SUREN: Struktur und Funktion des Föderationsrats im Wandel von *El'cin* zu Putin, in: Brunner, Georg †(Hg.): Der russische Föderalismus. Bilanz eines Jahrzehnts. Münster 2004, S. 134 f.

⁸ WIEST, MARGARETE: Ausgehölte Gewaltenteilung. Der Föderationsrat in Putins gelenkter Demokratie, in: Osteuropa, 1 (2004), S. 22.

Wahlurnen, d. h. Abstimmung außerhalb der Wahllokale, helfen dem Regime, Wahlen kalkulierbar zu machen.

Eine entscheidende Rolle spielen zudem Geld, ein recht diffuser, aber von Putin bewusst mobilisierter Nationalismus und die unter russischen Politikern bis in die Reihen der Opposition hinein verbreitete Neigung, Macht und die Nähe zu ihr über alles andere zu stellen. *Vladimir Žirinovskij* ist nur ein Beispiel dafür. Putin hat es hervorragend verstanden, sich dieser Befindlichkeiten zu bedienen. So hatte er rechtzeitig die Partei *Rodina* (Heimat) gründen lassen, um erfolgreich Stimmen von Patrioten und nationalistisch orientierten Wählern zu binden. Daher konnte er mit deren Hilfe, aber auch dank zahlreicher „unabhängiger“ Abgeordneter, die sich der Dumafraktion von *Edinaja Rossija* anschlossen, eine Zweidrittel- und damit die verfassungsändernde Mehrheit erreichen. Er hat sich damit ein Parlament geschaffen, das diesen Namen nicht mehr verdient, da sich die Mehrheit der Mandatsträger weder den Wählern noch Parteiprogrammen, sondern dem Präsidenten und den Wünschen seiner Administration verpflichtet fühlen. Eine Opposition findet hier nicht statt

Dem nicht genug: um diesen Zustand zu perpetuieren, wurden durch zahlreiche Gesetzesnovellierungen die Möglichkeiten, Parteien zu gründen und für Parlamentsmandate zu kandidieren massiv eingeschränkt. *Edinaja Rossija* profitiert davon auf vielfältige Weise. Waren zuvor 10.000 Mitglieder notwendig gewesen, um als Partei registriert zu werden, so sind es nun 50.000, und diese müssen in allen 89 Föderationssubjekten vertreten sein. Außerdem müssen Parteien eine Wahlkaution von zwei Mio. Dollar hinterlegen und nicht wenige andere Hürden überwinden. In einem Land, in dem Parteien sich gerade erst formiert haben, deren Aktivitäten in der Regel auf die großen urbanen Zentren begrenzt sind und lediglich die KPRF als Erbe der KPdSU sowie die Präsidentenpartei als Partei der Macht sich entsprechender Mitgliederzahlen und der nötigen Ressourcen erfreuen, bedeuteten diese Bestimmungen für viele Parteien das Aus. So haben bei der Neuregistrierung im Januar 2007 von bisher 32 Parteien 15 ihren Parteistatus verloren.⁹ Dass es sich dabei vor allem um Oppositions- bzw. Putin kritische Parteien handelte, bedarf keiner weiteren Erklärung. Natürlich kann man angesichts der numerischen Reduzierung von einer Bereinigung und Stabilisierung der Parteienlandschaft und von größerer Transparenz für die Wähler sprechen, wirklich Demokratie fördernd sind sie aber nicht. Es scheint eher darum zugehen, „*nicht genehme Leute von Machtpositionen fern[zu]halten*“, wie die ermordete *Anna Politkovskaja* nicht zu Unrecht behauptete.¹⁰ Bisher hatten zudem kleinere Parteien, die an der 5% Hürde gescheitert waren, den einen oder anderen Abgeordneten über Direktmandate in die Duma schicken können. Auch dies wird bei künftigen Wahlen nicht mehr möglich sein, weil die Sperrklausel von 5 % auf 7 % erhöht und das reine Verhältniswahlrecht eingeführt wurde, das keine Direktkandidaten mehr vorsieht. Wer keiner Partei angehört, muss daher entweder auf eine Kandidatur verzichten oder sich einer registrierten Partei anschließen. Man darf annehmen, dass von dieser

⁹ Chronik, in: russlandanalysen, Nr. 123 (2007), S. 12.

¹⁰ POLITKOVSKAJA, ANNA: Russisches Tagebuch. Köln 2007, S. 363.

Regelung vor allem *Edinaja Rossija* profitieren wird.¹¹ Von Putin abgeschafft wurde schließlich auch die auf den Wahlzetteln angebotene Option „Gegen alle“, die in der Regel von bis zu 20% der Urnengänger bevorzugt worden war.

Ein Charakteristikum des Regime Putin offenbart sich zudem in der Einrichtung von Schein- oder Alibi-Institutionen, sozusagen Karikaturen der entwerteten Verfassungsorgane. Für den Verlust ihrer Sitze im Föderationsrat können sich die entmachteten Gouverneure nun mit der Zugehörigkeit zu einem Staatsrat trösten, der zwar keinerlei Entscheidungen treffen kann, den Provinzgewaltigen aber das Gefühl vermitteln soll, im Zentrum der Macht zu stehen. Des Weiteren hat sich - neben der ihrer Kernfunktionen verlustig gegangenen Staatsduma - 2006 eine Gesellschaftskammer, die in der Verfassung nicht vorgesehen ist, konstituiert. Ihre Mitglieder werden zu einem Drittel vom Präsidenten persönlich und der Rest von regierungsloyalen NGOs ernannt. Es ist sicherlich kein Zufall, dass die Konzeption dieser Ersatz- oder Alibi-Institution vom FSB¹², Putins langjähriger Wirkungsstätte, erarbeitet wurde. Die Gesellschaftskammer ist schon deshalb über jeden Oppositionsverdacht erhaben und ein nützliches Instrument, mit dessen Hilfe sich öffentlich Interaktion von Staat und Gesellschaft simulieren lässt. Die Charakterisierung von Putins Regime als „Imitierte Demokratie“ ist keineswegs weit hergeholt.

Ein eigenes Kapitel bildet das Justizwesen, dessen Vertreter sich nach überkommener sowjetischer Praxis weiterhin eher als verlängerter Arm der Exekutive und nur wenige als Repräsentanten der Dritten Gewalt verstehen. Die Tatsache, dass laut Erhebungen im Oktober 2004 nur 40% der Befragten die Gerichte für unabhängig und zwei Drittel die Richter für bestechlich halten¹³, spricht eine deutliche Sprache. Der Fall *Chodorkovskij* hat auf besonders spektakuläre Weise deutlich gemacht, wie sehr Rechtsbeugung und politische Instrumentalisierung an der Tagesordnung sind, ungeachtet erster Reformschritte.¹⁴ Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sind Begriffe, die in keinem der zentralen Dokumente der Putinschen Politik fehlen. Wie diese aber verstanden werden und in welchen Kontexten diese auftauchen, zeigt, wie eigentlich inhaltsleer und lediglich rhetorisch sie in Putins Diktion Verwendung finden.¹⁵

Die „*Diktatur des Gesetzes*“, wie sie im Jahr 2000 vom neu gewählten Präsidenten Russlands gefordert und verkündet worden war, war offenkundig nicht als Signal für Rechtsstaatlichkeit und Gesetzlichkeit gedacht, sondern als Androhung, Staatsgewalt rein etatistisch zu verstehen und diese bedingungslos und zynisch gegenüber gesellschaftlicher Selbstbestimmung anwenden zu wollen.

¹¹ Vgl. BOMSDORF, FALK: 15 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion: das wiedererstandene Russland. Aus russischen Fachzeitschriften und Zeitungen des Jahres 2006, SWP-Berlin, Juni 2007, S. 22.

¹² SCHNEIDER; EBERHARD: Putins zweite Amtszeit. Stärkung der Machtvertikale und wachsender Einfluss des FSB, SWP-Studie, S 1, Januar 2006, S. 13.

¹³ Kein Vertrauen zu russischen Gerichten?, in: russlandanalysen, Nr. 140 (2007), S. 10.

¹⁴ Vgl. LUCHTERHANDT, OTTO: Rechtsnihilismus in Aktion. Der *Jukos-Chodorkovskij*-Prozeß, in: Osteuropa, 7 (2005), S. 7-37.

¹⁵ Vgl. etwa Poslanie Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federacii, 25.4.2005, <http://www.kremlin.ru/text/appears/2005/04/87049.shtml>.

Putins „institutionalisiertes Unterdrückungssystem und [...] unbeschränkte administrative Willkür“¹⁶ zwingen die Opposition auf die Straße, wo sie umso leichter verfolgt und bekämpft werden kann. Eine gewisse Publizität besitzen hier vor allem die Nationalbolschewiken *Edmund Limonovs*, die – der *action directe* verpflichtet – durch spektakuläre Protestaktionen das Regime vorzuführen und dessen autoritären Charakter zu decouvrieren versuchen. Dass ihre Hausbesetzungen, Demonstrationen und schrillen Auftritte mit teilweise mehrjährigen Haftstrafen geahndet werden¹⁷, wirft ein bezeichnendes Licht auf die verkümmerte Rechtskultur des heutigen Russlands und die mangelnde Selbstsicherheit des Regimes. Auch die bescheidenen Versuche gemäßigter Parteien und politischer Vereinigungen, eine politische Gegenöffentlichkeit zu schaffen, werden im Keime erstickt. Der Bewegung *Das Andere Russland*, zu der sich seit 2006 *Garri Kasparov* mit den Nationalbolschewiki, der Volksdemokratischen Union *Kas'janovs* und anderen zusammenschließen wollten, ist nicht nur die Registrierung als Partei verweigert worden, ihre Repräsentanten werden auch auf Schritt und Tritt verfolgt und landesweit an Auftritten gehindert.¹⁸

Politische Kultur und öffentliche Meinung

Meinungs-, Rede- und Diskussionsfreiheit sind im heutigen Russland durchaus gegeben, aber in der Regel auf die Privatsphäre beschränkt. Denn seit seinem Regierungsantritt hat Putin alle ihm zu Gebote stehenden Mittel genutzt, die öffentliche Meinungsbildung zu kontrollieren, Journalisten und Medien für Propaganda und Herrschaftssicherung zu instrumentalisieren. Anders als in der Amtszeit *Jelzins*, als grosso modo eine ausgewogene Berichterstattung sowie Meinungsvielfalt dank zahlreicher konkurrierender staatlicher wie privater Medien gegeben war¹⁹, sind inzwischen die meisten Medien gleichgeschaltet, in ihrer Berichterstattung auf Regierungslinie gebracht. Kritische Redaktionen und Pressehäuser gehen auch schon einmal in Flammen auf. Während anfangs die Kontrolle über Gazetten, Radio- und Fernsehstationen die ökonomische Macht und politische Einflussnahme der Oligarchen brechen bzw. beseitigen sollte, ist sie inzwischen zum probaten Instrument Putinscher Herrschaftssicherung permutiert. Die wichtigsten nationalen Fernsehsender und Radiostationen sind in staatlicher Hand.

Begrenzte Freiräume bieten nur noch wenige Printmedien und das Internet. Eine wirklich kritische Berichterstattung stellt die Ausnahme dar – etwa die *Novaja gazeta* (Die Neue Zeitung), deren Mitarbeiterin *Anna Politkovskaja* im Oktober 2006 einem Mordanschlag zum Opfer fiel. Es gibt Indizien und Vermutungen, dass sie aufgrund ihres unkorruptibaren investigativen Journalismus - wie vor ihr schon andere

¹⁶ GUDKOV, LEV: Russlands Systemkrise. Negative Mobilisierung und kollektiver Zynismus, in: Osteuropa, 1 (2007), S. 13; vgl. auch SHEVTSOVA, Bürokratischer Autoritarismus, S. 7 f.

¹⁷ Zu solchen Strafen wurden im Dezember 2005 acht Angehörige dieser Partei verurteilt, nachdem sie den Empfangssaal der Präsidentialadministration besetzt hatten. Drei Jahre erhielten Nationalbolschewiki, nachdem sie auf dem Dach eines Gerichtsgebäudes ein Transparent entfaltet hatten.

¹⁸ Vgl. VOSWINKEL, JOHANNES: Angriff auf den Kremikönig. Mit scharfen Attacken fordert der frühere Schachweltmeister Garri Kasparow den russischen Präsidenten heraus. Vorsorglich hat er seine Familie außer Landes bringen lassen, in: Die Zeit, Nr. 30, 19. 7. 2007.

¹⁹ Vgl. KREISEL, ANJA: Zwischen Information und Macht: Die russische Medienlandschaft, in: HÖHMANN, HANS-HERMANN/ SCHRÖDER, HANS-HENNING (Hrsg.): Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts. Münster 2001, S. 241-255.

Zeitungsleute und Rechercheure - bei den Mächtigen in Ungnade gefallen war und als unbequeme Mahnerin und Kämpferin für Menschenrechte jenen im Weg gestanden hatte. Die Untat ist zudem ein Mene tekel für kritische Journalisten in der gesamten Föderation. Anders ausgedrückt: die meisten Vertreter der schreibenden Zunft arbeiten mit der Schere im Kopf oder befließigen sich eines Byzantinismus, um dem Kremlherrn zu gefallen. Statt kritischer Nachfrage zu einem aktuellen oder brisanten Thema erkundigt man sich daher lieber mit schmeichelnden Worten nach des Präsidenten Laune oder der Gesundheit seiner Hunde.²⁰ Angesichts dieser Verhältnisse ist es kein Wunder, dass Russland im internationalen Ranking zur Pressefreiheit an 147. Stelle unter den 168 berücksichtigten Staaten rangiert.²¹

Medien und öffentliche Meinung werden von oben kontrolliert, Journalisten und oppositionelle Politiker verfolgt und unterdrückt, ohne dass sich dagegen spürbarer Widerstand regt. Kritische Stimmen fehlen. Wissenschaftler und Intellektuelle, die sich durchaus Gehör verschaffen können, schweigen. Die meisten von ihnen enthalten sich politischer Äußerungen, haben sich nach mancher Einschätzung einem „vulgären Zynismus“ ergeben²² oder aber sie verstehen sich als Sprachrohr des Präsidenten, präsentieren sich als eine Kaste submissiver Applaudere *Putins* und seiner Politik der nationalen Stärke und Erneuerung. Viele von ihnen sind nachgerade trunken von der neuen Macht Russlands und der großartigen Politik ihres Präsidenten.²³

Dies ist umso bedenklicher, als sich die Mehrheit der Bevölkerung der Russländischen Föderation durch *Putins* Demokratie keineswegs in ihren Grund- und Bürgerrechten beschnitten sieht. Laut Anna *Politkovskaja* vor allem auch deshalb, weil nur zwei Prozent der Bevölkerung die Verfassung Russlands kennen und 45 Prozent glauben, dass es in ihr vor allem um das Recht auf Arbeit gehe.²⁴ Dazu kommt die Beobachtung, dass sich die Judikative eher als Magd der Exekutive denn als deren Kontrolleur und Bändiger versteht und dass es zu wenig ernst zu nehmende zivilgesellschaftliche Elemente gibt, die eine Gegenöffentlichkeit konstituieren und die Demokratisierung von unten fördern könnten. Zwar sind auch aus dem Kreml Äußerungen zu hören, dass eine „souveräne Demokratie“ starker zivilgesellschaftlicher Strukturen bedürfe. Wenn man aber im gleichen Kontext, aus der Feder des stellvertretenden Leiters der Präsidentialadministration *Vladislav Surkov* erfährt, dass damit vor allem die Parteien, die institutionelle Kontrolle zivilgesellschaftlichen Engagements von oben und die Förderung einer „national orientierten gesellschaftlichen Führungsschicht“ gemeint ist²⁵, dann wird auch hier deutlich, dass in Russland Gesellschaft weiterhin primär als staatliche Veranstaltung verstanden wird, wie es ein gängiges Aperçu auf den Punkt

²⁰ Vgl. POLITKOVSKAJA, Russisches Tagebuch, S. 47; Stenografičeskij otčet o press-konferencii dlja rossijskich i inostrannyh žurnalistov, 1. 2. 2007, <http://www.president.kremlin.ru/text/appears/2007/02/117597.shtml>.

²¹ 1. Platz Finnland, letzter Platz Nordkorea.

²² GUDKOV, Russlands Systemkrise, S. 13.

²³ Vgl. MANGOTT, GERHARD: Russlands Außenpolitik. Fähigkeiten und Optionen, in: DERS./ TRENIN, DMITRIJ/ SENN, MARTIN/ TIMMERMANN, HEINZ: Russlands Rückkehr. Außenpolitik unter Vladimir Putin. Baden-Baden 2005 (=Wiener Schriften zur internationalen Politik, Bd. 7), S. 22; BOMSDORF, 15 Jahre, passim; Mesto i rol' Rossii v mirovoj politike, <http://www.rodina.ru/interview/show/?id=479>; Dmitrij Rogozin: „my otkryty dlja sotrudničestva“, <http://www.rodina.ru/interview/show/?id=615>.

²⁴ POLITKOVSKAJA, Russisches Tagebuch, S. 43.

²⁵ SURKOV, VLADISLAV: Suverenitet – éto poličičeskij sinonim konkurentosposobnosti, <http://www.edinros.ru/print.html?id=111148>.

bringt. *Surkovs* Forderung, Parteien als „*Instrument der Zivilgesellschaft*“ und als „*Instrument der Gesellschaft bei der Teilhabe an der Macht*“ zu verstehen²⁶, reflektiert zwar die Defizite des gegenwärtigen Systems, entbehrt aber vorläufig jeder Chance, in *Putins* Russland politisch umgesetzt zu werden. Der vielfach beschworene eigene russische Entwicklungsweg weist in andere Richtungen.

Nach russischen Angaben existierten 2006 rund 360.000 registrierte Nichtregierungsorganisationen (NGO/ NRO)²⁷, und einige von diesen wie etwa die bereits 1989 gegründete Union der Komitees der Soldatenmütter sind weltweit bekannt und anerkannt. Die Mehrzahl dieser Vereinigungen befinden sich dagegen in einer äußerst prekären Lage, und nicht nur jene, die sich direkter Kontrolle und Einflussnahme von oben nach Möglichkeit zu entziehen trachten. Die Vorstellung, dass soziale Organisationen ihre Interessen weitgehend autonom und fern einer allwaltenden Staatsmacht artikulieren und wahrzunehmen versuchen, ist vor allem den im Kreml Regierenden nach wie vor fremd.

Fazit und Ausblick

Putins gelenkte Demokratie ist der Versuch, Staat und Gesellschaft Russlands nach Ende der Transformationsphase durch zentralstaatliche Maßnahmen zu konsolidieren und zu modernisieren, um das Land zukunftsfähig zu machen, d. h. Russlands Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu sichern und seine Rolle als Akteur auf der Weltbühne zu festigen. Die aus der Geschichte Russlands resultierende Staatslastigkeit bestimmt dabei die Steuerungs- und Handlungsmuster der im Kreml Regierenden, die damit aber auch den Erwartungen und Einstellungen einer Mehrheit der russländischen Bevölkerung entsprechen. *Putins* nach wie vor hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung ist vor allem der seit seiner Amtsübernahme sehr rasch und kontinuierlich erfolgten wirtschaftlichen Erholung Russlands sowie den massiven Rezentralisierungsmaßnahmen zu verdanken. In den Augen vieler Bürger legitimieren diese Erfolge *Putins* Politik der harten Hand, die nach der *Jelzinschen* Unübersichtlichkeit und Unsicherheit zur Stabilität des politischen Systems und nicht zuletzt zu einer erheblichen Verbesserung der materiellen Situation vieler Menschen in Russland geführt haben. Auch im Westen, nicht zuletzt in Kreisen der Wirtschaft, erfreut sich die wiedergewonnene Stabilität Russlands einer hohen Wertschätzung. Sie basiert auch auf den hohen Wachstumsraten (bis zu 54 %) des deutsch-russischen Handelsaustausches der vergangenen Jahre²⁸ und dem Wunsch, in Russland einen verlässlichen Partner für Deutschlands und Europas Energieversorgung zu sehen.

Eine solche Sicht der Dinge ist verständlich und legitim, lässt aber wesentliche Aspekte unbeachtet. Gelenkte Demokratie führt zu einer Entwertung des demokratischen Institutionengefüges, weil es politische Partizipation und gesellschaftliche Selbstbestimmung durch staatlichen Interventionismus und Paternalismus ersetzt. Gelenkte Demokratie schließt daher zivilgesellschaftliche Autonomie und Entfaltung

²⁶ Ebd.; siehe auch SCHULZE, PETER W.: Souveräne Demokratie: Kampfbegriff oder Hilfskonstruktion für einen eigenständigen Entwicklungsweg? – die ideologische Offensive des Vladislav Surkov, in: BUHBE, MATTHES/ GORZKA, GABRIELE (Hrsg.): Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin. Wiesbaden 2007, S. 303-306.

²⁷ Umfang der Zivilgesellschaft in Russland, in: russlandanalysen, Nr. 138 (2007), S. 6.

²⁸ Vgl. Delegation der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation.

aus, wird zur Negation von Demokratie. Verfassung und Verfassungsorgane werden ihrer Bedeutung und eigentlichen Funktion beraubt, nur noch als manipulierbare Instrumente der Machtbehauptung wahrgenommen. Sie verlieren damit aber auch ihre Qualität als stabilisierende, Interessen austarierende und integrierende Strukturen in Krisenzeiten, vor denen Russland auch in Zukunft nicht gefeit sein wird.

Man muss zwar nicht so weit gehen wie *Garri Kasparov*, der den Zusammenbruch des Putin-Regimes bis Ende 2007 prognostiziert hat, aber unruhige Zeiten sind in Russland nach Putin nicht ausgeschlossen. Spekulationen sind Tür und Tor geöffnet, weil jener in geübter Autokratenmanier seine Absichten der Öffentlichkeit vorenthält. Ungeklärt ist die zentrale Frage, ob Putin nach Ablauf seiner zweiten Amtsperiode sich tatsächlich endgültig aus der vordersten Linie der russländischen Politik zurückziehen und etwa die Rolle einer grauen Eminenz zu übernehmen gedenkt, in welcher Form auch immer - oder ob er einem Nachfolger auf den Präsidentenstuhl verhelfen wird, der dann durch eine entsprechende Verfassungsänderung Putin eine dritte Amtszeit ermöglichen wird. Dann könnten sich die Dinge insofern komplizieren, als ein Interims-Statthalter so sehr Gefallen an dem Amt finden könnte, dass er es schließlich nur sehr ungern wieder einem anderen überließe. Dies ist jedoch notabene nur Spekulation.²⁹ Dessen ungeachtet wäre das politische System Russlands bei einem entsprechenden Szenarium einer seriösen Belastungsprobe ausgesetzt.

Putins gelenkte Demokratie stellt aber mittelfristig nicht nur die politische Stabilität Russlands in Frage. Auch dem großen strategischen Ziel der Modernisierung des Landes, einer nachhaltigen Verbesserung seiner Konkurrenzfähigkeit auf den zukunftssträchtigen Märkten der Welt steht sie diametral entgegen. Denn gesellschaftliche Autonomie, die ihr innewohnende Dynamik und sich frei entfaltende Innovationskraft sind elementare Voraussetzungen für die nötigen Anpassungsleistungen Russlands in einer sich rasch wandelnden Welt.

²⁹ Zu den Chancen der möglichen Kandidaten und Strategien siehe SCHNEIDER, EBERHARD: Russischer Zweikampf. Das Ringen um die Putin-Nachfolge, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4 (2007), S. 478-484.

O-Ton

*Maria Wimmer***Priština, Stadt des Wartens**

(Die Autorin ist Soziologin und lebt in Straßburg)

Im Kosovo pulsiert das Leben. Bäckereien, Restaurants, Bars, Allerlei-Shops und Straßenverkäufer haben rund um die Uhr geöffnet. Auf der Radiostation Blueradio läuft munter albanische Popmusik. Und doch scheint alles still zu stehen. Obwohl die Menschen mit ihrem Alltag beschäftigt sind, dreht sich dieser Alltag nur um eins: ums Warten.

Florin nippt gedankenverloren an dem Kaffee, den man ihm spendiert hat und zündet sich eine Zigarette an. Sein Arbeitstag ist heute zu Ende. Gerade hat er noch seine deutschen, englischen und albanischen Bücher, viele in eher desolatem Zustand, in Kartons zusammengepackt und weggekartt. Seine sanften Augen blicken hellwach unter den blonden Stoppelhaaren hervor. „Hier gibt es nicht viel“, seufzt er und man fragt sich, ob er damit seinen Alltag als brotloser Buchverkäufer meint, oder die Lage im Kosovo allgemein. „Früher, kurz nach dem Krieg, war es einfacher. Da waren noch viel mehr Ausländer da und haben hin und wieder ein Buch gekauft“. Heute trifft er nur noch selten Ausländer an, die sich auf den turbulenten kleinen Platz im Zentrum verirren, der ein Marktplatz sein könnte. Doch außer ein paar Buch- und Raubkopienverkäufern, einem Telefon-Callshop und der Statue eines gefallenen UČK-Widerstandskämpfers, der sich auf seine Waffe stützt, ist dort nicht viel los. Nur der kürzlich verstorbene Präsident marschiert, auf einem meterhohen Plakat an einer Hauswand, fast unbesorgt über den Platz. Fast scheint es, als müsse er sich wehren gegen den riesigen Bauklotz des Grand Hotels, das sich in bedrohlicher Weise über den Platz erstreckt. Durch seine obszön auffallende Hässlichkeit und Größe ist es das einzig eindeutig definierbare Zentrum der Stadt. Hinter weißen Gitterstangen verbarrikadiert sich die UNO. Die weißen Jeeps mit dem schwarzen UN-Logo brausen geschäftig durch die Stadt, halten nie an, und sind doch allgegenwärtig.

Florins Gedanken driften zu seiner Familie ab und er beginnt zu erzählen. Mit zwei Kindern und seiner Frau haust er in einer Einzimmer-Wohnung. Mit den etwa sechzig Euro Sozialhilfe, die er bekommt, kann er gerade mal die Miete zahlen. „Wenn ich es schaffe, am Tag ein bis zwei Bücher zu verkaufen, reicht das, um meiner Familie Brot zu kaufen“, sagt er. Und auch wenn er keines verkauft, ist er froh, eine Beschäftigung zu haben. „Besser als den ganzen Tag in Cafés rumzuhocken“, sagt er und meint damit die vielen jungen Arbeitslosen, die sich so ihren Tag vertreiben. Sein Traum wäre es, weiter Jura zu studieren. An der Universität von Priština, die nur ein paar Straßen weiter liegt. Ein Gebäude aus drahtigen Eisenstangen, wie das Gerippe eines Sauriers auf einer grünen Wiese. Ein paar Meter weiter noch ein Gerippe, diesmal ein Gemäuer, eine von Serben erbaute und nicht fertiggestellte orthodoxe Kirche aus roten Ziegelsteinen. Geschäftig strömen Studenten vorbei, lassen die Kirche links liegen. Warum hat *Florin* sein Studium abgebrochen? „Zu teuer“, winkt er ab. Studiengebühren von einigen

hundert Euro kann er sich nicht leisten. Seine Frau hat sich bei der örtlichen Polizei beworben. „Das hat nicht geklappt, da kommt man nur mit Beziehungen rein“, stellt er resigniert fest und drückt den dritten Zigarettenstummel aus. Von Politik zu sprechen, verdrießt ihn, wie die meisten hier. „Jeder wünscht sich die Unabhängigkeit“, lautet sein kurzer Kommentar dazu. Acht Jahre liegt der Kosovo-Krieg nun zurück. Fast alle Albaner, auch *Florin*, wurden damals aus der Hauptstadt vertrieben. Nach den NATO-Luftangriffen hat die UNO gemeinsam mit der EU eine riesige Verwaltung geschaffen und quasi einen neuen Staat aus dem Boden gestampft, mit eigenem Premierminister und Präsidenten. Der Alltag ist langsam wieder zurückgekehrt, in die kleine vom Krieg gezeichnete Stadt. Doch die Arbeitslosigkeit liegt weiter bei über 50 Prozent und kaum einer wagt, trotz des Euros, in dem kleinen Land, dessen Status so unsicher ist, zu investieren. Und so muss der Alltag, dem keiner entfliehen kann, doch vergehen. Wer sich einen Kurzurlaub leisten kann, kommt nur nach Albanien oder Mazedonien. Visa für andere Länder werden mehrheitlich abgelehnt. Doch *Florin* hat sowieso andere Sorgen als das Verreisen. Er macht sich auf den Heimweg zu seinen zwei Kindern und der Einzimmer-Wohnung. Morgen wird er wieder seine Bücher auspacken in der stillen Hoffnung, dass vielleicht wieder mehr Ausländer kommen.

Der Deutsche von Hermannstadt

„Die Rumänen nennen sie Sibiu, die Ungarn Nagyszeben und die Deutschen Hermannstadt“, erklärt *Paul Philippi* mit überzeugter Stimme. „Jeder soll die Stadt in seiner Sprache benennen, das gehört zum Sprachfrieden dazu“. Wer diesen störe, sei nicht gut beraten. Mit forschenden Augen lugt er hinter seiner Brille hervor, fährt sich durch das weiße, schütterere Haar. Der emeritierte Heidelberger Universitätsprofessor und Theologie ist Ehrenvorsitzender des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR), der Interessensvertretung der deutschen Rumänen oder „Rumänen deutscher Nationalität“, wie er korrigierend hinzufügt. Davon gibt es in Hermannstadt noch etwa 2000, das sind 1,6% der Bevölkerung. Obwohl die deutsche Minderheit kleiner ist als die ungarische, ist die Stadt in Deutsch und Rumänisch beschriftet. Deutsch ist auch eine Wochenzeitung, eine Schule vom Kindergarten bis zum Gymnasium und eine Abteilung am Stadttheater. Deutsch ist in: Mehr als 95 Prozent der Schüler an der deutschen Schule sind Rumänen. „Das Deutsche rückt wieder stärker ins Bewusstsein der Bürger“, meint *Philippi*. Doch was in dieser von deutschen Siedlern gegründeten Stadt in Siebenbürgen noch mehr erstaunt: Sie wird von einer Zwei-Drittel-Mehrheit der deutschen Minderheit regiert! Das DFDR ist keine politische Partei, sondern eine ethnische Interessensvertretung, deren Mitglieder verschiedenen politischen Richtungen angehören. Wie kommt es, fragt man sich als Außenstehender, dass eine kleine Minderheit, die Regierung einer Stadt übernimmt?

Klaus Johannis heißt der Mann mit dem vertrauensseligen Lächeln, der heute erfolgreicher Bürgermeister von Hermannstadt ist. Im Jahr 2000 stellte das DFDR den

Schulinspektor als Kandidaten auf, gab ihm nicht viel Chancen. Doch dann schaffte er es doch: Und wurde mit 77 Prozent zum ersten deutschen Bürgermeister seit 1945 gewählt.

Beatrice Ungar ist eine ruhige und gelassene Frau, doch wenn man sie auf den Erfolg von *Klaus Johannis* anspricht, bricht die Begeisterung aus ihr heraus. Lebhaft schildert sie: „Die haben uns die Türen eingerannt und gesagt, wir sollen einen Deutschen aufstellen“.

Die Chefredakteurin der Hermannstädter Zeitung und Stadtkreisrätin erklärt stolz: „Er hat die Bürokratie abgebaut und Investitionen erleichtert. Dadurch schaffte die Stadt einen Sprung von Null auf Hundert. Es hat sich so viel getan!“. Dabei war seine Kandidatur nicht unumstritten. Kritische Stimmen spöttelten: „Nur weil er Deutscher ist, wird er euch kein Visum in den Westen verschaffen!“. Doch das Vertrauen in seine angeblich guten Kontakte zum Westen und die Hoffnung, dass er finanzkräftige Investoren anzieht, wog weitaus mehr als das Misstrauen gegenüber „dem Deutschen“. Und so wurde *Johannis* 2004 wiedergewählt – mit absoluter Mehrheit. Als „Johannis-Effekt“ in den Medien diskutiert, strahlt er auch in andere Siebenbürger Gemeinden aus, wo Rumäniendeutsche das höchste Stadtamt bekleiden wie in Mediasch. *Beatrice Ungar* ist sich sicher, dass *Johannis* gewählt wurde, weil er Deutscher ist. „Was die Rumänen geschafft haben, haben wir gesehen“, ironisiert sie spitz. Und weil das DFDR nicht zu den etablierten klassischen Parteien gehört, mit denen man in Rumänien Machtspiele und Korruption in Verbindung bringt. Die Hermannstädter haben genug von Korruption und sehnen sich nach dem Westen, meint *Paul Philippi*: „Sie halten uns für gute Haushalter und wünschen sich eine Öffnung zum deutschsprachigen Raum“.

Philippi ist einer jener Rumäniendeutschen, die es trotz Kommunismus und Ceaușescu-Regime in die Heimat zurückgezogen hat. Nach einer ausgedehnten akademischen Karriere in Deutschland kehrte er erst 1983 endgültig nach Hermannstadt zurück. Dann kam der Fall der Mauer und mit ihr der gewaltsame Umsturz des Ceaușescu-Regimes. Für *Philippi* ein Grund mehr zu bleiben, während so viele andere die Chance der Öffnung nützen und auswandern. Doch davon will *Philippi* nichts hören. Erzürnt schimpft er auf böse Journalistenzungen, die behaupten, dass nur Alte und Schwache in Rumänien zurück geblieben seien: „Das ist nur ein Klischee, ein sentimentales Geschwulst!“. „Natürlich sind wir demografisch überaltert“, gibt er zu, aber er lebt gerne hier. *Philippi* ist einer jener deutschen Rumänen, die im Zweiten Weltkrieg von den Nazis in die Wehrmacht und die Waffen-SS eingezogen wurden. Im sowjetisch besetzten Rumänien nahm *Stalin* an den Deutschrumänen Rache und schickte viele in den Tod nach Sibirien. *Philippi* verlor dadurch einige seiner damaligen Freunde. Durch den Weltkrieg nahm die deutsche Bevölkerung in Rumänien drastisch ab (siehe Infobox).

In den 1960er Jahren wurde die Politik der Minderheit gegenüber offener. Deutsche Zeitungen, Verlage und Fernsehsendungen wurden gegründet. Auch die Hermannstädter Zeitung verdankt ihr Entstehen einer Verwaltungsreform im Jahr 1968. Im Jahr zuvor hatten Bonn und Bukarest wieder diplomatischen Beziehungen aufgenommen. Dadurch stieg die Zahl der Ausreisenden in den 1970er Jahren auf fast 7.000 pro Jahr. Trotzdem

haben die Deutschrumänen immer ihre sprachliche und kulturelle Autonomie bewahrt und das Recht auf Bildung in ihrer Muttersprache behalten. Doch der zunehmende Nationalismus des Ceaușescu-Regimes in den 1980er Jahren veranlasste viele Deutschrumänen zur Ausreise: Nach dem Sturz des Regimes im Dezember 1989 verließen in sechs Monaten mehr als 110.000 von ihnen das Land. Die Ausreisewilligen wurden von Deutschland aktiv unterstützt – die deutsche Regierung zahlte pro Aussiedler bis zu 8.000 DM an den rumänischen Staat. *Philippi* musste seine rumänische Staatsbürgerschaft mühsam zurückfordern. Erst, als er geltend machen konnte, dass er nicht freiwillig in die deutsche Armee gegangen, sondern bei der rumänischen Armee um Aufnahme ersucht hatte, wurde sie ihm wieder ausgestellt. Die Diskriminierung und Entrechtung speziell der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg steht im Gegensatz zur minderheitenfreundlichen Politik nach der Wende. Die Verfassung garantiert jeder Partei einer nationalen Minderheit einen Sitz im Parlament. Zum Schutz der Minderheiten wurden ein eigener Rat und ein Ministeramt gegründet. Auch wenn die Zahl der Rumäniendeutschen heute sehr gering ist, gestalten sie die Politik des Landes wesentlich mit. Hermannstadt ist dafür das beste Beispiel.

Eine Stadt im Kulturrasch:

Wer am Bahnhof aussteigt, darf sich vom chaotischen Anblick nicht verunsichern lassen, denn man landet auf einer Baustelle. Das Bahnhofshäuschen ist gesperrt, die Gläser der Eingangstüren zerbrochen, ins Freie gelangt man durch einen Seiteneingang auf den Platz. Dieser ähnelt einem Schlachtfeld. Ein tiefer Krater lässt erahnen, was hier noch gebaut werden soll. Daneben reihen sich Bagger und Betonplatten auf einem staubigen Weg, der in die Innenstadt führt. Doch die Kulturhauptstadt scheint sich für diese Baustelle nicht zu schämen – und das braucht sie auch nicht. Das fünf Minuten entfernte mittelalterliche Zentrum entschädigt mit seinen sorgsam renovierten Kirchen und bunten Häusern. Von der Unterstadt geht es über eine steile Straße in die Oberstadt: links zum kleinen Platz (*Piata mica*), rechts zum großen Platz (*Piata mare*). Verbunden werden die beiden durch den strahlend weißen Rathausturm aus dem 15. Jahrhundert, der das Stadtbild beherrscht.

Der große Platz ist weit mehr als das. Er ist überwältigend. Die Menschen, die sich darauf tummeln, erscheinen aus der Weite wie Ameisen. In der Mitte spielt ein Kind an den Wasserfontänen und jagt den Tauben hinterher. Über den Platz erhebt sich die Jesuiten-Kirche. Sie ist Zeugnis für den Versuch der Habsburger, die katholische Religion in der reformierten Stadt zu stärken. An der Kirchenmauer entlang schlängeln sich gelbe Hinweisschilder, die in deutscher und rumänischer Sprache über Stadt und Region informieren. Links an der Kirche vorbei gelangt man zum Huet-Platz und zur evangelischen Kirche.

Hermannstadt ist dem Wesen nach eine deutsche Stadt. Sie wurde 1150 von deutschen Siedlern, den Sachsen, gegründet. Diese sollten das Gebiet vor den Einfällen der Tartaren und später der Türken schützen. Davon zeugen in der Region zahlreiche Kirchenburgen. 1241 wurde sie von den Tartaren zerstört. Doch der Name Sachse trägt. Die Deutschen stammten nicht aus Sachsen, sondern aus dem Gebiet zwischen Mosel und Rhein. Die Sprache der Siebenbürger Sachsen ist deswegen dem Luxemburger

Dialekt sehr ähnlich. Diese Ähnlichkeit haben die beiden Städte Luxemburg und Hermannstadt zum Anlass genommen, sich gemeinsam als europäische Kulturhauptstadt zu bewerben. Die Auswanderung der Sachsen nach Rumänien im zwölften Jahrhundert stellt die Verbindung der beiden Städte her und inspiriert zum Thema Migration. Luxemburg als Gründungsmitglied, Rumänien als Frischling in der EU: Die beiden geben ein Paar ab, das unterschiedlicher nicht sein könnte – zumindest ökonomisch gesehen. Doch Hermannstadt hat viel zu bieten: Das Museum des bäuerlichen Handwerks ASTRA ist das weltweit größte Freilichtmuseum. Die Stadt bietet mehr als zehn Museen und Dauerausstellungen, acht Kulturzentren und internationale Festivals.

Infobox:

Deutsche Minderheit in Rumänien

Die älteste Volksgruppe, von den Ungarn (Siebenbürger) Sachsen genannt, wanderte im zwölften Jahrhundert nach Transsilvanien („Land jenseits der Wälder“) aus. Die zweite Gruppe, genannt Banater Schwaben, folgte im 18. Jahrhundert dem Ruf der Habsburger, das vom Türkenkampf verwüstete Gebiet zu besiedeln. Sie stammten aus Lothringen, Rheinhessen und der Pfalz. Beide Gruppen entschieden sich in Karlsburg nach dem Zerfall der Donaumonarchie 1918 zum Anschluss an das Königreich Rumänien. Im Jahr 1930 bekannten sich 745.421 Rumänen (4%) zur deutschen Nationalität. Durch Hitler als Volksdeutsche instrumentalisiert, wurden viele Rumäniendeutsche in die Wehrmacht eingezogen, anschließend nahm Stalin an ihnen Rache. Trotz der Liberalisierungsmaßnahmen der 1960er Jahre verließen immer mehr das Land. Nach dem Sturz des Ceaușescu-Regimes waren es sogar 100.000 auf einen Schlag. Seit 1950 haben sich etwa 430.000 Rumäniendeutsche in Deutschland niedergelassen. Bei der letzten Volkszählung 1992 wurden noch 120.000 Deutschrumänen gezählt. Heute schätzt man sie auf nur noch etwa 50.000 (0,3%).

Deutsche in Rumänien:

1930: 745.421 (4%)

1977: 227.398 (1,1%)

1992: 119.646 (0,5%)

Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz

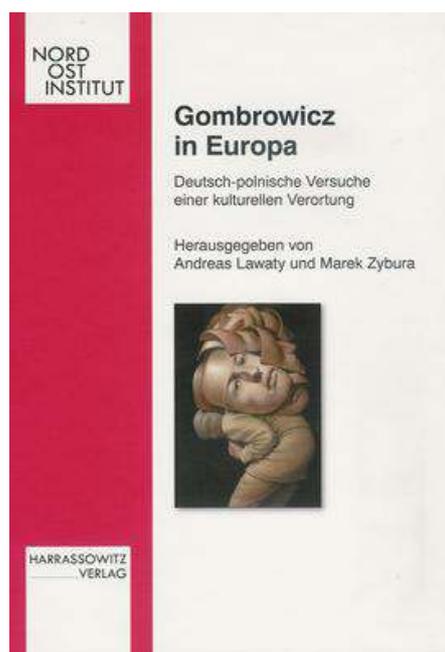
Andreas Lawaty, Marek Zybura (Hg.): Gombrowicz in Europa. Deutsch-polnische Versuche einer kulturellen Verortung. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2006. 431 S.

Der vorliegende Sammelband stellt die Dokumentation eines Symposiums dar, das vom 30. Juni bis 3. Juli 2004 im schlesischen Brzeg/Brieg stattfand und an dem Kenner und Übersetzer des Werks von *Witold Gombrowicz* aus Polen, Deutschland und der Schweiz teilnahmen. Den Anlass bildete das zu Ehren des hundertsten Geburtsjahres des Autors im Jahre 2004 in Polen ausgerufene Gombrowicz-Jahr.

Das Buch ist mit einem Personen- und Autorenregister ausgestattet und gliedert sich in fünf übergreifende Kapitel. Das erste ist dem Verhältnis *Gombrowiczs* zur argentinischen Kultur und Literatur, seiner Wahrnehmung Berlins, in dem er sich Anfang der 1960er Jahre auf Einladung der Ford Foundation ein Jahr lang aufhielt sowie Fragen der kulturellen Identität des Autors und dem Auto-Image des polnischen Exils gewidmet. Die Autoren beschäftigen sich in ihren Beiträgen also ganz explizit mit der Stellung des polnischen Exilautors in Argentinien,

Deutschland, in Polen und im polnischen Exil. Dabei wird im ersten Beitrag von Dieter Reichardt „Gombrowicz vs. Borges“ deutlich, wie stark sich *Gombrowicz* in seiner argentinischen Zeit von den Hauptzentren der argentinischen Literatur abgrenzte und gegen arrivierte Literaten und einflussreiche Literaturmāzene anschrieb. Dass hier persönliche Kränkungen und ein verletztes Selbstwertgefühl eine nicht untergeordnete Rolle spielten, ist ebenso bemerkenswert, wie die Tatsache, dass *Gombrowicz* nur ein sehr oberflächliches Interesse an der Literatur seines Gastlandes entwickelte, obwohl er zu einigen jüngeren Autoren, die die Übersetzung von „Ferdynand“ ins Spanische besorgten, recht enge Kontakte unterhielt.

Witold Kośny rekonstruiert in seinem Beitrag „Gombrowicz in Berlin – vierzig Jahre danach“ den politischen Kontext des Berlinaufenthalts von *Gombrowicz* (16. Mai 1963 bis 17. Mai 1964), schildert die gegen ihn gerichtete Pressekampagne in der Volksrepublik Polen und geht dann näher auf die in den „Berliner Notizen“ formulierte Kritik *Gombrowiczs* an Deutschland und den Deutschen ein. Der zentrale Vorwurf *Gombrowiczs*, dass sich die Deutschen um die Auseinandersetzung mit ihrer jüngsten Geschichte drücken, war – so *Kośny* – nach dem Frankfurter Auschwitz-Prozess und nach 1968 zwar nicht mehr haltbar, aber die seit den 1990er Jahren einsetzenden Veränderungen in der deutschen Erinnerungskultur sowie die auf Initiative des BdV entfachte Debatte um ein Zentrum gegen Vertreibungen mit dem Standort Berlin sorgen



dafür, dass die „deutsche Gefahr“ auch noch nach vierzig Jahren in Polen eine starke Integrationskraft entwickeln könne. Befürchtet wird auf polnischer Seite eine Umdeutung der Geschichte. Dieser Sachverhalt korrespondiert allerdings auch nach vierzig Jahren – so *Kośny* - nicht mit der Kernaussage *Gombrowicz*s aus den „Berliner Notizen“, dem es neben seiner Kritik an den Deutschen in erster Linie darum ging, den Einzelnen vom Druck des Kollektivs zu befreien und Schuld und Verstrickung nicht unbedingt national zu definieren.

Peter Langemeyer betont in seinem Artikel, dass sich *Gombrowicz* in seinen „Berliner Notizen“ nicht mit der Topographie der Stadt und der angespannten politischen Situation beschäftigt, sondern eine eigene Wirklichkeit kreiert, in der Dinge und Ereignisse zu Zeichen stilisiert werden, die eine verdeckte Bedeutung besitzen. Dabei wird immer wieder das Todesmotiv bemüht, denn Berlin ist für *Gombrowicz* eine Stadt „die Tod zugefügt und den Tod erhalten hatte“. Zur deutschen Jugend, die ihn einerseits faszinierte, andererseits aber auch verwirrte, entwickelte er ein ambivalentes Verhältnis. Ganz augenscheinlich – so *Langemeyer* – traf er auf eine Jugend, die die Vergangenheit zwar nicht ableugnete, die aber vorgab, mit ihr fertig zu sein, und die vor allem einen Neubeginn wünschte. (S. 51) Schließlich wird zusammenfassend konstatiert, dass die von *Gombrowicz* für die „Berliner Notizen“ intendierte Trennung von Privatem und Öffentlichem unter den Bedingungen des Kalten Krieges kaum möglich war. Insofern ist evident, dass die „Berliner Notizen“ nicht nur in der deutschen Presse, sondern auch in der Volksrepublik Polen massive Kritik ernteten.

Mit der Problematik kultureller Identität bei *Witold Gombrowicz* beschäftigt sich der Aufsatz von *Hans-Christian Trepte*. Im Mittelpunkt steht die Frage nach dem Stellenwert des Exils, das unterschiedlichen Denkrichtungen und Traditionen entsprechend als Fluch oder als Chance begriffen werden kann. Bekanntlich stellte *Gombrowicz* die Chance freiheitlichen Schaffens im Exil als absolutes Positivum heraus und schöpfte gerade aus der Position des marginal man sein Selbstbewusstsein. Besonders scharf grenzte er sich vom nationalkonservativen polnischen Exil in London ab, während er mit der liberalen Pariser „Kultura“ über lange Jahre fruchtbar kooperierte. Durchgängig wandte er sich gegen den „martyrologischen Duktus“ der polnischen (Exil)literatur sowie gegen die Zwänge eines das Individuum erstickenden Nationalismus und propagierte folgerichtig die „Befreiung des Menschen vom Polen“. Gleichzeitig blieb er als Exilautor der polnischen Sprache treu und erwog keinen Sprachwechsel. Auch stellte er mit seinen Werken unter Beweis, dass das Exil nicht unbedingt zu einer sprachlichen Verarmung der eigenen Texte führen muss, da es auch im Exil die Möglichkeit einer Spracherneuerung gebe. Insofern ist *Trepte* beizupflichten, wenn er resümierend betont, dass *Witold Gombrowicz* zu jenen Autoren gehörte, die unter den Bedingungen des Exils zu einem Schriftsteller von Weltrang wurden. (S.66)

Einem ähnlichen Thema widmet sich *Dietrich Scholze*, in dem er sich in seinem Beitrag mit dem Verhältnis *Gombrowicz*s zu Polen und zum Polentum beschäftigt, wobei ihm das „Tagebuch“ und der Roman „Trans-Atlantyk“ als Quellen dienen. Im „Tagebuch“ bemühte sich *Gombrowicz* bereits seit den 1950er Jahren, die feststehenden nationalpolnischen Klischees und Stereotypen in Frage zu stellen und geriet damit

immer wieder sowohl mit Repräsentanten der Volksrepublik Polen als auch mit Vertretern des polnischen Exils in London in Konflikt. Die Emigration bezeichnete er nach zwanzig Jahren Auslandsaufenthalt als großen „Blindgänger“, da sie die Chancen, die ihr der Westen geistig bot, nicht zu nutzen wusste. Den Intellektuellen in der Volksrepublik Polen gestand er immerhin zu, dass sie trotz oder gerade wegen der widrigen Umstände einen Reifeprozess durchmachten, der sie abgehärtet habe. (S.75) Noch wesentlich radikaler karikierte *Gombrowicz* in „Trans-Atlantyk“ polnische Traditionen und polnisches Selbstverständnis, indem er sich in einer der Barockdichtung entlehnten Sprache ironischer, satirischer und grotesker Stilmittel bediente. Ehrgeiziges Ziel war auch hier die Befreiung vom „polnischen Komplex“, von der „polnischen Form“.

Im zweiten Kapitel des Sammelbandes setzen sich die Autoren mit der Rezeption des Gombrowiczschen Werks in Deutschland auseinander, wobei die Dramen einen Schwerpunkt bilden. Zunächst schildert Heinrich Kunstmann am Beispiel der Anfänge der deutschen Rezeption die Rückkehr *Gombrowicz*s nach Europa. Dabei hebt der Autor die großen Verdienste des Neske-Verlags und des Übersetzers *Walter Tiel* alias *Rudolf Richter* für die Popularisierung des polnischen Exilschriftstellers hervor. Auf Grundlage der ausgewerteten Korrespondenzen der involvierten Personen beleuchtet Kunstmann die Motive für die Edition der Werke *Gombrowicz*s und für die Entscheidung, *Rudolf Richter* als Übersetzer auszuwählen. Auch beschreibt er in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle von *Alicja de Barca* (Litka), die *Gombrowicz* zeitlebens unterstützte und den ersten Anstoß zur deutschen Übersetzung von „*Ferdydurke*“ gab. Sehr aufschlussreich sind auch die von Kunstmann rekonstruierten Verhandlungen zwischen den Verlegern Neske und Piper, in denen es um eine Übernahme der Herausgabe weiterer Werke *Gombrowicz*s ging.

In seinem Aufsatz „*Gombrowicz* mit deutscher Fresse. Zweiter Versuch“ hebt *Rolf Fieguth*, der maßgeblich an der zweiten Herausgabe der Werke *Gombrowicz*s beim Hanser-Verlag beteiligt war, hervor, dass die im Neske-Verlag erfolgte erste Herausgabe des Gombrowiczschen Oeuvres den Vorteil hatte, auf einer ganzen „Welle“ polnischer Literatur, die zuvor ins Deutsche übersetzt worden war, getragen zu werden. Nach 1968 fanden die Schlagworte *Gombrowicz*s dagegen keinen Eingang mehr im linken Theoriediskurs der deutschsprachigen tonangebenden Intelligenz. (S.120)

Auch blieb die Wahrnehmung *Gombrowicz*s durch deutsche Schriftsteller eher Privatsache. Im Hinblick auf die Übersetzung von *Tiel* kritisiert der Autor deren Orientierung an der Ausgangssprache. Alsdann berichtet *Fieguth* über das gemeinsam mit Fritz Arnold unternommene Projekt, eine neue Gesamtausgabe *Gombrowicz*s beim Hanser-Verlag zu veröffentlichen, was auch eine Überarbeitung der Tielschen Übersetzung implizierte. *Fieguth* räumt ein, dass dieser ehrgeizige und aufwändige Versuch nicht nur an widrigen Umständen scheiterte (Abklingen der erhofften neuen polnischen Welle im Zusammenhang mit der Papstwahl, dem Entstehen der *Solidarność* und der Verleihung des Nobelpreises für Literatur an *Czesław Miłosz* 1980), sondern ebenfalls am Desinteresse der deutschen Literaturkritik. Insofern erwies sich der zweite Versuch, *Gombrowicz* eine „deutsche Fresse“ zu verpassen, in der Tat als Misserfolg.

In dem sich anschließenden Beitrag erklärt Walter Schmitz, weshalb die Gombrowicz-Aufführungen Anfang der 1970er Jahre in der Bundesrepublik als nachgeholte Moderne eine ausgesprochene Surrogatfunktion hatten. Dabei weist der Autor zunächst nach, dass die Dramen *Gombrowiczs* für die deutsche Kritik mit einem klaren poetischen Profil ausgestattet sind. Typisch sei die Dekontextualisierung, die von der Aktualisierung bis hin zum feministischen Diskurs begleitet werde. Hervorgehoben wird ebenfalls die Sinnlichkeit des Gombrowiczschen Theaters, etwa in „Operette“. Leitthema bleibe die Poetisierung der Rebellion, der Übergang von Utopie in Terror und der Umschlag von Geschichte in Utopie. In besonderem Maße gehe es aber auch um die Demonstration von Modernität, denn die Modernität des Gombrowiczschen Theaters wird zum Maßstab der deutschen Kritik. Unter Berufung auf *Herbert Gamper* resümiert *Schmitz* demzufolge für das Jahr 1970, dass die Polen (*Gombrowicz, Mrożek*) eine Moderne vorführten, die es in Deutschland so nicht gab: avantgardistisch und politisch engagiert. Insofern dienten polnische Dramaturgien als „Ersatz-Moderne“ für die deutsche Bühne. (S.141)

Jürgen Joachimsthaler analysiert das provozierende Schweigen der Gombrowiczschen „Yvonne“ und bezeichnet die so entstehende Leere als Spiegel, der dem bei der deutschen Erstaufführung mit Unverständnis reagierenden Publikum (Dortmund 1965) vorgehalten wird. Der Autor zeichnet die deutsche Rezeptionsgeschichte des Stücks bis in die 1990er Jahre nach und erläutert, warum das Drama zu diesem Zeitpunkt seine Provokationskraft bereits verloren hatte. So in der Münchener Aufführung von 1998, in der jegliche Bedeutungssuche bereits beerdigt worden sei. (S. 158)

Mit dem Bühnenbild ausgewählter Aufführungen der „Trauung“ beschäftigt sich *Daniel Pietrek*. Der Autor bespricht die beiden West-Berliner Aufführungen im Théâtre Récamier (1965) in der Regie von *Jorge Lavalli* und im Schiller-Theater (1968), wobei er hier besonders auf das von *Schröder* und *Svoboda* entworfene Bühnenbild abhebt. Schließlich widmet er sich der Ulmer Aufführung von *Friedrich Beyer* (1972). *Pietrek* kommt zum Ergebnis, dass das Bühnenbild in der „Trauung“ ganz besonders wichtig sei, da es den „formalen“ Rahmen für die Wiedergabe des sehr komplexen Wirklichkeitsbezuges schaffe. Er betont auch, dass sich aus dem sehr gelungenen Bühnenbild *Schröders* und *Svobodas* Innovationsimpulse für das damalige deutsche Theater ergaben. (S. 169)

Im dritten Kapitel geht es um die philosophischen Ansichten *Gombrowiczs*, die er in seinem Werk zumeist in codierter literarischer Form formuliert hat, während sich in seinem Tagebuch und anderen Schriften auch diskursive Auseinandersetzungen mit der klassischen und zeitgenössischen Philosophie und den Ansichten ihm besonders naher Denker finden lassen. In seinem Beitrag „Nietzsche und Gombrowicz – zwei Philosophen der Interpretation“ setzt sich *Marian Bielecki* mit den Ansichten beider Denker zur Interpretation auseinander, wobei er verdeutlicht, dass *Gombrowiczs* paradoxe Aussage zu Nietzsche, dass die Wirklichkeit nicht vor ihrer Interpretation existiere, im eigenen literarischen Werk *Gombrowiczs* eine konsequente Umsetzung erfahren habe. Die Texte *Gombrowiczs* sind immer offen und fragmentarisch, sie bleiben vielfach auslegbar. Wirklichkeit, Subjekt und Text haben stets einen antimetaphysischen, nichtexistenziellen Charakter, was sich am besten am Roman

„Kosmos“ exemplifizieren lasse, in dem das Ich bewusst als Spektakel und performatives Spiel inszeniert werde.

Mit der Rezeption Nietzsches durch *Gombrowicz* beschäftigt sich in seinem Aufsatz „denn wir sind Tanz“ auch Alfred Gall, wobei er sich allerdings auf die Auswertung des Tagebuchs konzentriert. Gall zeigt auf, dass *Gombrowicz*s Formulierungen nietzscheanische Grundzüge aufweisen, wobei der zentrale Begriff des Tanzes nicht als ästhetische Disposition, sondern als existenzieller Modus verstanden werde. Das Ich sei dabei Ausdruck des wirkenden Willens. Der Tanz könne als stets neu ansetzender Akt der Selbsterschaffung gedeutet werden. Allerdings gehe es *Gombrowicz* dabei nicht wie bei Nietzsche um die Destruktion des Subjekts, sondern um eine „tanzende Individualität“.

Mit einer zentralen Kategorie im Werk *Tadeusz Kantors* befasst sich die Untersuchung von *Uta Schorlemmer*, in der sich die Autorin zwei verwandten ästhetischen Diskursen beider Autoren annähert. Sie vergleicht das *Gombrowicz*sche „Prinzip der Unreife“ mit *Kantors* „Realität niedrigsten Ranges“ und kommt zu dem interessanten Ergebnis, dass beide untersuchten ästhetischen Diskurse als Äquivalent dessen betrachtet werden können, was in Deutschland als „Vergangenheitsbewältigung“ bezeichnet wird. (S. 223)

In seinem Aufsatz „Fluchtlinien“ beschäftigt sich *Hanjo Beressem* mit den Ausführungen, die der bekannte französische Philosoph *Gilles Deleuze* zu den Grundaussagen des *Gombrowicz*schen Oeuvres gemacht hat. Der Autor rekonstruiert zunächst die Kontexte, in denen sich *Deleuze* auf *Gombrowicz* bezog und arbeitet dann bestimmte Gemeinsamkeiten zwischen beiden Autoren heraus. Am Beispiel der *Deleuzeschen* Interpretation des Romans „Kosmos“ erläutert *Beressem* das komplizierte Verhältnis von Zufall, Kausalität und Analogien, durch das in diesem komplexen Text Wirklichkeit als eine auf analogen Strukturen basierende Gegenrealität konstruiert wird. Das bedeutet, so die Schlussfolgerung, dass es sowohl bei *Deleuze* als auch bei *Gombrowicz* immer nur um Möglichkeiten gehe, oder in der Sprache von *Deleuze* um „die Auflösung molarer Strukturen zugunsten molekularer Arrangements“.

Einer ganz anderen Thematik ist der Beitrag von *Wolfgang Schlott* gewidmet. Hier geht es um die Rezeption *Gombrowicz*s durch den ungarischen Autor *István Eörsi*, die unter dem Eindruck des politischen Umbruchs von 1989 erfolgte. Am Beispiel des Buches „Tage mit *Gombrowicz*“ (1997) beschreibt *Schlott*, wie sich *Eörsi* mit der postkommunistischen Vergangenheit der mitteleuropäischen Literaturelite und ihrer Intellektuellen auseinandersetzt. Besonders hart kritisiert *Eörsi* dabei, dass man sich gewissenlos mit der Vergangenheit arrangiert habe. Hingegen hebt er den durchgängigen intellektuellen Widerstand des Exilautors *Gombrowicz* hervor, den dieser in erster Linie in den diskursiven Passagen seines Tagebuchs entwickelte. Dabei greift *Eörsi* auch ganz bewusst auf das von *Gombrowicz* entwickelte Prinzip der „Überlegenheit der Unreife“ zurück. (S. 258)

Das vierte Kapitel des Buches ist wiederum stärker literarischen Fragestellungen gewidmet. So beschäftigt sich *Włodzimierz Bolecki* mit *Gombrowicz*s Aphorismen, wobei er davon ausgeht, dass die Modalität das entscheidende Element der Textpoesie bei *Gombrowicz* sei. Dabei spiele *Gombrowicz* mit widersprüchlichen Modalitäten, wobei der Sinn dieses Spiels allerdings nicht klar werde. *Bolecki* zeigt darüber hinaus

auf, dass sich in „Ferdurke“ zahlreiche Aussagen finden lassen, die Sentenzcharakter haben. Diese Sentenzen fügen sich zu den wichtigsten Themen im Gombrowiczschen Werk: Was ist der Mensch, was sind zwischenmenschliche Beziehungen, wie stellen sich die Beziehungen zwischen Mann und Frau dar, was ist das Leben in seinen verschiedenartigsten Emanationen? Die übergeordnete Maxime und zugleich grundlegende Modalität *Gombrowiczs* stamme freilich aus „Ferdurke“ und laute: „Niemand wird mir jemals die Stimme wegnehmen“. (S.278)

Mit dem komplexen, uneindeutigen Ich-Begriff in den Werken *Gombrowiczs* beschäftigt sich Olaf Kühl. Auch der Ich-Begriff bleibe ambivalent, zum Beispiel im Sinne des das Ich verneinenden „man“ Heideggers oder entsprechend dem Postulat aus Ślub, dass „nicht wir die Wörter sagen, sondern die Wörter uns sagen“. Dies impliziert, dass das Ich sowohl als Subjekt als auch als Objekt gedacht und modelliert werden kann und dass es von einer weiteren Zentralkategorie *Gombrowiczs*, der Form, die den Ausdruck des wahren Ichs verhindert, immer abhängig bleibt. Besonders deutlich wird dies im Roman „Kosmos“, in dem das Ich stets Maske bleibt. Die Dualität des Ichs als Körper und als Empfinden bleibe im Gesamtwerk *Gombrowiczs* erhalten, allerdings komme es paradigmatisch zu abrupten Wechseln von einem euphorisch übersteigerten Ich-Gefühl zu dessen Negation, wenn es in der „Trauung“ zum Beispiel heißt: „Nein, nein, ich existiere nicht, Ich bin kein 'ich'“. (S. 287)

In ihrem Aufsatz über die „interaktiven Strategien des schreibenden Ich“ analysiert *Mirosława Zielińska* die Konzeption *Gombrowiczs* hinsichtlich seines Tagebuchs. Sie arbeitet heraus, dass für Gombrowicz weder der westeuropäische Habitus des Intimisten noch der Habitus des für Polen typischen Chronisten in Frage gekommen sei. Für *Gombrowicz* bleibe Wirklichkeit immer nur private Wirklichkeit, wobei freilich auch im Tagebuch die Zentralkategorie der Offenheit eine wesentliche Rolle spiele, da sie erlaube, frühere Erfahrungen für ungültig zu erklären. Zudem werde neben dem zuweilen aufscheinenden Habitus des Chronisten, Zeugnis abzulegen, und dem des Intimisten, Bekenntnisse zu formulieren, eine dritte Option, die der Aufforderung an den Leser, eingeführt. So komme es zu einer Gleichrangigkeit von Autobiographischem und Fiktionalem. Hierzu gehöre auch der Gombrowiczsche Ansatz der „interaktiven Autokommunikation“, wodurch das Tagebuch zu einer Art Konzeptpapier werde, bei dem das Spiel mit sich selbst und mit dem Leser eine zentrale Bedeutung gewinne.

German Ritz geht in dem sich anschließenden Artikel Fragen von Körper, Geschlecht und Gender im „autobiographischen Projekt“ *Gombrowiczs* nach. Hierbei spiele das konstruierte Geschlecht als Mittel für die Entlarvung der „erstarrten Form“ eine entscheidende Rolle. Im Hinblick auf das Tagebuch bedeute dies, dass das Ich nur in seiner „kulturellen Maske“ auftrete und es auch zu keiner (zum Beispiel homosexuellen) Ich-Konfession komme. Zum Ausdruck gebracht werde die quasi außersexuelle Faszination durch die Jugend und die Erfahrung des Alters, sich vor dem Ausgeschlossen-Sein fürchten zu müssen. Hieraus erkläre sich der Versuch, eine dritte Position – jenseits der von Mann und Frau – einzunehmen, allerdings auch die das Gesamtwerk *Gombrowiczs* durchziehende Vorstellung, dass die Teilnahme an der Jugend an der Begegnung mit der Frau scheitere, weil sie das Ich in die Konvention des Mannes zwingt. (S. 317)

Mit *Ślub* (Die Trauung) als Bewusstseins- und erkenntnistheoretischem Drama setzt sich *Maria Maskala* auseinander. Nach eingehender Analyse hebt sie hervor, dass man in dem Drama einige Anleihen aus dem deutschen Idealismus ausmachen könne. Hierzu gehöre unter anderem die Spaltung des Ichs in Subjekt und Objekt. Allerdings erweise sich *Gombrowicz* als Meister der Vieldeutigkeit und des Versteckens, die Kategorie der Offenheit und Unabgeschlossenheit bleibt also auch in seinen Dramen eine dominierende Konstante. Der Autor von *Ślub* – so *Maskala* – habe bereits 1946 Positionen vorweggenommen, die heute der Kommunikationsforscher *Watzlawick* vertritt und in denen Normalität als „halluzinatorische Konstruktion“ bezeichnet werde. Mit *Zdzisław Łapiński* kommt die Autorin schließlich zum Ergebnis, dass das Drama „Die Trauung“, bei der sich die gesamte Wirklichkeit auf den Intentionalakt eines sich auf der Bühne herauskristallisierenden Subjekts stützt, die Grundlagen der Ontologie in Frage stelle, die seit Jahrhunderten für das Drama galten. (S. 346)

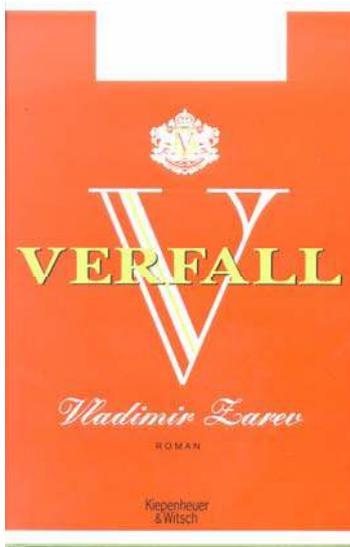
Brigitte Schulze beschäftigt sich im abschließenden Beitrag mit der Transformation des Stoffs des Bauernfürsten bei *Gombrowicz*. Dementsprechend steht das Drama „Iwona“ im Mittelpunkt ihrer Analyse, wobei sie intensiv auf die diesem Stoff eigene binäre Ordnung (Oben/Unten; Leben/Traum) eingeht. Die Autorin stellt eine Reihe von Bezügen zur internationalen und polnischen Literatur her (*Cervantes*, *Bohomolec*) und analysiert eine Gruppe von Signalsetzungen, aus der sich die Fortschreibung des Stoffes ableiten lässt. Außergewöhnlich – so Schulze – sei allerdings, dass *Gombrowicz* die Hauptfigur des Bauernfürsten mit einer weiblichen Figur besetzt habe, was als Hinweis darauf gedeutet werden könne, dass der Stoff „zu Ende gebracht“ werden soll. Unabhängig davon stehe der für den Stoff des Bauernfürsten obligate Rollentausch in engem Bezug zu *Gombrowicz*s anthropologischer Grundannahme von der fundamentalen Rollenhaftigkeit menschlicher Existenz. Insgesamt kommt Schulze allerdings am Ende ihrer akribischen Analyse zum Ergebnis, dass die Forschung hinsichtlich der Konkurrenz unterschiedlicher Textfolien bei *Gombrowicz* noch nicht genug wisse. (S. 366)

Im abschließenden 5. Kapitel stellt *Marek Zybura* auf fast fünfzig Seiten Materialien zur deutschsprachigen *Gombrowicz-Bibliographie* vor. Diese sorgfältig zusammengestellte Bibliographie, die bis in die Gegenwart reicht, darf wohl durchaus den Anspruch erheben, weitgehend vollständig zu sein.

Nach intensiver Lektüre und Reflexion kann man die beiden Herausgeber zu diesem sorgfältig edierten und im Hinblick auf die Auswahl der Autoren und Inhalte gut abgestimmten Sammelband nur ausdrücklich beglückwünschen. Sicherlich handelt es sich bei diesen deutsch-polnischen Versuchen einer kulturellen Verortung um einen deutschsprachigen Meilenstein in der internationalen *Gombrowicz-Forschung*.

Gerhard Schüsselbauer
Neue Literatur 2007 von Vladimir Zarev (BG), Wojciech Kuczok (PL), Jáchym Topol (CZ) und Jan Neruda (CZ)

Schon seit vielen Jahren machen es sich renommierte Verlage wie der Suhrkamp Verlag, der Verlag Kiepenheuer & Witsch oder die Deutsche Verlags-Anstalt DVA zur Aufgabe, Literatur aus dem „östlichen“ Teil Europas zu veröffentlichen. Das Interesse an der enormen Vielfältigkeit scheint jedoch noch immer nicht groß genug zu sein. Umso wichtiger ist es, auch in deutschen Schulen und Hochschulen diese Literatur abseits der Harry-Potter-Hysterie oder Dan-Brown-Monopolisierung bekannter zu machen. Es warten eine Fülle von jungen, mitunter noch wenig entdeckten, sowie bereits in ihren Heimatländern bekannte und angesehene Autoren auf deutschsprachige Leserschaft.



Vladimir Zarev: *Verfall*, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2007, 512 S.

*„Jemand klopft an die Tür:
 Freund oder Feind?
 Wenn ich fortgehe,
 wer wird hier bleiben,
 um die Tür zu öffnen?
 Und wenn ich zurückkehre,
 wer wird mich empfangen?“*

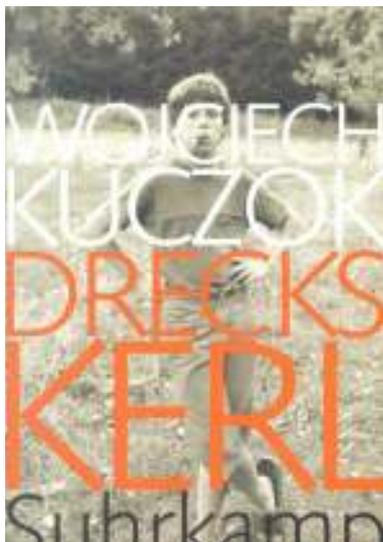
Man erinnere sich: Weit mehr als ein Jahrzehnt wurde das Fehlen des großen Wenderomans aus dem „postsozialistischen Lager“ beklagt. In Fernsehsendungen und in den Feuilletons tauchte nimmermüde die Frage nach dem mehr als 500 Seiten umfassenden literarischen Kunstwerk auf (*Marcel Reich-Ranicki*), das den Seinszustand der Menschen der

Umbruchszeit und ihres Eintauchens in die postkommunistische Befindlichkeit aufgreift. Vladimir Zarevs Roman *Verfall* hat zweifelsohne das Zeug, diese Lücke, so sie denn wirklich existiert(e), zu schließen. Zarev ist kein Neuling in Bulgarien, landete allerdings erst mit diesem, seinem achten Roman den großen Coup, zumal er damit zum literarischen Star in Bulgarien avancierte. Dabei geht es Zarev keineswegs um eine nostalgische Verklärung der sozialistischen Vorwendezeit, sondern um ein differenziertes und stilsicher gezeichnetes Bild äußerst unterschiedlicher menschlicher Schicksale. Moral, Macht, Menschen – Geld, Gesetze, Gier – Leidenschaft, Lügen, Leere – Sehnsucht, Sex, Seele – Verlassenheit, Verlorensein, Verfall. Diese Facetten ergeben einen Mix des Wertenedergangs par excellence, in dem die „wahre Freiheit unfassbar“ bleibt und zu einem „ewigen Versprechen“ verkommt, „das einmal verkündet, auf den Markt geworfen und verramscht wird.“ Aber Zarev ist kein Dauer-Moralisierer, kein larmoyanter Besserwisser und schon gar kein verbitterter Zyniker, sondern beschreibt äußerst eindringlich die „Seelenlosigkeit der großen Leere“ nach

dem Untergang der auch nur scheinbar allumfassenden Sicherheit. Nach dem Zusammenbruch der gleichmacherischen Gesellschaftsdoktrin, in der vor allem Bürokratie, staatliche Willkür und Parteiapparatschiks herrschten, kam nun an ihre Stelle ein Haifischkapitalismus, in dem Korruption, Wirtschaftsverbrechen, Betrug und Käuflichkeit das Leben der Menschen bestimmen.

Zarev entwirft in seinem Roman ein Panorama der großen Umbrüche nach dem Ruin des gefängnisartigen Zwangskollektivs und dem Beginn der „aufgezwungenen Freiheit“ anhand einer Doppelbiografie zweier Männer, deren Schicksale und Lebenswege unterschiedlicher nicht sein könnten, die aber im Grunde genommen dieselbe Sehnsucht nach der Überwindung der totalen Entfremdung eint. Während der erfolglose Schriftsteller Martin Sestrimski seine Ehe dahindümpeln sieht, seine Tochter ins US-amerikanische Exil verliert und ein tristes, alkoholvernebeltes Dasein im sechzehnten Stock seiner Plattenbauwohnung fristet, steigt der skrupellose Ex-Staatssicherheitsbedienstete Bojan Tilev durch betrügerische Schwarzmarktgeschäfte zu einem postkommunistischen Tycoon allerersten Ranges auf. Tilev ist dabei in Wirklichkeit Sestrimskis Romanheld im Roman selbst. Er avanciert zum moralisch degenerierten Wendegewinnler, dem es mit Gaunermethoden gelingt, die „Nabelschnur seiner gesichtslosen Unterwürfigkeit“ zu durchtrennen und sich zum neuen, „allmächtige Freiheit“ besitzenden Herrenmenschen aufzuschwingen. In der Quintessenz muss auf den kometenhaften Aufstieg der rasante Fall folgen. Die Machtverhältnisse, deren Spielregeln er zunächst zu seinen Gunsten umzuformen vermochte, drehen sich komplett um: Der unermessliche Reichtum frisst seinen eigenen Schöpfer! Denn „bedauerlicherweise hat sich herausgestellt, dass Geld die beständigste Form der Macht darstellt!“ Sestrimski hingegen träumt davon, seine Selbstzerstörung aufhalten zu können, seine Liebe neu zu entdecken, sich und seine Familie aber gleichzeitig mit waghalsigen Unternehmungen über Wasser zu halten. Was bleibt, ist das nicht verschwinden wollende Schuldgefühl, sich schuldig gemacht zu haben „an der ganzen aus den Fugen geratenen Welt.“

Man kann dem Verlag Kiepenheuer & Witsch und dem Übersetzer *Thomas Frahm* nur gratulieren zur im Übrigen raffiniert aufgemachten Veröffentlichung dieses überaus eindrucksvollen Romans, denn endlich ist es mit Vladimir Zarev gelungen, Bulgarien aus der literarischen Peripherie in Europa herauszuholen. Haben sich andere Länder der ehemaligen sozialistischen Einflussphäre längst einen Platz in der europäischen Literatur erobert, so gilt es, den südosteuropäischen Kulturraum erst noch viel stärker zu entdecken.



Wojciech Kuczok: *Dreckskerl*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2007, 174 S.

„Ich stellt mich hin ins fremde Licht wie ein von den Scheinwerfern der Grenzdienste eingefangener Flüchtling, der, ohne noch zu wissen, auf welche Seite er geraten ist, in allen ihm bekannten Sprachen das Wort `Asyl` wiederholt.“

Das polnische „Kohlenpottkind“ *Wojciech Kuczok* (geb. 1972) hat mit seiner „Antibiographie“ *Dreckskerl (Gnój)* in Polen einen regelrechten literarischen Aufruhr ausgelöst und ganz nebenbei den NIKE, den wichtigsten polnischen Literaturpreis verliehen bekommen. Sein Erinnern ist keine an kollektiver Sentimentalitätsduselei orientierte Familiensaga, sondern eine gnadenlose Abrechnung mit innerfamiliärer Unterdrückung Schwacher, aber auch mit staatlicher Obrigkeit und Bevormundung, die sich besonders im heutigen Polen der rechtskonservativen Färbung offenbart. Beheimatet ist diese Antigeschichte in Oberschlesien, möglicherweise gar in *Kuczoks* Heimatstadt Chorzów. Rußschwarze Tristesse, Suff, familiäre Gewalt, individuelles Leiden gepaart mit dem Scheitern jeglicher Befreiungs- und Selbstverwirklichungsversuche, Besatzung durch deutsche Truppen, politische Repressalien im Kommunismus – darin offenbart sich das Panoptikum des 20. Jahrhunderts in Polen.

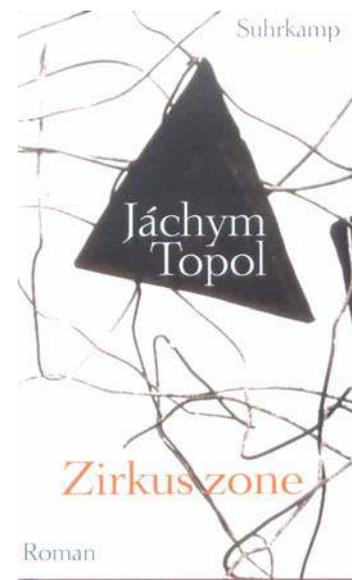
Im abgewirtschafteten Haus des Großvaters, dem Vater des „alten K.“, das im Zweiten Weltkrieg in der oberschlesischen Bergbauregion auf wundersame Weise unversehrt blieb, herrschen Demütigungen und Züchtigungen, die nichts anderes als einen permanenten Kriegszustand darstellen. Und in eben diesem polnischen, von der grausamen Geschichte gebeutelten Haus ist für so Einiges Platz, aber nicht für empfindsame Menschen, die dem Druck des „Übervaters“ nicht Stand halten können. Der „alte K.“, Vater des Ich-Erzählers, ist ein verhinderter Künstler und lässt seine Wut aus am einzigen Sohn der Familie, dem Opfer, das gestempelt ist zum *Dreckskerl*. Er durchlebt nicht nur die familiäre Tragödie, sondern auch den persönlichen Schmerz, den die Peitsche des Vaters bringt, „einen grausamen, selbstsüchtigen Schmerz, der sich übermäßig und in Raum und Zeit breitmacht“. Das Terrorhaus, in dem der Protagonist aufwächst, macht nicht nur die brutale deutsche Okkupation durch, sondern auch das Zwangskollektiv des Kommunismus und nach dessen Zusammenbruch die Orientierungslosigkeit der postkommunistischen Konsumgesellschaft, in der Menschen „während der Erotikprogramme vor dem eingeschalteten Fernseher einschlafen und von glücklichen Ausgängen der Liebesdebakel träumen“. Dieses Haus kann nicht das heimelige Zuhause sein, nach dem sich der Ich-Erzähler sehnt, sondern bedeutet die ewige Wiederkehr der Finsternis, Unterdrückung und Pein. Nur wer zur rechten Zeit aufwacht aus dem Desaster, das sich die Menschen gegenseitig antun, kann seine ewigen Schuldgefühle loswerden. Und nur die Flucht lässt das „Damals“ (erster Romanteil) und das „Dann“ (zweiter Romanteil) verschwinden zugunsten eines „Danach“ (dritter Romanteil). Dieses Danach ist eine Flucht „in alle Richtungen zugleich“, in ein „Schattendasein“, letztlich in die Selbstauflösung.

Mit *Wojciech Kuczok* ist eine provokante Stimme aufs literarische Parkett getreten, von der man hoffentlich noch mehr Herausforderungen an eingefahrene national-konservative oder hysterisch aufgeblähte wertkonservative Einstellungen erwarten kann.

Jáchym Topol: *Zirkuszone*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2007, 316 S.

„Die Feuer des zwanzigsten Jahrhunderts verschmolzen zu einem, die Schmiedehämmer der Zeit schwirrten durch die Luft und knallten auf die Ambosse rings um uns her, und ich in meinem Nest aus Klamotten auf dem Bugschild vom vordersten Panzer begriff, daß ich ... reingeschlittert ins größte Ereignis des Jahrhunderts [war].“

Zur jüngeren avantgardistischen Riege tschechischer Schriftsteller, die mittlerweile auch im Ausland bekannt wurden, zählt der 1962 in Prag geborene *Jáchym Topol*, der schon als Jugendlicher wegen der Unterzeichnung der Charta 77 mit den tschechoslowakischen Sicherheitsbehörden in Konflikt geraten war. Sein kritisch-rebellischer Ton setzt sich auch in seinem neuen Roman *Zirkuszone* fort, zumal er den schmerzhaftesten Augenblick der jüngeren Geschichte seines Landes aufgreift – die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 und die Wehrlosigkeit des tschechischen (und slowakischen) Volkes gegen die Übermacht der Truppen des Warschauer Paktes. Im Mittelpunkt des Romans, der rasch die konventionellen Grenzen verlässt und ins Absurde abtaucht sowie immer wieder die Einheit von Zeit und Raum auf den Kopf stellt, steht die abenteuerliche Irrfahrt des tschechisch-russischen Waisenjungen Ilja. Im „Schattenland“ des „Heimdaheim“, einem von katholischen Ordensschwwestern geführten Waisenhaus in der kleinen bei Prag gelegenen Ortschaft Siřem, ist die Idylle schnell zu Ende. Revolutionäre Truppen übernehmen das Heim, vernichten geistigen Unrat und drillen die Kinderbande, die „Opfer des religiösen Wahns der sterbenden alten Welt“, zu Saboteuren. Ilja jedoch, „geschmiedet auf dem Amboß des zwanzigsten Jahrhunderts“ (Parallelen zu *Grass' Oskar Matzerath* sind wohl eher rein zufällig...), läuft zu den sowjetischen Besatzern über, wird von einer ganzen Panzerbrigade adoptiert und erlebt das Abdriften der Erzählung an den Rand des „dritten Weltkriegs“. Letztendlich kann auch Ilja es nicht ändern: „Die Welt pfiß, schiöß und hustete auf die Tschechoslowakei“. Die Besetzung durch die Truppen des Warschauer Pakts ist wahrlich keine Zirkusnummer, sondern die Fortsetzung eines Traumas, das noch mehr als zwanzig Jahre andauern wird. Der Traum vom „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ist auf brutale Weise ausgeträumt, auch die Partisanen der „Siřemer Autonomen Zone“, die verzweifelt einen Rest Freiheit retten wollen, müssen aufgeben. Am Ende „huscht hinter dem Fenster wieder nur tschechisches Land im Zustand verschieden großer Versumpfung und Verwüstung vorüber“. Der lang andauernde gesellschaftliche Verfall war nicht mehr aufzuhalten.



Iljas Schicksal des Hin- und Hergestoßenseins wird damit gleichsam zum Paradigma der tschechoslowakischen Nachkriegsgeschichte, geprägt von Vertreibung und Totalitarismus. Nach seinem Roman *Nachtarbeit* bricht *Jáchym Topol* in *Zirkuszone* wieder mit tradierten Mythen der jüngsten tschechischen Zeitgeschichte und entlarvt durch sein Abgleiten ins Absurde die historischen Diskontinuitäten.



Jan Neruda: *Die Hunde von Konstantinopel – Reisebilder*, DVA, München, 372 S.

„Wir sind in Jerusalem, einer Stadt, wo sich die Menschen bezüglich Nationalität und Religionsbekenntnis am buntesten mischen. Nur eine einzige erhabene Idee verbindet hier alle in gleicher Weise – Mohammedaner, Katholik, Armenier, Protestant, Kopte, Jude, jeder streckt die Hand aus und verlangt Bakschisch.“

Die Deutsche Verlags-Anstalt DVA konnte nun mit Hilfe der großzügigen Unterstützung seitens der Robert Bosch Stiftung ihre „Tschechische Bibliothek“ mit der Herausgabe des 33. Bandes abschließen. Damit wird zweifelsohne ein wichtiger Beitrag zur Steigerung des Bekanntheitsgrades unseres mitteleuropäischen Nachbarlandes geleistet. Sprachwitz, literarische Vielfältigkeit, tschechischer Humor und Experimentelles, aber auch eine düster-tragische Komponente kennzeichnen die Literatur unseres östlichen Nachbarn. Von *Jaroslav Hašek's Urschwejk* über *Josef Jedlička*, *Jan Čep*, *Bohumil Hrabal*, *Milada Součková* und *Božena Němcová* reicht die Liste dieser bislang einzigartigen Bibliothek bis *Karel Čapek*, einem der wichtigsten tschechischen Schriftsteller und Philosophen des 20. Jahrhunderts, sowie *Jan Neruda*. Und natürlich darf der berühmte Pädagoge und Dichter *Johann Amos Comenius* in dieser Aufzählung nicht fehlen. Im August 2007 wurde zum Abschluss der „Tschechischen Bibliothek“ im Berliner Schloss Bellevue ein großer Festakt mit den beiden Staatsoberhäuptern als Schirmherren veranstaltet.

Jan Neruda (1834-1891) gehört zu den Klassikern und zu den Wegbereitern des Realismus in der tschechischen Literatur. Berühmt wurde er durch die Vielschichtigkeit seines Schaffenswerks, vor allem durch seine zahllosen Feuilletons. In den Jahren von 1863 bis 1875 reiste er durch viele Länder Europas und den Vorderen Orient und schrieb in seinen wunderbar leichten Reisebildern über München, Paris, Wien, Triest, Neapel, Berlin, Hamburg, Graz, Budapest, Bukarest, Athen, Konstantinopel, Kairo, Jerusalem und Judäa, aber auch über die nordwestböhmischen Bäder. Zur Erinnerung an die Bedeutung Jan Nerudas: Der chilenische Literaturnobelpreisträger (1971) *Pablo Neruda*, der eigentlich *Neftalí Ricardo Reyes Basoalto* hieß, benutzte ab 1920 dieses Pseudonym in Anlehnung an den tschechischen Dichter, dessen sozialkritische Werke

und lyrische Bandbreite er sich, aus lateinamerikanischer Sicht, zum Vorbild für die eigene Arbeit nahm.

Jan Neruda verknüpfte in seinen Reisebildern *Die Hunde von Konstantinopel* eine detaillierte, feinsinnige Kenntnis der Städte und ihrer Geschichte mit eigenen Beobachtungen, die er geistreich pointiert und ironisch darzustellen verstand. So entstanden authentische literarische Zeugnisse, wie diese Städte und Metropolen damals soziologisch strukturiert und architektonisch entwickelt waren und welche Eindrücke sie bei einem Reisenden hinterließen. Hier spürt man, dass *Neruda* nicht nur ein großer Erzähler und Lyriker war, sondern auch ein begnadeter Journalist. Seine Reisebilder zeugen von einer wunderbaren „Leichtigkeit des Seins“, aber auch von einem kritischen Blick in die Lebensverhältnisse und –wirklichkeit gewöhnlicher Menschen im 19. Jahrhundert. Sein kritisch-ironischer Blick macht vor keinem Sakrileg halt, spart aber auch nicht mit Lob, wenn es ihm passt. Kurz vor der Gründung des zweiten deutschen Reiches bemerkt er über den westlichen Nachbarn: „Würde auch jeder Gassenjunge in Deutschland die Phrase 'Das ganze Deutschland muß es sein' kennen, bliebe es dennoch eine bloße Phrase, und es ist das Unglück der Deutschen, zu viele schöne Phrasen zu haben und sie schon als Tat zu nehmen.“ *Neruda* beweist auch als Wanderer zwischen Europa, Asien und Afrika seinen Scharfsinn und entdeckt sofort bei jedem beliebigen Ort, an dem er auch nur kurz verweilt, den Lokalkolorit und das eben Typische. Seine Liebe gilt ohne Zweifel Konstantinopel, dem Ort, an dem „die ganze Geschichte und die ganze Natur gedichtet [haben], hier scheinen das ganze Weltall und alle Töne und Farben, alle Formen und Gedanken zu einem Gedicht zu verschmelzen.“

Jan Neruda war tschechischer Lokalpatriot und ein Kosmopolit, ein echter Mitteleuropäer und ein reisender Gesamteuropäer. Seine Werke verströmen einen eindrucksvollen europäischen Geist, als Literat und Feuilletonist ragen in seinem Werk sein außerordentlicher Reichtum und seine stilistische Vielfalt heraus. Auch dies steht ganz in europäischer Tradition.

Berichte

Zbigniew Wilkiewicz

Umweltpolitik und Umweltdelikte in der EU

Vom 07. bis 12. 05. 2007 fand im GESW eine Tagung zur Umweltpolitik und zu Umweltkriminalität in der EU statt, an der PolizeibeamtInnen aus Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen teilnahmen. Im Folgenden dokumentieren wir einen Teil dieses Seminars.

Eingeleitet wurde die Tagung durch einen Beitrag des Hamburger Polizeijournalisten *Thomas Hirschbiegel*. In seinem Referat wurde am Beispiel Hamburgs ein Überblick über die Strukturen, die Veränderungen und die mögliche zukünftige Entwicklung der Organisierten Kriminalität in der Bundesrepublik gegeben. Hirschbiegel betonte in diesem Kontext immer wieder den engen Zusammenhang zwischen Politik, Wirtschaft und Organisierter Kriminalität. Die ermittelnden Behörden hätten es in diesem Zusammenhang sehr schwer, die Tathergänge zu rekonstruieren und die Täter vor Gericht zu bringen. Für den recherchierenden Journalisten entstehe nicht selten der Eindruck, dass man es mit einem dicht abgeschotteten, durch Rechtsanwälte hervorragend geschützten quasi rechtsfreien Raum zu tun habe. Es sei überaus schwierig, an die „großen Fische“ heranzukommen, oft gelinge dies nur aufgrund glücklicher Fügungen und Zufälle. So sei es zum Beispiel im Fall der in Hamburg unangreifbar wirkenden Familie *Osmani* gewesen. Umso wichtiger sei so betrachtet die Rolle der (kritischen) Medien, die sich auf die Spur Organisierter Kriminalität setzen und Politik und Öffentlichkeit immer wieder zu informieren und aufzurütteln versuchen.

Der Frage der innerdeutschen OK gingen am Dienstag Vor- und Nachmittag die Referenten *Michael Soltau* und *Jürgen Labotzky* von der Wasserschutzpolizei 210 Hamburg und vom Referat Organisierte Kriminalität am Beispiel von zwei akuten Ermittlungsverfahren nach. Dabei machten sie deutlich, dass es sich hierbei um typische Fälle der grenzübergreifenden White-Collar-Kriminalität handle, bei der enorme Gewinne gemacht würden, wobei im Falle einer Verhaftung das Strafmaß relativ gering ausfalle. Die Gewinnmargen für die Betrüger seien beträchtlich, das Risiko überführt zu werden relativ gering. Man müsse im Bereich der OK davon ausgehen, dass immer mehr mit „normalen Waren“ (Lebensmittel, Arzneimittel) operiert werde, da die Gewinnerwartung hier ebenso hoch sei wie bei Drogen, die Strafanandrohung aber weitaus geringer ausfalle. Als Beispiel wurde der Export von zu verschrottenden Kraftfahrzeugen aus Schweden nach Benin nachgezeichnet. Bei den laufenden Ermittlungen wurde festgestellt, dass die involvierte Firma quasi doppelt verdient, indem sie die schwedische Entsorgungsgebühr kassiert und darüber hinaus dafür sorgt, dass die Fahrzeuge in Benin entweder weiter verkauft oder direkt im Dschungel entsorgt werden. Hierbei werden Lücken im europäischen Umweltrecht ausgenutzt, da es keine übereinstimmende Definition des Begriffs Abfall gibt. Auch fehle es an entsprechenden Kontrollen, so dass die involvierten Firmen relativ leichtes Spiel hätten. Europa werde

seinen Müll auf Kosten anderer Länder und Kontinente los, Umweltpolitik und -kriminalität seien aber ein gesamteuropäisches, globales Problem. Aufgrund der Tatsache, dass eine Unzahl von Personen in den Gesamtprozess einbezogen sei, verliefen die Ermittlungen sehr langwierig. Große Unterstützung hätte man in beiden Fällen allerdings von OLAF in Brüssel erfahren. Insofern scheint die europäische Kooperation hinsichtlich der Bekämpfung der OK doch immer stärker zu greifen.

Zbigniew Wilkiewicz ging in seinem Power-Point-Vortrag auf die Situation der Umwelt und des Umweltschutzes in Polen ein. Dabei wurde deutlich, dass sich die Situation aufgrund der Wende der Jahre 1989/1990 und aufgrund des EU-Beitritts des Landes sowie der dazu notwendigen Anpassungen in den 1990er Jahren erheblich verbessert hat. Inzwischen wird eine aktive Umweltpolitik betrieben, hat man die Umweltkontrolle dezentralisiert, und entsprechende Gesetzeswerke erlassen sowie eine umweltpolitische Gesamtstrategie formuliert. Allerdings gebe es noch keine allzu starke Lobby für den Umweltschutz und auch das Umweltbewusstsein der meisten Polen und Polinnen sei nicht besonders ausgeprägt. Sicherlich werden die von der EU in Aussicht gestellten Hilfen auch weiterhin eine bedeutende Rolle spielen. Hier ist aber sowohl von der EU als auch auf Landesebene noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten, zumal es weiterhin schwierig ist, die berechtigten Belange von Wirtschaft und Umwelt in Polen auf einen Nenner zu bringen.

Jörg Lauenroth von der Fachdienststelle für Umweldelikte in Hamburg berichtete über die Ermittlungen und Ergebnisse eines abgeschlossenen Umweltstrafverfahrens. Ein Gefahrguttransporter hatte eine Teilladung Kresol auf einem Autobahnparkplatz abgelassen. Teile davon gelangten in die Kanalisation, wodurch ein Fischsterben begann und Menschen in ihrer Gesundheit beeinträchtigt wurden. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen ergaben, dass die Giftfracht von Köln nach Dänemark transportiert werden sollte. Kriminelle Machenschaften eines Kartells führten zu der Umweltkatastrophe. Weiterhin erklärte Jörg Lauenroth die Grundlagen zur Bestimmung von Bioindikatoren, um die Güte eines Gewässers zu bestimmen. Es folgte ein Umweltquiz, welches sich mit Fragen der Umweltverschmutzung und den damit verbundenen europäischen Problemen beschäftigte. Ein weiteres Thema war die Ölverschmutzung durch die internationale Schifffahrt. Die Ermittlungsarbeit der Europäischen Polizeibehörden und die daraus resultierenden Ermittlungsergebnisse. Gezeigt wurde auch das Zusammenspiel der Europäischen Behörden anhand eines Fallbeispiels. Workshops zur europäischen Umweltgesetzgebung hinsichtlich der Umweldelikte und ihrer unterschiedlichen Sanktionierungen bildeten die Grundlage für vier Arbeitsgruppen, die unter den genannten Aspekten die konkurrierende Gesetzgebung in Spanien, Deutschland, den Niederlanden und Polen herausarbeiteten und die Arbeitsergebnisse vortrugen.

Stefan Knolle von OLAF aus Brüssel berichtete über die Struktur und die Aktivitäten von OLAF, der Antibetrugsbehörde der EU. Neben der Bekämpfung von Korruption

und Vetterwirtschaft innerhalb der Strukturen der EU, geht es vor allem auch um die Aufdeckung von Betrugsdelikten im Handel der EU. Am Beispiel von mehreren Fällen (China und Shrimps, Italien und Olivenöl...)

erläutere der Referent die Betrugstechniken und die Maßnahmen von OLAF, wobei deutlich wurde, dass diese EU-Behörde allzu häufig ein stumpfes Schwert bleiben muss, weil die wichtigste Aufgabe von OLAF, die Rückgewinnung missbräuchlich genutzter Fördermittel (RECOVERY) vor große Hindernisse gestellt wird. Notwendig sei deshalb die übergeordnete Stelle eines europäischen Finanzstaatanwalts.

Bernd Stegmann referierte über die Problematik von Umwelt und Nachhaltigkeit. Aktuell ging er auf den letzten EU-Gipfel ein, der ganz im Zeichen von Klimaschutz und Energiepolitik gestanden hatte. Er beschrieb dabei auch das magische Dreieck, das sich aus den EU-Kernzielen Wachstum, Wettbewerb und nachhaltige Entwicklung ergibt. In drei Workshops wurden drei Zukunftsszenarien entworfen und diskutiert: FROG (punktuelle Maßnahmen, die keine echte Nachhaltigkeit bringen), GEOPOLITY (globale Führungsstruktur für ein Ökosystem, das durch Richtlinien abgesichert ist.), JAZZ (Ein transparenter Markt, in dem Wettbewerb und Kreativität gefragt sind, und durch den es gelingt, die drohende Umweltkatastrophe in den Griff zu bekommen).

Während der Diskussion wurde deutlich, dass die europäische Umweltpolitik Elemente aller drei Szenarien enthält: Denn bekanntlich setzt die Umwelt- und Energiepolitik der EU gleichzeitig auf Wachstum, Kontrolle und Reglementierung (Grenzwerte) sowie auf Wettbewerb (Selbstverantwortung und Transparenz).

Das Seminar stieß aufgrund der aktuellen Diskussion über Klima und Energiefragen auf großes Interesse. Ebenso intensiv wurden die Fragen von Umweltdelikten und die Möglichkeiten ihrer Prävention erörtert. Die Referenten erhielten im Durchschnitt gute Bewertungen, ebenso die Seminarorganisation.

Rezensionen

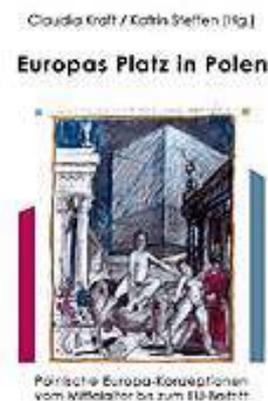
Claudia Kraft, Katrin Steffen (Hg.): Europas Platz in Polen. Polnische Europa-Konzeptionen vom Mittelalter bis zum EU-Beitritt. fibre Verlag, Osnabrück 2007, 261 S.

Am 30. Januar 1990 hielt *Tadeusz Mazowiecki*, Polens erster postsozialistischer Ministerpräsident, vor dem Europarat eine Rede, in der er Polens Verhältnis zu Europa thematisierte. Darin findet sich der Satz: „Immer war Europa der Bezugspunkt für die Antwort auf die Frage nach unserer Identität.“ Nun liegt ein Buch vor, in dem 11 Autorinnen und Autoren Polens Europaverständnis vom Mittelalter bis in die Gegenwart beschreiben und analysieren. Eine erste, überraschende Kommentierung des Titels „Europas Platz in Polen“ liefert die als Umschlagbild dienende Skizze des Warschauer Künstlers *Franciszek Starowieyski* zu seinem großformatigen Bild „Polonia divina rapta per Europa profana“, das die Lobby der Brüsseler Vertretung der Republik Polen bei der Europäischen Union zielt. Soll mit dem Raub der „göttlichen Polonia“ durch die auf dem Stier reitende „profane Europa“ eine die polnische Geschichte durchgehend bestimmende europakritische Tendenz zum Ausdruck kommen? Oder wird hier ein mythologisches Selbstverständnis angezeigt, das sich nur bedingt auf historische Erfahrungen berufen kann und zu einer selbstkritischen Überprüfung herausfordert? Diese Doppelfrage macht neugierig auf die Lektüre der Beiträge dieses Sammelbandes.

Der Band ist chronologisch angelegt und kann - unter dem Aspekt des Europabezugs - als Abriss der Geschichte Polens gelesen werden. Den einzelnen Beiträgen ist eine Literaturübersicht beigelegt. Das Buch schließt mit biographischen Angaben zu den Autorinnen und Autoren sowie mit einem Personenverzeichnis.

In ihrer Einführung listen die beiden Herausgeberinnen einige grundsätzliche Fragen zu Polens Platz in Europa auf: Wie hat Polen „zu welchen Zeiten an Europadiskussionen teilgenommen, als wie europäisch hat sich Polen verstanden, als wie westlich oder östlich wirkte es oder wie peripher, wie rückständig oder wie modern?“ (S.9) In einer Art Zusammenfassung nehmen sodann *C. Kraft und K. Steffen* vieles von dem vorweg, was in den einzelnen Beiträgen untersucht wird.

Gleichfalls der Chronologie vorangestellt ist der Beitrag von *Maria Janion* „Polen in Europa“. Sie zeigt in ihrem umfangreichen Text gleich mehrere Möglichkeiten auf, den Platz Polens in Europa anders zu definieren als dies bei den gängigen Deutungsmustern der Fall ist. So hinterfragt sie das traditionelle „antimurale“, gegen den „barbarischen“ Osten gerichtete polnische Selbstverständnis und sieht in der historischen Rolle einer Verteidigung des Abendlandes bzw. der europäischen Zivilisation in Wahrheit einen verkappten Kolonialismus, der bis heute vor allem das polnisch-ukrainische Verhältnis belastet.



fibre

Zudem bringt die Autorin das polnische Selbstverständnis des „antimurale“ in einen Zusammenhang mit der Verdrängung slawischer Ursprünge. Nach ihrer Hypothese habe es vor der römisch-katholischen Taufe Polens im Jahr 966 eine Christianisierung nach slawischem Ritus gegeben, dessen Spuren bis ins 11./12. Jahrhundert nachweisbar seien. Die „ursprüngliche Zweigleisigkeit des polnischen Christentums“ sei dann „zugunsten des lateinischen Universalismus“ beseitigt worden. Mit der Latinisierung habe man u.a. die Absicht verfolgt, das christianisierte Slawentum dem römisch-deutschen Kaiserreich unterzuordnen. Dieser Prozess habe eine lange nachwirkende Entfremdung nach sich gezogen, auf welche die „polnischen Romantiker“ mit ihrer „antilateinische(n) Rebellion“ reagiert hätten, um „die slawische Identität zurück zu gewinnen.“ (S.42)

Überraschend auch *Janions* Aussagen über die Szachta. Kleidung und Lebensstil verrieten einen orientalischen Einfluss. Unter Hinweis auf *Neal Aschersons* 1998 erschienenes Werk „Schwarzes Meer“ hält sie es für möglich, dass „die Idee der Adelsdemokratie ... nicht auf das Vorbild der Römischen Republik zurück (geht), sondern auf den tatarischen *Quriltai*, die ‘Versammlung mongolisch-tatarischer Edler und Klan-Oberhäupter’...“ (S.39)

Als Konsequenz ihrer Überlegungen fordert *Janion* eine Überprüfung des polnischen Russlandbildes. Kritisch setzt sie sich mit dem Messianismus der polnischen Romantik auseinander. Dieser sei im Grunde eine häretische, das Vaterland mit dem Absoluten identifizierende „patriotische Religion“. (S.48) Sie vor allem sei für den stereotypen Gegensatz von „Freiheit“ und „Despotie“ verantwortlich, der das Russlandbild bestimme: „Vom Zeitalter der Romantik bis zum heutigen Tag sehen wir, wie sehr sich Polen das Recht zur schärfsten Kritik an Russland zuerkannte. ... Immer betonte Polen, Russland gehöre nicht zu Europa...“ (S.51) Das durch die polnische Romantik geförderte Selbstverständnis eines „unschuldigen Opfers“ habe zudem zu einer „Satanisierung“ der Feinde Polens geführt, allen voran Russland. (S.53) Auf diesem Hintergrund spricht sich *Janion* für eine Entmythologisierung des polnischen Selbst- und Fremdbildes aus.

Mit *Christian Lübkes* Ausführungen zum mittelalterlichen Polen „in seinen europäischen Bezügen“ (S.67) beginnt die chronologische Abfolge der weiteren Beiträge. Lübkes detaillierte Darlegung der mittelalterlichen polnischen Entwicklung steht unter dem Vorzeichen einer Erweiterung des christlichen Europa. Einen speziellen, europarelevanten Beitrag Polens sieht er in der „verfassten Ständestaatlichkeit“ sowie in dem „nach dem Aussterben der Jagiellonen (1572)“ praktizierten Prinzip der „freien Königswahl“ als „Gegenentwurf zum Absolutismus“. (S.84)

Janusz Tazbir befasst sich sodann mit dem 16./17. Jahrhundert. Er kritisiert die Selbstüberschätzung der Szlachta als „Elite unter den Eliten“. (S.87) Sie habe in einer für Polen verhängnisvollen Weise das Verhältnis zum westlichen Europa bestimmt. Man habe geglaubt, dass Polen als „Kornkammer“ sowie als „Vormauer“ für Westeuropa unverzichtbar sei. Zudem habe man sich durch diese statische Sicht von der westlichen Modernisierung abgekoppelt.

Begriffsgeschichtlich ist *Tazbirs* Hinweis interessant, „Europa“ habe durch die Abwehr der Türkengefahr einen antitürkischen Akzent erhalten. Sowohl der Terminus

„Europäer“ als auch das Adjektiv „europäisch“ seien erstmals im Kontext der Türkenkämpfe in polnischen literarischen Texten nachweisbar. Dies belege, „dass sich die Polen seit dem 16. Jahrhundert tatsächlich als ‘Bewohner Europas’ gefühlt haben...“ (S.102)

Andreas Lawaty untersucht den Einfluss der europäischen Aufklärung auf die Entwicklung in Polen. Dabei konzentriert er sich auf die gesellschaftlichen und staatlichen Reformen, wobei Polen „schier unüberwindbare Hürden zu bewältigen“ gehabt habe. Diese seien teils selbstverschuldet, teils durch die „Interventions- und Expansionsbereitschaft der Nachbarmächte“ bedingt gewesen. (S.106)

Sehr kritisch setzt sich *Lawaty* mit dem „Sarmatismus“ des Adels auseinander. Die ihm eigene „Verführungskraft der ‘goldenen Freiheit’“, sein Glaube „an die göttliche Dankbarkeit für die Treue der katholischen Nation“ sowie der daraus resultierende „Provinzialismus“ habe notwendige Reformen erschwert. (S.106) Der Autor beschreibt dann im einzelnen den mühevollen, durch die Aufklärung angestoßenen Modernisierungsprozess sowie den langwierigen Weg einer „Umwandlung von Sarmaten in Europäer“. (S.111)

Ein weiterer für den polnischen Europabezug bedeutsamer Aspekte sei der in der Auseinandersetzung mit den Teilungsmächten vollzogene Rekurs auf das Völkerrecht, wobei „Europa als Einheit, als Republik der Nationen“ gedacht worden sei. (116) Abschließend verweist *Lawaty* auf den im 18. Jahrhundert einsetzenden „Prozess der Säkularisierung“ des antimuralen Selbstverständnisses hin zur „Vormauer der Zivilisation, die vom ‘asiatischen’ Russland überrollt zu werden drohe.“ (S.118).

Wegen der auch für das 19. Jahrhundert aufgrund der Teilungen des Landes und der Romantik geltenden Rahmenbedingungen wiederholt sich in dem Beitrag von *Maciej Janowski* vieles von dem, was im vorangegangenen Kapitel bereits gesagt wurde. So verweist auch *Janowski* einerseits auf die Rückständigkeit des Landes und betont andererseits die reformerischen Bemühungen um Modernisierung. Im Ganzen konstatiert der Autor: „Im Verlauf des 19. Jahrhunderts veränderte sich Polen so, dass es nicht wieder zu erkennen war. Aus der alten Adelsnation wurde eine moderne Nation, mit ausgeprägter gesellschaftlicher Struktur; die Kultur demokratisierte sich, und die Führung ging immer sprunghafter von dem Adel auf neue gesellschaftliche Gruppen über.“ (S.145) Dabei ist *Janowski* bestrebt, polnische Spezifika als gleichfalls „europäisch“ zu interpretieren. Dies gelingt ihm, indem er sie im Vergleich zu den westeuropäischen Zentren als ähnlich „peripher“ wie das sich dem Beobachter darbietende Bild westlicher Provinzen ansieht. So kommt er zu dem Schluss: „Insofern unterscheidet sich das periphere 19. Jahrhundert-Europäertum an der Weichsel nicht sehr von dem Europäertum der großen Mehrheit unseres Kontinents.“ (S.154)

Auch sei der Nationalismus der polnischen Romantik weit weniger spezifisch polnisch als man dies gemeinhin glaube. Er sei in seiner ethischen Begründung eine „integrierende und keine desintegrierende Idee“ gewesen. Daher müsse er vom alles Fremde ausschließenden Ethnonationalismus unterschieden werden. Es bestehe somit keine Kontinuität zwischen dem Nationalismus der Romantiker und dem auf *Roman Dmowski* zurück gehenden polnischen Nationalismus des 20. Jahrhunderts.

Den polnischen Europaplänen der Zwischenkriegszeit widmet sich *Stephanie Zloch*. Mit dem Wiedererstehen des polnischen Staates sei unmittelbar die Suche nach Polens Rolle in Europa verbunden gewesen. Damit wird ein weiteres Mal deutlich, dass dem polnischen Selbstverständnis der Bezug zu Europa immanent ist. So sei es vor allem in den Anfangsjahren der Zweiten Republik zu einer „Kumulation von Europa-Vorstellungen“ gekommen. (S.159) Während die Sozialisten „Ostmitteleuropa als Nukleus eines künftigen europäischen Einigungsprozesses“ verstanden (S.159) und damit an die „jagiellonische Idee“ angeknüpft hätten, seien diese Pläne in konservativen Kreisen mit Hegemonieabsichten verbunden gewesen. Die Autorin unterscheidet bei den Vertretern dieser Europapläne zwischen „Inkorporationalisten“ und „Föderationisten“ (S.163), je nachdem, ob die östlich von Polen gelegenen Gebiete staatlich integriert oder bei formaler Unabhängigkeit lediglich an Polen gebunden werden sollten.

In diesem Zusammenhang relativiert *Zloch* die verbreitete Meinung eines gravierenden Unterschieds zwischen „Piłsudskis ‘jagiellonischer’ und Dmowskis ‘piastischer’ Orientierung“ (S.166). Auch innerhalb der Nationaldemokratie habe es Vorstellungen eines weit nach Osten vorgeschobenen polnischen Staates gegeben.

Der Ausgang des polnisch-sowjetischen Krieges machte derlei Pläne zunichte. In den 1930er Jahren seien daher - so *Zloch* - gänzlich andere Europavorstellungen entwickelt worden. Zunächst habe man auf westeuropäische Integrationspläne aus Furcht vor einem erstarkten Deutschland skeptisch reagiert. Ab Mitte des Jahrzehnts seien dann zwei schwer zu harmonisierende Tendenzen zu beobachten: Zum einen eine verstärkte „Hinwendung zur traditionellen bilateralen Bündnispolitik“, zum anderen der „Ausbau einer eigenen Großmachtposition in Mittel- und Osteuropa,“ (S.176) Letztere sei unter dem Begriff „Drittes Europa“ bekannt geworden und habe als „Intermarium“ den Raum zwischen Ostsee und Schwarzem Meer umfasst. Der Zweite Weltkrieg machte auch diese Vision zu Makulatur.

Der Zweite Weltkrieg bedeutete indes nicht das Ende aller polnischen Europaideen. *Ślawomir Łukaszewicz* konstatiert vielmehr für diese Zeit ein reges polnisches Interesse an föderativen Europaplänen. Bei all ihrer Verschiedenheit habe ihnen die gemeinsame Erfahrung zugrunde gelegen, Polen sei „nicht stark genug gewesen, um allein auf sich gestellt einen Angriff von zwei Seiten abzuwehren.“ (182)

Der Autor befasst sich ausschließlich mit Europavorstellungen des Exils. Er informiert nicht nur über die bekannten polnisch-tschechoslowakischen Föderationspläne beider Exilregierungen, der Leser erfährt auch manches Neue über Europaideen polnischer Exilzentren, zumal jener in den USA. Die höchst interessanten Europapläne des polnischen Widerstandes finden, von einem bloßen Hinweis abgesehen, leider keine Erwähnung.

Wie in der Zwischenkriegszeit, so blieben auch die im Zweiten Weltkrieg entwickelten Europavorstellungen Illusion. Polen sah sich nach 1945 genötigt, seinen Platz in Europa neu zu bestimmen. Es war territorial nach Westen, politisch aber nach Osten gerückt und der Hegemonie der UdSSR unterworfen worden. Die Konsequenzen beleuchten *José M. Faraldo, Paulina Gulińska-Jurgiel und Christian Domnitz*.

Faraldo behandelt die Phase des Hochstalinismus (1945-1956). Man habe unter dem Druck Moskaus gegen die Monopolisierung des Europabegriffs durch die Westeuropäer

angekämpft sowie auf der Basis einer „sozialistischen Gemeinschaft“ und durch den Zusammenschluss der Volksdemokratien „eine Art Ersatzeuropa“ schaffen wollen. (S.202)

Nach 1956 habe sich dann - so *Gulińska-Jurgiel* - aufgrund einer gewissen Liberalisierung die Einstellung zu Europa verändert und sich „zwischen Sicherheitspolitik und kultureller Zugehörigkeit“ bewegt. (S.205) Die Autorin verweist darauf, dass in dem Prawda-Artikel „Überlegungen zur Sicherheit des großen Europa“ von 1965 erstmals die später von *Gorbatschow* gebrauchte Metapher eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ auftaucht. Für die 1960er/70er Jahre registriert sie sowohl sicherheitspolitische Überlegungen (z.B. Rapacki-Plan) als auch ein weiteres Festhalten am Feindbild der Bundesrepublik.

Gegenläufig zur offiziellen Politik seien in dem Vierteljahrhundert zwischen dem „Polnischen Oktober“ und der „Solidarność“ Europavorstellungen der Opposition entwickelt worden. Neben der Pariser „Kultura“ verweist *Gulińska-Jurgiel* vor allem auf die Gruppe katholischer Intellektueller um den „Tygodnik Powszechny“ und die Monatszeitschriften „Znak“ und „Więź“. Ihr sei es vor allem darum gegangen, durch persönliche Kontakte in Verbindung mit Westeuropa zu bleiben, um so einer künftigen, westeuropäisch orientierten Politik den Weg zu bereiten. Der habe ihrer Überzeugung nach über die Bundesrepublik führen müssen und eine Wiedervereinigung Deutschlands nahe gelegt.

Christian Domnitz sieht das letzte Jahrzehnt der Volksrepublik ganz im Zeichen von Europa. In Opposition zum Staatssozialismus sei für die „nationale Selbstverortung“ (S.213) Europa der Bezugspunkt gewesen. Über diese zeitgeschichtlich gut dokumentierte Phase erfährt der Leser allerdings kaum etwas Neues. Daher mögen an dieser Stelle einige vom Autor aufgegriffene Stichworte genügen: Mitteleuropa-Debatte, Europavorstellungen in der Untergrundpresse, Betonung der europäischen Werte, das langsame Einschwenken der PVAP auf die Europaideen der Opposition.

Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa begann für Polen eine neue Ära europäischer Zugehörigkeit. Die in diesem Zusammenhang entwickelten Europakonzepte behandelt *Klaus Bachmann*. Dabei verweist er auf eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: „Während Westeuropa über die Bedingungen einer Währungsunion debattierte, und immer mehr Länder der Schengenzone beitraten, diskutierte Polen Integration, als seien gerade erst die Römischen Verträge unterzeichnet worden.“ (S.227) Den westeuropäischen Vorsprung aufzuholen, brauchte seine Zeit. In diesem Prozess hätten sich paradoxerweise vor allem die zu Sozialdemokraten gewandelten Postkommunisten als „proeuropäische Kraft“ erwiesen, während „die Rechtsparteien automatisch in eine Position gerieten, in der sie sich, um sich von der Linken zu unterscheiden, mehr oder weniger EU-kritisch geben mussten.“ (S.228)

Bachmann macht zudem deutlich, dass die in einer anhaltenden intellektuellen Debatte entwickelten Europabilder mit dem Europa der EU-Staaten nicht deckungsgleich sind. Sie seien durch die Einbeziehung der Ukraine sowie durch den Ausschluss Russlands bestimmt und stark christlich geprägt.

Die im Westen vorherrschenden Bedenken, die jetzige rechtskonservative Machtkonstellation bedeute einen Kurswechsel in der polnischen Europapolitik, teilt *Bachmann* nicht. Die EU-kritische „nationalstaatliche Rabulistik“ sei eine Sache, eine andere die weiterhin von Polen verfolgte pragmatische Interessenpolitik im Rahmen der EU. Er kommt zu dem Schluss: „Was Polen so von anderen EU-Staaten unterscheidet, ist also weder seine Europavision noch seine Europapolitik, sondern allein das Getöse, mit dem beides nach innen abgesichert wird.“ (S.237)

Die Reihe der Beiträge beschließt ein sehr persönlich gehaltener Text von *Gesine Schwan*, in dem sie ihre lebensgeschichtliche Hinwendung zu Polen beschreibt, ohne explizit auf polnische Europakonzeptionen einzugehen.

Theo Mechtenberg

Anna Mieszkowska: Die Mutter der Holocaust-Kinder. Irena Sendler und die geretteten Kinder aus dem Warschauer Ghetto. DVA München 2006, 319 S.



Von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet regte Präsident *Lech Kaczyński* im September 2006 während seines Staatsbesuchs in Israel eine gemeinsame israelisch-polnische Initiative an, um *Irena Sendler*, die „Mutter der Holocaust-Kinder“, für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen. Inzwischen wurde dieser Vorschlag vom „Forum Polnischer Juden“ aufgegriffen. In einem Schreiben des „Forums“ an das Nobelpreiskomitee heißt es: „60 Jahre nach dem Holocaust wissen wir, dass dieser Zeitpunkt vielleicht die letzte Möglichkeit für eine so herausragende und geschätzte Institution wie das Nobelpreiskomitee ist, eine noch lebende Person für ihre heldenhaften Taten zu ehren. Diese sind ein Vorbild zur Nachahmung für alle, die sich um eine friedliche Zukunft der Menschheit bemühen.“ Eine Vielzahl polnischer Institutionen und namhafter Persönlichkeiten sind bereits dem Aufruf des „Forums“ gefolgt und haben dieser Initiative mit ihrer Unterschrift

Gewicht verliehen. Es ist zu hoffen, dass sich diesem Anliegen auch Institutionen und Persönlichkeiten über Polen und Israel hinaus, zumal aus Deutschland, anschließen.

Wer ist diese *Irena Sendler*, die heute, über 90jährig, in einem Warschauer Pflegeheim lebt? Darüber gibt ein Buch Auskunft, das 2004 in Polen erschienen ist und nun auch, von *Urszula Usakowska-Wolff* und *Manfred Wolff* sachkundig und einfühlsam übersetzt, in deutscher Sprache vorliegt. Es beruht auf zahlreichen Gesprächen, welche die Autorin mit der hochbetagten „Mutter der Holocaust-Kinder“ führen konnte. Gewidmet ist das Buch auf Wunsch von *Irena Sendler* all den bekannten und unbekannt Menschen, ohne deren Hilfe sie ihre Rettungsaktionen nicht habe durchführen können.

Doch warum erfährt die Welt erst heute, zwei Generationen nach dem Holocaust, von dieser Frau, die unter Einsatz ihres Lebens nach verlässlichen Recherchen an die 2.500 jüdische Kinder gerettet hat? Ein Grund dürfte sein, dass *Irena Sendler* ihr selbstloses

Handeln als eine selbstverständliche Pflicht verstanden hat, von der kein Aufhebens zu machen sei - was ihre menschliche Größe unterstreicht. Hinzu kommt, dass im kommunistischen Polen kein sonderliches Interesse bestand, Menschen wie *Irena Sendler* zu ehren, zumal sie bald nach Kriegsende mit dem System in Konflikt geriet. Dennoch hätte man bereits 1965 auf sie aufmerksam werden können, als ihr die Yad-Vashem-Medaille verliehen wurde. 1983 konnte sie dann ihren Baum in der „Allee der Gerechten“ pflanzen. Und nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Polen erhielt sie aus der Hand von Staatspräsident *Kwaśniewski* den Orden des Weißen Adlers, die höchste polnische Auszeichnung.

Die Entstehungsgeschichte dieser ersten, von *Anna Mieszkowska* verfassten, Biografie beginnt 1999 im fernen Amerika. Um sich an einem Geschichtswettbewerb zu beteiligen, suchten 1999 vier Schülerinnen einer 300-Seelen-Gemeinde nach einem Projekt. Dabei stießen sie auf einen fünf Jahre zuvor erschienenen Beitrag, der Menschen gewidmet war, die im Zweiten Weltkrieg Juden vor der Vernichtung gerettet hatten. Unter den aufgeführten Namen befand sich auch der einer Polin, *Irena Sendler*. 2.500 Kinder hätten ihr das Leben zu verdanken, hieß es. Diese Zahl erschien den Schülerinnen und ihrem Lehrer so unglaublich hoch, dass sie zunächst einen Druckfehler vermuteten. Am Ende entstand das *Irena Sendler* gewidmete 10-Minuten-Stück „Holocaust. Leben im Glas“, das von den vier Mädchen erfolgreich in zahlreichen Orten der USA aufgeführt wurde.

Irena Sendler erfuhr auf Umwegen von dieser Initiative, und den Mädchen gelang es, die Adresse ihrer Heldin ausfindig zu machen. Man wechselte Briefe, und 2001 besuchten die vier Mädchen erstmals die über 90jährige *Irena Sendler*. Presse und Fernsehen griffen diese Geschichte auf, ohne die wohl kaum drei Jahre später die erste Biografie über *Irena Sendler* erschienen wäre.

Wie kommt jemand dazu, sein Leben in einer mörderischen Zeit in den Dienst der Rettung anderer zu stellen und dabei Tag für Tag das eigene Leben zu wagen? Eine erste Antwort findet sich in *Irena Sendlers* Kindheit und Jugend. Ihr früh verstorbener Vater hatte sie gelehrt, jedem ohne Ansehen der „Nationalität, Rasse, Religion“ zu helfen, „der in Not geraten ist.“ (S.15) Als 1917 in seinem Wohnort eine Typhusepidemie ausbrach, war er von den vier ansässigen Ärzten der einzige, der den Erkrankten beistand. Er hat diesen selbstlosen Einsatz mit dem Leben bezahlt.

Die Tochter folgte den Spuren ihres Vaters, wenngleich nicht als Ärztin, wohl aber als Sozialarbeiterin. Für diesen Beruf gab es damals allerdings noch keine Fachausbildung. Um im Rahmen der Möglichkeiten eine pädagogische Ausbildung zu erhalten, studierte sie an der Warschauer Universität Polonistik. Während ihres Studiums erlebte sie hautnah die Diskriminierung jüdischer Studenten, die während der Vorlesungen in eigens für sie vorgesehene Ghettobänke Platz nehmen mussten. Aus Solidarität setzte sich *Irena Sendler* regelmäßig zu ihnen. Mehr noch: Aus Protest versah sie den Eintrag „rechte arische Seite“ in ihrem Studienbuch mit einem dicken Strich. Dies trug ihr den Verweis von der Universität ein. Erst nach drei Jahren konnte sie durch einen glücklichen Umstand ihr Studium wieder aufnehmen und beenden.

Bei Kriegsausbruch hatte *Irena Sendler* schon einige Zeit im Warschauer Sozialamt gearbeitet. Dieses war bereits von den ersten repressiven Maßnahmen der deutschen

Besatzungsbehörden betroffen: Dem Amt wurde jedwede Unterstützung der jüdischen Bevölkerung untersagt. Für *Irena Sendler* war dies der Anstoß, mit einigen gleichgesinnten Mitarbeiterinnen konspirativ tätig zu werden. Mit der Errichtung des Warschauer Ghettos konzentrierte sie sich vor allem auf die Rettung jüdischer Kinder. Um sich den dazu erforderlichen freien Zugang zum Ghetto zu sichern, besorgte sie sich einen offiziellen Ausweis „der Sanitätskolonne, zu deren Aufgaben die Bekämpfung ansteckender Krankheiten gehörte.“ (S.78) An einer ganzen Reihe von Beispielen beschreibt die Autorin die ebenso riskanten wie abenteuerlichen Rettungsaktionen. Besonders bewegend liest sich die dramatische Situation der Eltern, die vor der Entscheidung standen, ihre Kinder in fremde Hände zu geben, ohne kaum eine Hoffnung zu haben, sie jemals wiederzusehen. In den Müttern, die sich dazu durchgerungen haben, sieht *Irena Sendler* die wahren Heldinnen des Ghettos. Doch nicht alle, denen die Hilfe angeboten wurde, waren bereit, sie anzunehmen. Manche Eltern entschieden sich dazu, gemeinsam mit ihren Kindern in den Tod zu gehen.

Wer im besetzten Polen Juden zur Flucht verhalf, lebte in ständiger Lebensgefahr. Wurde er verhaftet, so bedeutete dies Folter und Tod. Am 20. Oktober 1943 hämmerte es nachts an *Irena Sendlers* Tür. Elf Gestapoleute stürmten herein und durchsuchten drei Stunden lang die Wohnung. Doch ihr gelang es noch, die Liste der geretteten Kinder mit den Angaben ihrer Aufenthaltsorte einer sich in der Wohnung aufhaltenden Kollegin heimlich zuzustecken. Nicht auszudenken, welche Folgen es gehabt hätte, wäre diese „Kartothek“ entdeckt worden.

Irena Sendler wurde verhaftet und in das berüchtigte Pawiak-Gefängnis eingeliefert. Doch selbst unter Folterungen gab sie kein Geheimnis preis. „Lieber wollte ich sterben, als unsere Arbeit zu verraten. Was bedeutete mein Leben schon im Vergleich zum Leben so vieler anderer Menschen, die ich dem Tod ausliefern konnte?“ (S.160) Dennoch findet sie Verständnis für jene, die unter der Folter schwach wurden: „Durch das, was ich in Pawiak erlebt habe, weiß ich, dass man nie einen Menschen verurteilen darf, der Folterungen nicht aushält und andere verrät.“ (S.169) Nach drei Monaten Haft wurde sie zum Tod durch Erschießen verurteilt. Doch aufgrund eines Kassibers wusste sie, dass *Żegota*, die Geheimorganisation zur Rettung von Juden, ihre Befreiung plante. Der Plan gelang. Genau an dem Tag, an dem sie erschossen werden sollte, kam *Irena Sendler* durch Bestechung frei. Von nun an musste sie ihren Aufenthaltsort ständig wechseln und konnte aus Sicherheitsgründen nicht einmal an der Beerdigung ihrer Mutter teilnehmen.

Doch was ist aus den jüdischen Kindern geworden, die, mit gefälschten Papieren versehen, in Klöstern und polnischen Familien überlebt haben? Gewiss, sie alle sind ihren Rettern, zumal *Irena Sendler*, zutiefst dankbar. Doch bis heute tragen sie schwer an ihrem Geschick. Sie haben Probleme mit ihrer Identität. Die einen leben seit dem unter fremdem Namen, oft unter Verdrängung ihrer jüdischen Herkunft. Andere sind zu ihren jüdischen Wurzeln zurückgekehrt. Und wieder andere versuchen, mit einer gleichsam christlich-jüdischen Identität zu leben. Fast alle waren Jahrzehnte lang auf der Suche nach ihren Angehörigen, wobei ihnen „Sendlers Liste“ eine große Hilfe war. Nur wenige haben ihre Eltern wiedergefunden. Manche leiden unter dem Schuldgefühl, als einzige ihrer Familie überlebt zu haben. Und viele schweigen ein Leben lang über ihre

Vergangenheit. Doch das Buch wäre ohne die „Stimmen der geretteten Kinder“ unvollständig. Sechs von ihnen kommen eigens zu Wort.

Nach Kriegsende arbeitete *Irena Sendler* zunächst weiterhin in der Warschauer Sozialfürsorge. Als sie verfolgten Mitgliedern der Heimatarmee, der sie ja selbst angehört hatte, dazu verhalf, unterzutauchen, wurde sie denunziert und geriet in die Fänge des Sicherheitsapparats. Sie blieb nur deswegen vor Verhaftung und Schlimmerem bewahrt, weil sich die Frau des Warschauer Sicherheitschefs, eine von ihr gerettete Jüdin, bei ihrem Mann für sie eingesetzt hatte. Und als 1968 Polen infolge interner Machtkämpfe der kommunistischen Partei von einer antisemitischen Welle erfasst wurde, kontaktierte *Irena Sendler* ihre Gefährtinnen aus der deutschen Besatzungszeit, um gegebenenfalls wieder aktiv zu werden.

Greifen wir abschließend nochmals die Frage auf, warum das Lebenswerk von Irena Sendler erst heute bekannt wird. Neben den bereits genannte Gründen vielleicht auch deswegen, um gegen das mit dem Ablauf der Zeit drohende Vergessen durch ein immer wieder neues Erinnern die dunkelste Zeit unserer Geschichte zu vergegenwärtigen, in der einzelne Menschen den Sieg des Guten über die Übermacht des Bösen bezeugen. *Irena Sendler* ist eine von ihnen, die es wohl verdient, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet zu werden.

Theo Mechtenberg

Albert S. Kotowski: Zwischen Staatsräsön und Vaterlandsliebe. Die Polnische Fraktion im Reichstag 1871-1918. Droste Verlag. Düsseldorf 2007, 225 S.

Die ansprechend illustrierte, mit Tabellen versehene Arbeit des Bonner Osteuropahistorikers basiert auf der Auswertung der 325 Bände umfassenden Sammlung der die Reichstagssitzungen der Jahre 1871-1918 dokumentierenden Stenogramme sowie auf weiteren, bislang ungedruckten Quellen. Diese wissenschaftliche, doch gut lesbare Untersuchung vermittelt ein sehr detailliertes Bild von der parlamentarischen Tätigkeit der polnischen Abgeordneten von Reichstag und preußischem Landtag. Im Zentrum der Betrachtung steht somit nicht die ohnehin längst aufgearbeitete preußische Polenpolitik jenes Zeitraums, doch bildet sie natürlicherweise den Bezugspunkt für die Aktivitäten beider Fraktionen. Ein umfangreiches Quellenverzeichnis, eine ausführliche Literaturübersicht und ein Personenregister beschließen den Band.

Anhand der Bevölkerungs- und Konfessionsstatistik verdeutlicht der Autor die deutsch-polnische Problemlage in den aufgrund der polnischen Teilungen annektierten preußischen Ostprovinzen: Während die keineswegs nur auf Bismarcks Kulturkampf beschränkte deutsche Politik mit repressiven Maßnahmen auf eine völlige Assimilierung der polnischen Mehrheitsbevölkerung abzielte, reagierte diese in ihrer Selbstbehauptung mit einem wachsenden Nationalbewusstsein.



Dass dieser Grundkonflikt öffentlich gemacht, politisch ausgetragen und damit in gewisser Weise kanalisiert werden konnte, ist dem Umstand zu verdanken, dass die Presse in den Ostprovinzen frei berichten konnte und die Wahlen die Möglichkeit boten, polnische Kandidaten als Abgeordnete nach Berlin zu entsenden. Der Autor beschreibt bis ins einzelne den Verlauf der Reichstagswahlen der insgesamt 13 Legislaturperioden von der Reichsgründung bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs, benennt und charakterisiert die wichtigsten Akteure, verweist auf die enge Kooperation mit dem Zentrum, zumal während des Kulturkampfes, übergeht auch nicht die zunehmend kritische Berichterstattung der polnischen Presse über die gegenüber der Regierung allzu loyale Haltung der vom konservativen Adel dominierten Reichstagsfraktion und skizziert ihre internen Machtkämpfe.

Nach dieser Gesamtübersicht befasst sich *Kotowski* in drei Kapiteln mit der konkreten, durch deutliche Zäsuren markierten Entwicklung der Konflikte. Verstand sich die polnische Reichstagsfraktion in der Phase des Kulturkampfes vor allem als „Protestlerpartei“, so wandelte sie sich mit der Thronbesteigung des nur kurze Zeit regierenden Friedrich des III. (1888) und der Entlassung Bismarcks in eine „Hofpartei“. Unter ihrem Vorsitzenden Fürst *Ferdinand Radziwill* versuchte die Fraktion, beim kaiserlichen Hof Unterstützung zu finden, um die polenfeindlichen Maßnahmen der Reichsregierung rückgängig zu machen oder doch abzumildern. Doch ihre Hoffnung, „durch eine permanent loyale Einstellung gewisse Zugeständnisse zu erreichen“ (107), erfüllte sich nicht.

Würde man die Tätigkeit der polnischen Reichstagsfraktion lediglich am äußeren Erfolg messen, so wäre das Ergebnis negativ; erreicht hatte man in all den Jahren nichts. Aber man hatte den Reichstag als Bühne zu nutzen gewusst und dank der Pressefreiheit die „polnische Frage“ international wach gehalten. Zudem erwies sich die parlamentarische Tätigkeit als eine gute Schule für spätere Aufgaben, spielten doch ehemalige polnische Reichstagsabgeordnete nach 1918 beim Wiederaufbau des polnischen Staates eine erhebliche Rolle.

Die Periode nach „Ende des „Schmusekurses“ (1894) und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs charakterisiert *Kotowski* als eine Zeit „zwischen Hoffnung und Verzweiflung“. (123) In seiner Thorner Thronrede hatte Kaiser Wilhelm II. am 22. September 1894 mit kaum verhohlener Drohung die polnische Bevölkerung ermahnt, „sich bedingungslos als preußische Untertanen zu bekennen.“ (124) Auf diesen Aufruf zu einer gewissermaßen „freiwilligen Entnationalisierung“ reagierte der einflussreiche „Przegląd Poznański“ mit einem „Non possumus!“ (124)

Die Konflikte nahmen zu, und dies in mehrfacher Hinsicht: Der gleichfalls 1894 gegründete Ostmarken-Verein trug wesentlich zur Verschärfung antipolnischer Maßnahmen bei, was auf polnischer Seite zu einer weiteren Radikalisierung beitrug. Die polnische Reichstagsfraktion geriet mehr und mehr unter den Druck der heimischen Presse, die ihr eine zu loyale Haltung der Regierung gegenüber vorwarf. Innerhalb der Fraktion gewannen demokratisch gesinnte Abgeordnete aus dem Bürgertum gegenüber den konservativ eingestellten Adelligen an Einfluss, und sie waren es auch, die in den „Polendebatten“ jener Jahre die Politik der Regierung geißelten.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs verband sich bei der Reichstagsfraktion, wenn auch zunächst mehr insgeheim, die Hoffnung auf staatliche Unabhängigkeit. Da der Kriegsausgang zunächst offen blieb, nahm sie vorerst eine abwartende Haltung ein. Auch die Proklamation des deutschen und österreichischen Kaisers vom 5. November 1916 zur Errichtung des „Königreiches Polen“ war für die polnische Reichstagsfraktion keine befriedigende Lösung, da diese ja den Status der preußischen Ostprovinzen unberührt ließ.

Nachdem es anfangs in der Reichstagsfraktion umstritten war, ob die Wiederherstellung des polnischen Staates mit oder gegen Deutschland zu geschehen habe, war diese Frage im Verlauf des letzten Kriegsjahres durch die sich abzeichnende Niederlage des Deutschen Reiches und dem 14-Punkte-Friedensplan des amerikanischen Präsidenten Wilson (8. Januar 1918), der ein unabhängiges Polen vorsah, entschieden. Mit dem 25. Oktober 1918 verstanden sich die polnischen Parlamentarier im Deutschen Reich als Bürger eines, wenn auch noch nicht existenten polnischen Staates. Damit fand die über 40jährige Geschichte der polnischen Reichstagsfraktion ihr Ende.

Theo Mechtenberg

Dieter Bingen, Kazimierz Wóycicki (Hg.): Die Kopernikus-Gruppe. Zwischenbilanz eines deutsch-polnischen Gesprächskreises. Harrassowitz-Verlag. Wiesbaden 2007, 140 S.

Die Kopernikus-Gruppe, die sich im April 2007 in Stettin konstituierte, besteht aus deutschen und polnischen Historikern, Politik- und Kulturwissenschaftlern. Anlass für ihr Entstehen waren die spürbaren Irritationen und Konflikte in den deutsch-polnischen Beziehungen seit dem Ende der 1990er Jahre (Krieg der Resolutionen zwischen Bundstag und Sejm im Sommer 1998, Kontroverse um den Irak-Krieg, Diskussion über das Zentrum gegen Vertreibungen).

Ziel der zweimal im Jahr stattfindenden Konferenzen ist die Identifizierung aktueller, latenter und potentieller Verständnis- und Verständigungsprobleme, Interessendivergenzen, Streitpunkte und Konflikte im deutsch-polnischen Verhältnis. In einem zweiten Schritt wird in der Gruppe gemeinsam nach möglichen Lösungswegen gesucht und regelmäßig ein Strategiepapier (Arbeitspapier) entwickelt. Dabei hegt man die Hoffnung, mittel- und längerfristige Lösungsansätze für Probleme bieten zu können, die das deutsch-polnische Verhältnis belasten.

Bei der aus 22 Mitgliedern bestehenden Gruppe handelt es sich um „handverlesene“ Teilnehmende, die keinen Anspruch auf Repräsentativität haben, die aber eine „Verständigungsphilosophie“ vertreten, bei der eine gemeinsame Agenda von Deutschen und Polen in einer europäischen Friedensordnung angestrebt wird.



In dem vorliegenden schmalen Bändchen wurden die zwischen 2000 und 2007 entstandenen Arbeitspapiere der Gruppe zusammenfassend veröffentlicht, wobei deutlich wird, dass man sich außer aktuellen Fragestellungen, die das politische Alltagsgeschäft betrafen, auch Themen widmete, die sowohl von der deutschen als auch von der polnischen Seite sehr zögerlich behandelt wurden, weil sie bis heute besonders heiße Eisen darstellen (gegenseitige Rückerstattung von Kulturgütern, polnischsprachige Gruppe in Deutschland).

Daneben wurden aber auch wichtige aktuelle Themen analysiert, gemeinsam bewertet und in den Arbeitspapieren vorgestellt, die in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung beider Länder natürlich auf ein unterschiedliches Echo stießen. Darüber gibt im übrigen der recht ausführliche Anhang mit ausgewählten Medienreaktionen (S. 103-135) Auskunft, wobei die deutschen Pressekommentare deutlich überwiegen.

Neben der weiterhin kontrovers diskutierten Frage der gegenseitigen Rückgabe von Kulturgütern ging es um das ebenfalls virulente Problem privatrechtlicher Ansprüche deutscher Vertriebener oder um die von beiden Seiten beanspruchten Übergangsfristen im Kontext mit dem EU-Beitritt Polens. Dabei war der Gruppe Ende Juni 2003 klar, dass man nach dem Irak-Krieg und dem EU-Beitritt Polens nur noch sehr bedingt von einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft würde sprechen können. Damals empfahl man deshalb auch, dass ein neuer sicherheitspolitischer Dialog im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ angestoßen werden sollte. Einem ebenfalls bis heute schwelenden Konflikt war das Arbeitspapier VI der Gruppe gewidmet, in dem die Autoren Handlungsempfehlungen für die Konzeption eines „Europäischen Zentrums gegen Vertreibung“ formulierten. Ebenso sah sich die Gruppe aufgerufen, vor dem anstehenden EU-Beitritt Polens auf den dringenden Handlungsbedarf im deutsch-polnischen Grenzgebiet zu verweisen, wobei betont wurde, dass sich beide Regierungen wesentlich stärker für die wirtschaftliche Belebung des Grenzraums einsetzen sollten. Angemahnt wurde aber auch eine weitaus intensivere Information der Bürger beiderseits der Grenze, insbesondere hinsichtlich der Sonderregelungen und Übergangsfristen bei der Personen- und Zollkontrolle. (S.64)

Anlässlich weiterer Treffen stand das Thema einer gemeinsamen Ostpolitik gegenüber Belarus, der Ukraine und Russland im Mittelpunkt der Beratungen. Gerade hier verdeutlichen die Analysen der Gruppenmitglieder, dass es weiterhin sehr deutliche Interessendivergenzen zwischen Deutschland und Polen gibt und dass wir von einer gemeinsam in der EU abgestimmten Ostpolitik noch sehr weit entfernt sind. Dies wird durch das deutlich unterschiedliche Engagement beider Länder hinsichtlich der Demokratiebewegungen in der Ukraine und Belarus, aber auch im Hinblick auf die EU-Beitrittsaspirationen der Ukraine deutlich. Auch die von der Gruppe formulierten Vorschläge für eine stärker abgestimmte Energiepolitik der EU – insbesondere gegenüber Russland - verdeutlichen lediglich, dass wir es auch auf diesem Felde mit sehr unterschiedlichen Energieversorgungs- und Sicherheitsvorstellungen zu tun haben. Ungeachtet dessen stellt diese „Zwischenbilanz eines deutsch-polnischen Gesprächskreises“ einen wertvollen Beitrag zum kontrovers geführten deutsch-polnischen Diskurs des letzten zehn Jahre dar.

Führt man sich darüber hinaus vor Augen, dass die Kontroversen in den deutsch-polnischen Beziehungen gerade in den letzten beiden Jahren noch an Schärfe zugenommen haben, dann wird deutlich, wie notwendig solche auf Kooperation und Kompromiss zielenden Gesprächskreise sind. Glücklicherweise gibt es sie auf der mittleren und unteren Beziehungsebene auf regionaler und kommunaler Ebene seit langen Jahren und glücklicherweise erweisen sie sich trotz heftiger Turbulenzen auf zwischenstaatlicher Ebene als überaus stabil.

ZW

Dieter Bingen, Peter Oliver Loew, Kazimierz Wóycicki (Hg.): Die Destruktion des Dialogs. Zur innenpolitischen Instrumentalisierung negativer Fremdbilder und Feindbilder. Polen, Tschechien, Deutschland und die Niederlande im Vergleich. 1900 bis heute. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2007, 433 S.

Dieser Sammelband geht auf eine internationale Tagung zurück, die vom 25. bis 27. 11. 2005 in Darmstadt stattfand und als gemeinsame Veranstaltung des Deutschen Polen-Instituts und der Stettiner Abteilung des Instituts für Nationales Gedenken organisiert wurde.

Das Buch wird durch zwei Aufsätze eingeleitet, die einen allgemeinen Zugang zum Thema eröffnen sollen. *Josef Berghold* setzt sich mit Feindbildern aus der Sicht der politischen Psychologie auseinander und *Małgorzata Bogaczyk* bemüht sich mittels einer philosophischen Antwort die politische Frage nach den „Spuren des Anderen“ zu beantworten. Nach dieser theoretischen, etwas abstrakten anmutenden Einstimmung, wird es dann konkreter, denn in dem sich anschließenden Kapitel „Historische Wurzeln“ geht es um die Beantwortung der Frage nach den Ursachen für die faktisch immer wieder eintretende Destruktion des Dialogs zwischen Deutschland und Polen. So rekonstruiert *Szymon Rudnicki* die Haltung *Roman Dmowskis*, des Begründers eines explizit antideutschen und antisemitischen polnischen Nationalismus, zu Deutschland und den Deutschen. *Ingo Loose* setzt sich am Beispiel der Region Wielkopolska zwischen 1818 und 1925 mit dem Feindbild Preußen und Deutschland auseinander und *Andrzej Michalczyk* vergleicht deutsche und polnische Nationalitätenpolitiken in Oberschlesien in der Periode zwischen den Weltkriegen. Interessant sind dabei neben vielen bereits hinlänglich bekannten und gefestigten Deutungen diejenigen Befunde, die verdeutlichen, dass die auf der Makroebene erzeugten und gut funktionierenden Feindbilder den auf der Mikroebene existierenden wechselseitigen Wahrnehmungen durchaus nicht entsprechen müssen. (S.65, S. 82)



Hieran schließen sich vier Aufsätze über den „Vergleichsfall Tschechien“ an. *Markus Krzoska* befasst sich mit dem Zusammenleben von Deutschen und Tschechen in Böhmen (1897-1920), *Kristina Kaiserová* behandelt tschechisch-deutsche negative Fremd- und Feindbilder im konfessionellen Bereich (1900-1938), und *Martin J. Wein* referiert über den jüdisch-tschechischen Gedächtnistransfer (Stichwort: „Tschechischer Holocaust“) im Schatten Deutschlands und Polens. Abgeschlossen wird dieser Abschnitt durch die zeitnahen Überlegungen von *Miroslav Kunštat* zur Instrumentalisierung von Fremd- und Feindbildern der Deutschen in der tschechischen Innenpolitik nach dem Jahre 1989.

Mit den Folgen des Zweiten Weltkriegs beschäftigen sich dann die Aufsätze von *Piotr Madajczyk*, *Christina Lotz*, *Joanna Wawrzyniak* und *Klaus-Peter Friedrich*. Während *Madajczyk* einen konzisen Überblick über die antideutschen Instrumentalisierungen in Polen für den Zeitraum von 1944 bis 1989 liefert, beschäftigt sich *Christina Lotz* mit dem (Re-)Arrangieren von Feindbildern im geteilten Deutschland, in Polen und in Bulgarien, wobei die ersten Nachkriegsjahre (1945 bis 1952) als historische Folie dienen. In diesem Kontext ist wohl besonders erwähnenswert, dass sich die Frage nach einer adäquaten Darstellung der „deutschen Bedrohung“ in Polen und Bulgarien als kompliziert darstellte, da es zwei deutsche Staaten gab, wobei man mit der DDR in einem ideologisch oktroyierten Bündnisverhältnis stand. Die Differenzierung des antideutschen Feindbildes funktionierte dementsprechend entlang der offiziell propagierten Linie von der gerechteren Gesellschafts- und Besitzordnung. In Polen behielt allerdings das pauschale, auf den nationalen Gegensatz aufbauende Klischee von den Deutschen als „ewiger Bedrohung für die Polen und das Slawentum“ seine Gültigkeit. (S. 159)

Joanna Wawrzyniak beschäftigt sich in dem Beitrag „Kriegsgeschichten. Juden als Deutsche in Polen“ mit der zwischen 1967 und 1968 entfachten antizionistischen Kampagne in der Volksrepublik Polen, die eine klar antisemitische und antideutsche Stoßrichtung aufwies. Dabei ging es in der „März-Propaganda“ ganz offensichtlich auch um eine von dritter Seite nur schwer nachvollziehbare Opferkonkurrenz zwischen Polen und Juden. Die volkspolnische Propaganda warf den Juden dabei pauschal vor, polenfeindlich zu sein und sich von den „westdeutschen Dollarsäcken“ blenden zu lassen.

Mit der Instrumentalisierung fragwürdiger Opferzahlen in Geschichtsbildern vom Zweiten Weltkrieg in Polen und Deutschland beschäftigt sich *Klaus-Peter Friedrich*. Dabei stellt der Autor die in zahlreichen polnischen und deutschen Darstellungen immer wieder zitierten, überhöhten Opferzahlen von Polen (6 Mio.) und deutschen Vertriebenen (2 Mio.) in Frage und weist nach, dass die Zahlen wesentlich niedriger lagen. Mit übertriebenen und fingierten Opferzahlen wurde auf beiden Seiten allerdings eine entsprechend nachhaltige Propaganda betrieben, die auch heute noch nachwirkt und bei passenden Gelegenheiten wirksam instrumentalisiert wird. (S. 191)

In dem sich anschließenden Kapitel geht es am Beispiel des „Vergleichsfalls Niederlande“ um die Entinstrumentalisierung der Feindbilder. *Jacco Pekelder* beschäftigt sich in seinem Aufsatz „Die Anerkennung der DDR als Messlatte für Progressivität“ mit der innenpolitischen Instrumentalisierung des komplexen

Dreiecksverhältnisses Niederlande – Bundesrepublik – DDR in den 1960er und 1970er Jahren. Der Autor analysiert die antideutschen Stimmungen in den Niederlanden und rekonstruiert deren Zusammenhang zu der damals anhaltenden Diskussion um die Frage nach der Anerkennung der DDR. Er stellt auch fest, dass man seit 1993 in den Niederlanden bemüht ist, das Negativ-Image Deutschlands positiv zu instrumentalisieren.

Mit dem Niederlande-Bild der DDR setzt sich *Beatrice de Graaf* auseinander. Sie arbeitet heraus, dass das manchmal paradox anmutende Freund-/Feindbild der DDR im Hinblick auf die Niederlande eine Funktion der Durchsetzung des Machtapparats nach Innen sowie der Anerkennungspolitik der DDR im Ausland war. Die DDR-Propaganda befand sich nach der partiellen Öffnung des Systems in einer Zwickmühle, da das „differenzierte“ Freund-/Feindbild des SED-Regimes ganz offensichtlich mit dem Freundbild an der ostdeutschen Basis kollidierte. (S. 207)

Mit den Feindbildern in der polnischen und deutschen Politik nach 1989 setzen sich *Anna Wolff-Powęska, Agnieszka Stepińska, Piotr H. Kossecki, Artur Lipiński, Stefan Garsztecki, Piotr Forecki* und *Peter Oliver Loew* auseinander. *Wolff-Powęska* postuliert in ihrem einführenden, allgemein gehaltenen Beitrag, dass für die Störung des Dialogs nicht nur die politische Klasse, sondern „wir alle“ verantwortlich seien, da statt vernünftigen Argumentierens weiterhin die Emotionen dominieren. Um wieder an den Dialog anknüpfen zu können, müssten solche Werte wie Kompromissbereitschaft, Solidarität und Empathie in den Vordergrund gerückt werden. Mit den Feind- und Fremdbildern in polnischen Wahlkampagnen beschäftigt sich der Aufsatz von *Stepińska*. Als besonders beunruhigend wertet die Autorin in ihrem Resümee die Tatsache, dass selbst Parteien, die in Regierungsverantwortung stehen (PiS, LPR) sich über die eigentlichen Wahlkampfperioden hinaus, also auch im politischen Alltagsgeschäft, negativer Fremd- und Feindbilder bedienen. (S. 263) Am Beispiel der Wahlen des Jahres 2005 analysiert *Piotr H. Kossecki* die Wandlungen in der politischen Instrumentalisierung der Aggressor-Opfer-Problematik, wobei der Disput um das Zentrum gegen Vertreibungen im Mittelpunkt seiner Erörterungen steht. Resümierend – und vielleicht etwas zu optimistisch – setzt der Autor in diesem Zusammenhang auf die Effizienz einer professionellen, streng wissenschaftlichen Geschichtswissenschaft, die die Chance biete, ideologische und opportunistische Instrumentalisierungen zu überwinden. (S. 272)

Artur Lipiński beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der rechten Konstruktion eines linken Feindes in Polen nach 1989. Der Autor diagnostiziert bei der Rechten ein manichäisches Weltbild. Man bediene sich dabei gängiger Verschwörungstheorien und ordne die Postkommunisten und damit auch das Linke Wahlbündnis (SLD) eindeutig dem „Reich des Bösen“ zu. Der postkommunistischen Linken werden habituell Aggression, das Streben nach Konfrontation und ständige Aggression unterstellt. Sie sei außer Stande, sich zu demokratisieren und die „echten Interessen“ Polens zu vertreten. Das Deutschlandbild im polnischen EU-Diskurs analysiert *Stefan Garsztecki*. Neben der Beschreibung der hinlänglich bekannten, in den letzten Jahren immer wieder aufbrechenden Konflikte zwischen polnischen und deutschen politischen Eliten, charakterisiert der Autor insbesondere die Position der polnischen Rechten, die intensiv

daran arbeitet, das Feindbild der Deutschen zu beleben und zu instrumentalisieren. Mit einem Spezialthema, dem Anti-EU-Diskurs in der ultranationalistischen Zeitschrift „Szczerbiec“ setzt sich *Piotr Forecki* auseinander. In dieser Publikation der extremen polnischen Rechten wird die angeblich von Deutschen, Juden und Homosexuellen dominierte EU immer wieder als feindliche Agentur „entlarvt“, die bemüht sei, die Nationalstaaten aufzulösen und die polnische Nation ihrer Identität zu berauben. (S. 327)

Peter Oliver Loew berichtet über das weiterhin virulente und häufig instrumentalisierte Feindbild Polen bei der deutschen Rechten. Das Negativimage Polens wird hier in besonderem Maße gebündelt (polnische Wirtschaft, Grenzkriminalität, illegale Zuwanderung) und stilistisch durch herablassende Ironie und Überheblichkeit (Polens Haltung im Irak-Krieg) verstärkt. Der Autor stellt fest, dass die negative Darstellung Polens und der Polen für die deutsche Rechte eine Konstante darstellt und befürchtet darüber hinaus, dass das politische Denken des deutschen mainstream durch diese gezielten antipolnischen Diskurse beeinflusst werden könnte. (S.341)

Politische und gesellschaftliche Entwicklungen nach 1989 werden in den sich anschließenden Beiträgen von *Bernadette Jonda*, *Klaus Bachmann* und *Anna Skwarek*, *Peter Gostmann* sowie *Justyna Woźna* behandelt. Mit ausgewählten Einstellungen von Jugendlichen in Polen und Deutschland unter dem Einfluss von Politik und Medien beschäftigt sich *Jonda*. Auf Grundlage von Umfrageergebnissen zeichnet die Autorin die in verschiedenen Zeiträumen unterschiedlichen wechselseitigen Wahrnehmungen von jungen Deutschen und Polen nach. Konstatiert wird schließlich ein deutlicher Dissens zwischen dem offiziellen polnischen Regierungskurs und den Einstellungen polnischer Jugendlicher gegenüber Deutschland. Begegnungen und Austauschmaßnahmen, aktive Schul- und Städtepartnerschaften tragen ganz offensichtlich dazu bei, politisch instrumentalisierte Feindbilder wirksam zu konterkarieren. (S.359) *Klaus Bachmann* und *Anna Skwarek* analysieren in ihrem Beitrag die Instrumentalisierung der Außenpolitik am Beispiel populistischer Parteien in Polen und in den Niederlanden. Verglichen wird die polnische LPR (Liga polnischer Familien) mit der niederländischen LPF (Lebenswerte Niederlande, *Pim Fortuyn*). Da die jeweilige nationale Identität und die tradierte Lebensart gefährdet sei, sind beide Parteien bemüht, entsprechende Feindbilder aufzubauen und zu instrumentalisieren. Bei der LPF sind es die Immigranten, die massiv angegriffen werden, während die LPR in erster Linie die EU als Hauptgegner Polens bekämpft. Allerdings ist das Wertesystem beider Parteien im Verhältnis zu den von ihnen entworfenen Feindbildern quasi seitenverkehrt. Dies wird durch die beiden schematisierende Wertetabellen sehr plausibel veranschaulicht. (S.364, 370)

Peter Gostmann entwickelt in seinem Aufsatz eine Typologie zur Repräsentation Europas und verschiedener europäischer Nationen im kulturellen Gedächtnis polnischer Parlamentarier. Der Autor diskutiert zunächst das Verhältnis von nationaler zu europäischer Identität und die Losung von der „Einheit in der Vielfalt“. Am Beispiel der empirischen Typisierung „Fensteröffner“ (Nation ist keine sakrosante Größe), „Sendungsbewusste“ (Prestige der Nation ist höher als das Europas) und „Grenzposten“ (Distanz zwischen Europa und Polen ist sinnvoll) exemplifiziert der Autor die Haltung

polnischer Parlamentarier gegenüber der EU und gegenüber einzelnen europäischen Nationen. Dabei kommt er unter anderem zum Ergebnis, dass eine wichtige Gemeinsamkeit in allen stories der interviewten Parlamentarier im Unwillen gegen ein hegemonial organisiertes Europa besteht. Hier spiele die Erinnerungsfigur Russland, aber auch die Einschätzung der Rolle Deutschlands und Frankreichs eine offensichtlich dominierende Rolle. (S.386)

In ihrem Beitrag analysiert *Woźna* die Instrumentalisierung eines Negativbildes des ausländischen Kapitals in der polnischen Presse. Interessanter Weise bestätigen die Ergebnisse der Marktanalysen, dass sich die Mehrheit der Leser von Kosten-Nutzen-Erwägungen leiten lassen und nicht von der nationalen Herkunft ihrer Besitzer. Auch scheint vieles darauf hinzudeuten, dass die antideutschen Vorurteile im Kampf um Einflüsse zwischen den Pressehäusern instrumentalisiert werden, etwa zwischen dem Konzern „Agora“ und „Axel Springer Polska“. (S.394)

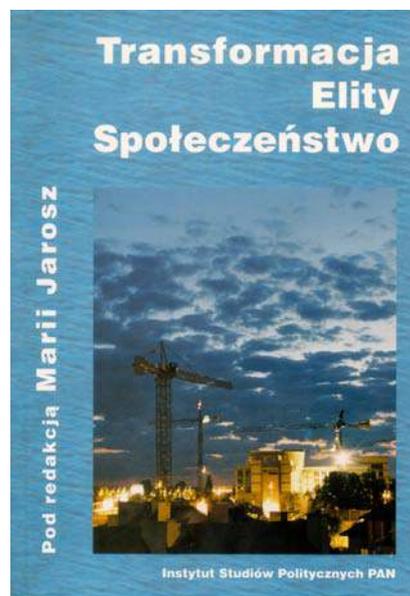
Den Band schließen ausgewählte, sehr lesenswerte Diskussionsbeiträge deutscher und polnischer Konferenzteilnehmenden ab. Ein deutlicher, wohl durchaus beabsichtigter Hinweis darauf, dass die Destruktion des Dialogs in der Tat nur durch seine intensive Wiederbelebung behoben werden kann.

ZW

Maria Jarosz (Hg.): Transformacja, Elity, Społeczeństwo. Instytut Studiów Politycznych PAN. Warszawa 2007, 248 S.

Dieser von der bekannten polnischen Soziologin *Maria Jarosz* herausgegebene Sammelband basiert auf einer Untersuchung der von ihr geleiteten interdisziplinären Forschungsgruppe, die im Jahre 2005 durchgeführt wurde und bei der 26 hochgestellte Persönlichkeiten des politischen Lebens in Polen mittels Intensivinterviews zum Thema „Das Syndrom der großen Veränderung und seine soziologischen Implikationen“ befragt wurden. Wie *Jarosz* in ihrer Einleitung erläutert, wurden vier verschiedene Befragtengruppen gebildet: die der Ministerpräsidenten, der Minister, der Parteiführer und der Experten.

Die dokumentierten Äußerungen, Meinungen und Analysen des befragten politischen Führungspersonals wurden dann in den Einzelbeiträgen der beteiligten ForscherInnen mit den aus Umfragen und soziologischen Untersuchungen gewonnenen quantitativen Ergebnissen der Meinungen und Einstellungen innerhalb der polnischen Gesellschaft verglichen. *Jarosz* unterscheidet zwischen Gewinnern und Verlierern der Transformation mit ihren jeweiligen subjektiven, interessegeleiteten Einstellungen und unterstreicht demzufolge, dass die Sozialwissenschaften bemüht sein müssen, eine objektive Analyse auf Grundlage harter Daten zu liefern. Dabei könne einerseits aufgrund empirischer Daten auf die Erfolge der polnischen Transformation verwiesen werden, andererseits gebe es aber auch gravierende negative Faktoren wie die



Arbeitslosigkeit, die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in arm und reich sowie die damit verbundene Marginalisierung bestimmter Gesellschaftsgruppen.

Jarosz geht auch auf die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in Polen ein und setzt sich mit der die polnische Gesellschaft polarisierenden Politik der derzeitigen Regierung auseinander. Sie gibt zu bedenken, dass die reale Wirklichkeit und die realen Probleme der Gesellschaft im Zentrum der Politik stehen sollten. Um den sozialen Frieden zu sichern, müssten Antworten auf die drängenden Probleme der Arbeitslosigkeit, Armut und Exklusion gefunden werden. Die Realisierung dieser Vorhaben habe eine harmonische Wirtschafts- und Sozialentwicklung sowie ein gutes Verhältnis zu den europäischen und außereuropäischen Nachbarn zur Voraussetzung. Ausgangspunkt für eine rationale Verbesserung der Verhältnisse müsse eine seriöse Diagnose der Wirklichkeit sein. Und genau darum bemühen sich die Autorinnen und Autoren der sich anschließenden Beiträge.

Piotr Kozarzewski beschäftigt sich in seinem Artikel mit den Einstellungen der Gesellschaft und der Eliten im Hinblick auf die Beurteilung der Transformation in Polen. Der Autor zeigt auf, dass es sehr viel mehr Trennendes als Verbindendes zwischen Gesellschaft und Eliten gibt. Während die Reformen von einem Großteil der Gesellschaft aufgrund paternalistischer, egalitärer und passiver Einstellungen abgelehnt werden, unterstützen die Repräsentanten der Politikeliten zumindest die Grundlagen der Reformen. Zwischen Teilen der Gesellschaft und diesen Eliten – so *Kozarzewski* – klappe eine große Bewusstseinslücke, die von den Politikern populistisch ausgefüllt werde, indem sie zynisch Losungen verbreiten und Versprechungen machen, an deren Realisierung sie wohl selbst nicht glauben. (S. 64)

Mit den Einstellungen der Gesellschaft und der Eliten zur EU beschäftigt sich der Beitrag von *Krzysztof Jasiński*. Der Autor kommt nach einer differenzierten Analyse verschiedener Umfrageergebnisse und unterschiedlicher politischer Lager zum Ergebnis, dass die polnische Gesellschaft weitaus weniger euroskeptisch eingestellt ist als zahlreiche Vertreter der politischen Eliten, die – wie einige exponierte Repräsentanten der Liga der Polnischen Familien (LPR) – ausgesprochen euroskeptisch bzw. eurofeindlich argumentieren und agieren, indem sie zum Beispiel in der EU verbindliche Rechtsstandards (Todesstrafe, Toleranz gegenüber Minderheiten) in Frage stellen. Demgegenüber sind fast zwei Drittel der polnischen BürgerInnen der Auffassung, dass das Land vom EU-Beitritt profitiert habe. Diese große Dissonanz zwischen Vertretern der regierenden Koalition und weiten Teilen der Gesellschaft schwäche – so der Autor – die Legitimierung der politischen Macht in Polen, zumal das Vertrauen zu den politischen Institutionen des eigenen Landes erheblich geringer ausfalle als zu den politischen Institutionen der EU. (S. 94)

Ewa Nalewajko beschäftigt sich in ihrer Analyse mit den Sünden der politischen Parteien und konstatiert, dass wir es in Polen am ehesten mit einer formalen, ritualisierten Demokratie zu tun haben. Die Entwicklung zu einer dirigierten oder aber partizipativen Demokratie wird von den Befragten zwar nicht ausgeschlossen, zeichne sich aber weder gegenwärtig noch in absehbarer Zeit ab. Für die polnischen Parteien sei eine milde Form des Populismus typisch, man operiere mit Appellen und Losungen, selten mit konzisen und lesbaren Programmen, wodurch man möglichst viele

WählerInnen für sich gewinnen möchte. Auch bei Koalitionen herrsche untereinander großes Misstrauen, da man die „Partner“ in der Regel wie bedrohliche Gegner behandle. Die Identifikation der Gesellschaft mit den Parteien sei demzufolge minimal. Auch die Vertreter der befragten Politelite sind der Auffassung, dass es den PolitikerInnen fast ausschließlich um die eigene Position und die Festigung ihrer Stellung gehe. (S. 118)

Die Problematik von Armut und Arbeitslosigkeit behandelt *Marta Danecka* in dem sich anschließenden Kapitel. Die Autorin konstatiert nach Auswertung des Datenmaterials, dass die Gesellschaft den Staat für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich mache. In den Aussagen der interviewten Vertreter der Politeliten finde sich allerdings nicht einmal die Andeutung einer mehrdimensionalen, nachhaltigen Strategie zur Lösung der sozialen Probleme von Arbeitslosigkeit und Armut. Die Mehrheit der Gesellschaft spreche sich für einen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat aus, die realen polnischen Verhältnissen entsprechen hingegen dem mediterranen Modell, bei dem das Sozialstaatsgebot zwar in der Verfassung festgeschrieben sei, dieses Versprechen in der Praxis aber keinen Niederschlag finde. *Danecka* gibt resümierend ihrer Hoffnung Ausdruck, dass dieses Staatsversagen durch den Beitritt zur EU und eine entsprechende Nutzung von EU-Beihilfen abgefedert werden könnte. (S. 149)

Mit den enttäuschten Hoffnungen im Zusammenhang mit der letzten polnischen Bildungsreform beschäftigt sich der Aufsatz von *Barbara Post*. Die Autorin stellt fest, dass es weder gelungen sei, eine „marktgerechte Bildungsreform“ durchzuführen noch größere Chancengleichheit herzustellen. Auch der Ausbau des privaten Hochschulwesens sei wenig erfolgreich, da die Qualität der Lehre in diesen Institutionen durchweg schlechter sei als an staatlichen Hochschulen. Faktisch herrsche eine doppelte Privilegierung von Studenten aus wohlhabenden Familien vor. Die Neigung der Politiker zur „chronischen Verbesserung“ der Bildungsreform bringe überdies keine positiven Effekte, sondern Sorge für noch mehr Verwirrung. Sowohl die Mehrheit der polnischen Gesellschaft als auch die befragten politischen EntscheiderInnen bewerten ihre Ergebnisse deshalb durchweg negativ.

Lustrationsgesetzgebung und –praxis in Polen, also die zahlreichen Versuche, die totalitäre kommunistische Vergangenheit aufzuarbeiten und die dafür Verantwortlichen einer gerechten Bestrafung zuzuführen ist Gegenstand des Beitrags von *Zofia Kinowska*. Die Autorin erinnert an die skandalösen Veröffentlichungen von Listen mit den Namen authentischer und vermeintlicher MitarbeiterInnen des kommunistischen Sicherheitsdienstes, bei denen auch die Namen besonders prominenter Oppositioneller exponiert wurden sowie an die zahlreichen Gesetzesprojekte zur Lustration, die allerdings immer wieder verworfen wurden. Aktuellstes Ergebnis all dieser Anstrengungen ist das im Rahmen des Aufbaus der sog. IV. Republik am 21. Juli 2006 verabschiedete, allerdings weiterhin kontrovers diskutierte Lustrationsgesetz. Der hohe Anspruch, Licht in das Dickicht aus faustdicken Lügen, skandalträchtigen Verdächtigungen und ehrabschneiderischen Verleumdungen zu bringen, konnte bisher nicht eingelöst werden. Statt des Bemühens um Aufklärung und Wahrheitssuche kämen immer stärker politische Instrumentalisierungen, künstlich inszenierte Aufgeregtheiten und Aggressionen mit ins Spiel. Wie allerdings Umfragen polnischer

Meinungsforschungsinstitute ergeben, spricht sich eine große Mehrheit der Gesellschaft für die Fortsetzung der Lustration aus. Warum dies so ist, beantworten polnische Soziologen mit der Feststellung, dass viele Menschen die Frustrationen abreagieren müssen, die mit der Schwierigkeit verbunden sind, sich an die neuen Lebensbedingungen anzupassen. Gesamtgesellschaftlich betrachtet sind dies keine günstigen Voraussetzungen für eine angemessene Lustrationspraxis, zumal in der Vergangenheit aufgrund kurzsichtiger politischer Interessen bereits sehr viel Porzellan zerschlagen wurde.

Die Korruption der Beherrschten und der Herrschenden analysiert *Maria Jarosz*. Die Autorin setzt sich zunächst mit dem Phänomen und den Ursachen der Korruption auseinander, listet einen ganzen Katalog dieser Erscheinungen auf (S. 203-204) und diskutiert dann die auf Polen bezogenen sehr unterschiedlichen Korruptionsindices von „Transparency International“ und „Freedom House“. Korruption als negative Seite von Transformation und Privatisierung wird dann im Hinblick auf Regierungskreise und Herrschende näher untersucht. Am Beispiel der Umsetzung des Programms der inzwischen regierenden Partei PiS werden deren zumeist wenig tauglichen Versuche beschrieben, der im Lande allwaltenden Korruption beizukommen. Alleine die Tatsache, dass alle wichtigen Institutionen der Korruptionsbekämpfung in Händen einer einzigen Partei sind, lässt Jarosz füglich daran zweifeln, ob die von der PiS ergriffenen Maßnahmen effektiv und zielführend sind.

Im abschließenden Kapitel heben *M. Jarosz* und *E. Nalewajko* noch einmal hervor, dass bei dieser Untersuchung objektivierbare, harte Daten mit subjektiven Bewertungen und Einstellungen konfrontiert wurden, wobei man keine ganzheitliche Analyse im Auge hatte, sondern sich auf die oben beschriebenen Themenkomplexe beschränkte.

Als besonders wichtig erweisen sich die in dieser Form zum ersten Mal erhobenen und für eine wissenschaftliche Untersuchung zur Verfügung stehenden Informationen und Bewertungen aus den Interviews mit den Repräsentanten der polnischen politischen Szene. Die in vielerlei Hinsicht frustrierte polnische Gesellschaft fordert paradoxer Weise von den politischen Eliten, denen sie absolut nicht vertraut, eine Verbesserung im Hinblick auf zahlreiche wirtschaftliche und soziale Probleme. Hinsichtlich des Verhältnisses der Gesellschaft zu den aktuellen Machthabern konstatieren die Autorinnen ein weiteres Paradoxon. Denn nach einjähriger Regierungszeit des Bündnisses aus PiS, Samoobrona und LPR sprechen sich 80 Prozent der Wählerschaft entschieden gegen die Art des Regierens dieser Koalition aus. Die Autorinnen machen in diesem Kontext aber nicht nur der Gesellschaft den Vorwurf politischer Unreife, sondern kommen zu folgender plausiblen Gesamteinschätzung: „Im Winter 2006 zahlt PiS, die die Losung einer moralischen Revolution ausgab, die politischen Kosten dafür, dass ihre Koalitionäre die Regeln des Rechtsstaats brechen, staatliche Institutionen, Normen der politischen Kultur und die Kultur *tout court* zerstören. Ein solches Verhalten, das Politiker in jedem zivilisierten Land disqualifizieren würde, wird bei uns weiterhin geduldet. Man fühlt sich an *Gombrowicz's* Ausspruch 'in Polen – also nirgendwo' (...) erinnert.“

ZW

In memoriam Walter Hildebrandt

Am 14. Juli 2007 verstarb der langjährige Leiter und Ehrenvorsitzende des Gesamteuropäischen Studienwerks, Prof. Walter Hildebrandt. Um seine Person, seinen unermüdlichen Einsatz für das GESW und sein Schaffen zu würdigen, drucken wir ein Fragment aus einem Essay von Irma Hildebrandt ab, den seine Frau erstmalig in der zum 90. Geburtstag des Jubilars erschienenen Festschrift „Auf dem Weg zu Gesamteuropa“ veröffentlichte.

Überdies publizieren wir das letzte Gedicht Walter Hildebrandts, das der Autor unmittelbar vor seinem Tod zu Ende schrieb.

Irma Hildebrandt

25 Jahre Lebens- und Arbeitsgemeinschaft

Silberhochzeit mit 90 - verrückt irgendwie. Andere feiern in dem Alter diamantene Hochzeit. Doch Silber ist auch schon ganz schön: 25 gemeinsame Jahre, bewusst und dankbar gelebt, meistens harmonisch, gelegentlich mit Turbulenzen und Differenzen, aber keinen Tag langweilig.

Kennen gelernt habe ich Walter Hildebrandt lange vor unserer Hochzeit. Wir wohnten damals im Bibliotheksgebäude des Gesamteuropäischen Studienwerkes. einer efeubewachsenen Villa in einem herrlich verwilderten Garten. Mein erster Mann. *Helmut Thor Laux* war Dozent im Studienwerk, unsere Dienstwohnung gleichzeitig Teeküche und Treffpunkt für die Mitarbeiter. Die Kinder wurden auf dem Schreibtisch gewickelt. das herrschaftliche Treppenhaus mit dem Barockschränk und dem Riesenglobus war ideales Spielgelände. Das Zimmer im Zwischengeschoss bewohnte Dr. *Hildebrandt*, der "Chef des Studienwerks. Man bekam ihn selten zu Gesicht, nur der Duft schwerer Zigarren drang durch die Tür und das Hämmern der Schreibmaschine, nächtelang, erst im Morgengrauen erlosch das Licht. Dann ging bei uns das Kindergeschrei los, aber der Nachtarbeiter schien gute Nerven zu haben: nie eine Beschwerde. auch nicht, wenn Bauklötze gegen die Tür flogen. Ein unsichtbarer Workaholic, wie mir schien, immer steckte ein Manuskript in der Maschine, wenn ich ihn ab und zu mit starkem schwarzen Tee versorgte.

Spannende Bielefelder Hochschulzeit

1964 wurde *Walter Hildebrandt* auf einen Lehrstuhl für Soziologie und Sozialpädagogik an die Pädagogische Hochschule Westfalen-Lippe berufen, die später in die neu gegründete Universität Bielefeld integriert wurde. Diese Integration bedeutete Übersiedlung aus den persönlich ausgestalteten fast familiären Räumen der PH an der Lampingstraße in das nüchtern funktionale Gebäude der Universität: 6. Stockwerk Zimmer L 604. Anonymität, Massenseminare, überfüllte Sprechstunden, Berge von Prüfungsarbeiten, Stress. Nicht nur für die Professoren.

Die Studenten muckten auf, protestierten gegen miese Studienbedingungen, 68er Rebellion lag in der Luft. Seminare wurden umfunktioniert, Vorlesungen gestört, die riesige Unihalle, vollgehängt mit Transparenten, eignete sich vorzüglich für

Protestaktionen und Demos. Die Professoren wurden holzschnittartig klassifiziert: die "Linken" die sich mit den Studenten solidarisierten; die Indifferenten oder Ängstlichen die möglichst ungeschoren davonkommen wollten; und dann die "Rechten" aus dem bürgerlichen Lager, die sich ad hoc-Umstrukturierungen entgegenstellten und vor übereilten Reformen warnten. Dass es in ihren Reihen nicht nur Betonköpfe gab, sondern auch zu Streitgesprächen Bereite, sprach sich herum unter Prüfungskandidaten: Bei *Hildebrandt* kann man sich über Marx und Mao, über die Hippie-Bewegung oder sozialistische Erziehungsmodelle und Kommunen prüfen lassen - allerdings nicht mit gestanzten Parolen und Meinungen aus dem hohlen Bauch. solides Sachwissen war Vorbedingung.

Die breit gefächerten, lebensnahen Themen kamen berufserfahrenen älteren Semestern und Studenten des Zweiten Bildungsweges besonders entgegen, ihr Praxisbezug belebte die Seminare. Ihnen Hilfestellung zu geben, wenn sie ein Diplom- oder Promotionsstudium anstrebten, war Walter Hildebrandt stets ein Anliegen. So ermutigte er seinen aus dem Schuldienst kommenden jungen Mitarbeiter *Dieter Kruse* zur Promotion, ebenso einen jüngeren Dozenten im Studienwerk, *Harry Blunk*, der bei ihm eine Doktorarbeit über den DDRSpielfilm schrieb. Beide wirkten später häufig in Seminaren mit, wobei es in Blockseminaren über Filmanalysen, die meist im Gesamteuropäischen Studienwerk stattfanden, zu besonders enger Zusammenarbeit auch mit den Studenten kam. Dieter Kruse war außerdem maßgeblich an einer umfangreichen empirischen Untersuchung Hildebrandts über die Berufszufriedenheit von Lehrerinnen beteiligt. Zur Emeritierung seines Mentors gab er im Rahmen der Bielefelder Hochschulschriften 1980 einen Band mit dem bezeichnenden Titel "Zeitgeist"! heraus, der in den Beiträgen der beteiligten Kollegen die fakultätsübergreifenden Themenstellungen deutlich macht.

Die Emeritierungsfeier im überfüllten Hörsaal mit dem Festvortrag von Prof. *Lockowandt* war alles andere als der Abgesang auf eine nun abgeschlossene Universitätslaufbahn. Im Gegenteil. Der frisch emeritierte 68-Jährige stellte in seiner Dankrede über "Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen als emanzipatorische Kategorie" Weichen für die Zukunft und kritische Fragen an die eigene Zunft. Lange vor der aufschreckenden Pisa-Studie bezweifelte er, "ob die Hochschulen die Fähigkeit entwickeln, sich noch einmal als freie, ihren eigenen Gesetzen folgende Korporationen zu verstehen, die der Produktivität des Generationszusammenhanges als Lehr- und Lerngemeinschaft eine neue Chance einräumen". Eine Chance sah er darin, dass wir uns "nicht als Verbraucher, die das Erbe aufzehren oder es als Vorgeschichte abtun" fühlen, sondern "als Werkbeteiligte, die dem Fortbestand der Spezies immer im Zusammenhang mit dem Gewesenen neu Sinn und Prägekraft abgewinnen". "Der Dialog muss weitergehen", forderte er, und beim anschließenden Festessen in Bültmanns Hof wurden denn auch gleich Nägel mit Köpfen gemacht und zukünftige fachübergreifende Seminare konzipiert. Keine Spur von Burned-out-Syndrom, in Zimmer L 614 ging die Arbeit weiter: Sprechstunden, Vorlesungsvorbereitungen, Kolloquien für Examenskandidaten, nur die Prüfungen fürs Lehramt fielen weg.

Engagement im Gesamteuropäischen Studienwerk

Neben seiner Lehrtätigkeit an der Universität Bielefeld hat *Walter Hildebrandt* über Jahrzehnte zweifellos die meiste Zeit dem Gesamteuropäischen Studienwerk gewidmet. Er war bereits an der Gründung im Jahre 1954 konzeptionell beteiligt und leitete später die politische Bildungsstätte bis zur Übernahme der Professur in Bielefeld 1964 hauptamtlich. Danach war er nun ehrenamtlich - im Vorstand des Trägervereins tätig und wurde 1972 zum Ersten Vorsitzenden gewählt. Zwölf Jahre lang hatte er dieses interessante, aber zuweilen auch nervenzehrende Amt inne, dann übernahm es Prof. *Kruppa*. Seit 1994 ist Dr. *Mechtenberg* Erster Vorsitzender. *Walter Hildebrandt* blieb jedoch im geschäftsführenden Vorstand gemeinsam mit Prof. *Skowronek*, dem aus Breslau stammenden früheren Rektor der Universität Bielefeld.

In den "aktuellen ostinformationen", der von Dr. *Wilkiewicz* redigierten Zeitschrift des GESW, richtete der "Amtsälteste" 1995 den Blick zurück auf "40 Jahre Gesamteuropäisches Studienwerk e. V. - 40 Jahre politische Bildung": Die Gründung dieses und anderer Ost-West-Institute war nach dem Tod *Stalins* im Jahre 1953, nach dem beginnenden Tauwetter im Ostblock und nach dem Aufstand vom 17. Juni in Ostberlin geradezu eine Forderung des Tages. Es galt. "den Westdeutschen in ihrem Wirtschaftswunderland und den jungen Menschen, die der 'Ohne-mich-Bewegung' zuneigten, Perspektiven eines neuen, die Grenzen überschreitenden politischen Bewusstseins zu vermitteln". Der Name Gesamteuropäisches Studienwerk war programmatisch und ist es geblieben. Das aus einer Bürgerinitiative entstandene Institut sollte nach dem Willen der Gründer "frei sein von einseitigen Bindungen an Konfessionen. Parteien oder Interessenverbände und so in einem pluralistischen und föderalen Verständnis von Deutschland und Europa eine fundierte und zugleich menschlich vertiefende Begegnung von Menschen verschiedener sozialer, beruflicher und nationaler Herkunft ermöglichen". Die Erwartungen waren hoch gesteckt: "Das Ziel war ein Staat mündiger Bürger, die den aufrechten Gang gelernt haben und sich selber als Träger politischer Willensbildung und Gestaltung des Gemeinwesens verstehen."

Heute würde das Lernziel aus der Erfahrung des Machbaren heraus vielleicht etwas nüchterner und bescheidener formuliert, auch wenn die Intention noch immer eine ähnliche ist.

Als Glücksfall für die Lehrgangsarbeit empfand *Walter Hildebrandt* die von der jeweiligen Regierungskonstellation in Bund und Ländern unabhängige Finanzierung des Hauses und die Nichteinmischung der Geldgeber in die Semingestaltung - ein herber Schlag war allerdings die im Rahmen von Sparmaßnahmen verfügte Auflösung der umfangreichen Ostbibliothek. Großen Wert legte er stets auf die Vernetzung mit anderen, ähnlich gelagerten Instituten, sei es das von Prof. *Lades* gegründete Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) in Erlangen, sei es die Ost-Akademie in Lüneburg, deren Direktor

Dr. *Schalhorn* dem Vorstand des Studienwerks angehört. Als wichtig erwiesen sich auch kontinuierliche Außenkontakte, etwa der in den Anfangsjahren von Dr. *Asendorf* initiierte Bremer Arbeitskreis, später die Zusammenarbeit mit Universitäten und Fachhochschulen in Bielefeld, Paderborn, Osnabrück und Oldenburg, oder mit polnischen Hochschulen und Institutionen, wie sie besonders von Dr. *Mechtenberg* und Dr. *Pysz* gepflegt wird.

Mit dem Fall der Mauer, so könnte man annehmen, sei politische Bildung und insbesondere die Beschäftigung mit dem Osten überflüssig geworden. Dass dem nicht so ist, steht für Walter Hildebrandt, den "alten Hasen mit Ostwitterung", wie ihn ein Kollege nannte, fest, auch wenn mit dem Zusammenschluss Europas westliche Länder neu ins Blickfeld rücken. Diese "gesamteuropäische Spur" haben Dr. *Wilkievicz* und die jüngeren Dozenten Dr. *Walter* und Dr. *Schüsselbauer* aufgenommen. Am Fahnenmast vor dem Eingang zum Studienwerk weht die Europaflagge kräftig im Wind - mal nach Osten, mal nach Westen.

Für mich ist mit der Geschichte des Studienwerkes ein Stück Lebensgeschichte verwoben, schließlich habe ich meine beiden Ehegefährten durch diese kontaktschaffende Institution kennen gelernt. Angefangen hat alles 1956, als ich mit einigen Schweizer Kommilitonen an einer internationalen Studentenbegegnung auf Borkum teilnahm, die von zwei Dozenten des Studienwerks, Prof. *Peeters* aus Belgien und *Helmut Thor Laux* aus Vlotho, geleitet wurde: ein "coup de foudre" bei einem Brecht-Abend, ein erster Besuch in Vlotho, das ich im Atlas nicht finden konnte, die Weser enttäuschend mickrig, die Vorträge über Marxismus-Leninismus böhmische Dörfer - aber die Menschen ungemein interessant. Allein die Dozenten: der urbayerische Fabulierer Dr. *Traut-Welser*, der slawisch-galante Prof. *Matković*, der Literatur- und Pilzkenner *Armin Dross*, Prof. *Lange* mit dem schnoddrig sarkastischen Berliner Humor, der in seinem Dokumentenkabinett vergrabene *Alexander Dolezalek*, Dr. *Asendorf* mit frischer Sowjetzonenerfahrung, Dr. *Hildebrandt* mit der Respekt einflößenden dicken Hornbrille und der noch dickeren Zigarre, unser späterer Trauzeuge Prof. *Peeters* aus Löwen und über allem der väterliche Mentor Prof. *Schafft*.

Vlotho war ein spannendes Pflaster, das fanden auch die Schweizer und andere ausländische Studenten, die sich hier regelmäßig auf Berlinfahrten vorbereiteten und die ich ab und zu in die als exotisch empfundene Viersektorenstadt begleitete. Prickelnd jedes mal das Gefühl am Checkpoint Charlie beim Übergang nach Ostberlin! An einem Berlinseminar wenige Tage vor dem Mauerbau nahm auch Dr. *Hildebrandt* teil. Neben aufregenden Gesprächen mit Dresdner Freunden, die schwankten, ob sie im Westen bleiben sollten, erinnere ich mich an eine gemeinsame Party bei Bekannten, die sich später als Ostspione entpuppten. Es war noch die Zeit des Kalten Krieges und Spitzel gab es auch in Vlotho, Tür an Tür. Ein gelegentlich fürs Studienwerk arbeitender Gewerkschaftssekretär entschwand eines Tages mit der Gewerkschaftskasse, wichtigen Unterlagen und Adressenkarteien nach Ostberlin. Seine Frau, die im Dachgeschoss über unserer Wohnung einquartiert war, hatte ab und zu vor Angst zitternd bei uns Unterschlupf gesucht, weil sie sich verfolgt fühlte - ich hielt sie damals für hysterisch, aber wer weiß, was die Stasiakten zutage brächten... Noch kurz vor dem Mauerfall tat sich in einem von *Erich Loest* eingeladenen Kreis ehemaliger DDR-Schriftsteller im

Studienwerk ein junger Autor durch forschende Reden besonders hervor: *Sascha Anderson*, der - wie aus den Stasiunterlagen hervorgeht - als IM über seine Kollegen fleißig Berichte für die Staatssicherheit geschrieben hat.

Nachdem wir oben auf dein Berg wohnten, bekam ich die Interna des Studienwerks nicht mehr so hautnah mit. Unvergessen bleibt für mich jedoch die selbstverständliche Hilfsbereitschaft der Mitarbeiter bei der langen Krankheit und beim Tod meines ersten Mannes. Dass die Dozenten bei seiner Beerdigung gemeinsam den Sarg trugen, war ein Zeichen der Verbundenheit über den Tod hinaus. *Walter Hildebrandt* half mir damals bei der Auflösung des Arbeitszimmers im Studienwerk und bei all den Formalitäten, die es zu erledigen gab. Er hatte seine Frau ein Jahr zuvor verloren, er konnte sich in meine Lage hinein fühlen. Als ich einige Jahre später im Studienwerk mein erstes Literaturseminar für den Verband "Frau und Kultur" organisierte, hielt er das einleitende Referat, und das ist zur Tradition geworden. Seine zum jeweiligen Jahresthema ausgearbeiteten Thesen sind den Teilnehmerinnen eine große Hilfe bei der Literaturarbeit in den bundesweit tätigen Gruppen. Für mich erschöpft sich die Verbindung zum Studienwerk nicht in diesen Seminaren, seit 1992 bin ich Mitglied im Trägerverein. Die Teilnahme an Fahrten gemeinsam mit meinem Mann habe ich in besonders guter Erinnerung, etwa eine Busreise mit Münsteraner Studenten nach Polen unter der Leitung von Dr. *Mechtenberg* oder ein von Dr. *Pysz* initiiertes Seminar mit polnischen Teilnehmern auf der Insel Usedom. Ab und zu ergeben sich aus solchen Begegnungen auch weitere Kontakte und anregende Teegespräche in unserem Haus auf dem Winterberg.

Walter Hildebrandt

Mich betrübt nichts

Mich betrübt nichts
Die Sonne scheint. Klarsichtig
liegt die Natur
mit ihren Bergen
dem nächstens gefallenen Schnee
und der See
mir zu Füßen.

Während ich so
die Augen
spielen lasse
spür ich den freieren
Atem hier oben.
Mit tiefen Zügen
lasse ich ihn zu mir.

Die Brust weitet sich
- Ja, das tut gut -
und schon ahne ich Weiteres.
Zwischen Wollen und Tun
hilft mir nur
die Erinnerung an das
einst leichtfüßig Vollbrachte.

Nun warte ich auf den Abend,
die Stunde der Dämmerung,
die mich lehrt,
Abschied zu nehmen und dennoch
das Leben
bis zum Letzten zu lieben.

Schon lange lauern die Sterne,
süchtig auf ihren Auftritt.
Doch ehe sie
mit ihrem großen
Tam Tam beginnen,
kommt aus dem Hinterhalt
ein Blitz wie ein Hieb
und zersprengt alles.

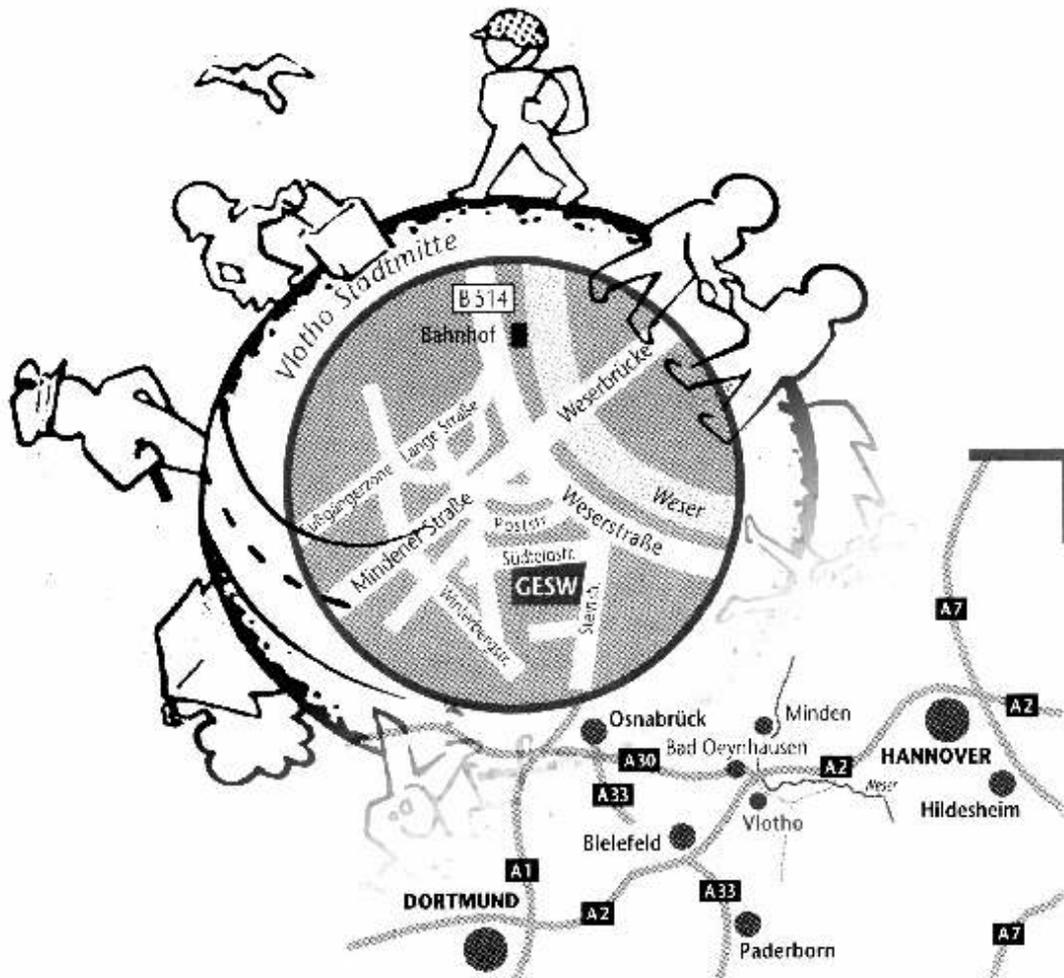
Wir sind Gefangene
des Widerspiels.
Das Abendlicht sinkt langsam nieder,
um dann zu mitternächt'ger Stunde
das Wiederauferstehen zu erleben.
So geht es eine gute Weile.

Plötzlich kommt Sturm auf:
Dem Blitze folgt der Donner.
Sein Grollen
hört sich wie ein Echo an,
das aus unendlich fernen Welten
zu uns herüber schallt.

Ich möchte wohl wissen,
wo sich die Wolken
und Winde,
müde des ewigen Spiels,
endlich
zur Ruhe begeben.

13. Juli 2007

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro

Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de